



GESCHÄFTSBERICHT 2025

(mit Konzern)

Frankfurter Volksbank
Rhein/Main

Inhalt

BEGRÜSSUNG	4	KONZERNLAGEBERICHT	
		Konzernunternehmen und Tätigkeitsschwerpunkte	
		(Grundlagen des Konzerns)	60
VERWALTUNG		Grundlagen der Geschäftstätigkeit	61
Aufsichtsrat	6	Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)	61
Ehrenmitglieder des Aufsichtsrates	7	Risiko- und Chancenbericht	70
Vorstand	7	Prognosebericht.	80
Unternehmensbeirat	8	Nichtfinanzielle Berichterstattung	82
Kooperationen	9		
		KONZERNABSCHLUSS	
LAGEBERICHT		Konzernbilanz.	84
Grundlagen der Geschäftstätigkeit	12	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	86
Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)	13	Konzernanhang.	87
Risiko- und Chancenbericht	22		
Prognosebericht.	32	GROUP MANAGEMENT REPORT	
Erklärung zur Unternehmensführung	34	Management report of Frankfurter Volksbank	
Nichtfinanzielle Berichterstattung	34	Rhein/Main eG Group.	106
		Impressum	115
BERICHT DES AUFSICHTSRATES	36		
JAHRESABSCHLUSS			
Jahresbilanz	42		
Gewinn- und Verlustrechnung	44		
Anhang	45		

Sehr geehrte Kundinnen und Kunden, liebe Vertreterinnen und Vertreter, sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2025 verlief für unsere Bank erfolgreich – getragen von klarer Kundenorientierung und einer stabilen Finanzbasis, auf die wir gemeinsam mit Ihnen bauen konnten.

Die Zufriedenheit unserer Kundinnen und Kunden steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Gerade in geopolitisch und konjunkturell anspruchsvollen Zeiten bieten wir Orientierung, Verlässlichkeit und Vertrauen. Mit umfassender Beratungsqualität und persönlicher Nähe vor Ort – verknüpft mit unseren digitalen Kanälen – haben wir im vergangenen Jahr gemeinsam mit Ihnen viel erreicht.

Auch die große Resonanz auf unsere Veranstaltungen – etwa die „Blaue Woche“ in den Filialen oder den virtuellen „FVB MoneyTalk“ – zeigte wieder, wie wichtig persönlicher Austausch ist.

Das erste gemeinsame Geschäftsjahr nach der Integration der Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg war von einer erfolgreichen Zusammenführung geprägt, die die Stärken beider Häuser vereint und eine solide Basis für zukünftiges Wachstum geschaffen hat.

Die Resultate des Geschäftsjahres 2025 bestätigen unseren strategischen Kurs: Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen konnten wir das bisher beste Ergebnis unserer Unternehmensgeschichte erzielen. Unsere Mitglieder sollen daran teilhaben – mit einer attraktiven Dividende von weiterhin sechs Prozent. Gleichzeitig stärken wir unsere Eigenmittel

um rund 108 Millionen Euro. Unsere Bank ist damit finanziell sehr solide aufgestellt und übertrifft die Eigenkapitalanforderungen der Aufsichtsbehörden deutlich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Vertrauen in unser Haus danken wir Ihnen sehr herzlich. Die langjährige Verbundenheit unserer Kundinnen und Kunden sowie der kontinuierliche Austausch mit Ihnen sind zentrale Grundlagen für den Erfolg unserer Bank. Dieses Vertrauen wissen wir sehr zu schätzen und sehen es zugleich als Ansporn, Sie auch künftig verlässlich in allen Finanzfragen zu begleiten.

Unser besonderer Dank gilt auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr Engagement, ihr Können und ihre tägliche Einsatzbereitschaft tragen entscheidend dazu bei, dass unsere Bank ihre strategischen Ziele erfolgreich umsetzt und unsere Kundinnen und Kunden zuverlässig und kompetent betreut werden.

Zudem danken wir unserem früheren Co-Vorstandsvorsitzenden Claus Jäger, der zum Jahresende 2025 nach fast 50 Berufsjahren in den Ruhestand gewechselt ist. Für sein herausragendes Engagement und sein berufliches Lebenswerk – insbesondere für seinen maßgeblichen Beitrag zur erfolgreichen Integration der Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg – gelten ihm unser großer Dank und unsere besondere Anerkennung.



Ulrich Hilbert, Angelika Stallhofer, Eva Wunsch-Weber, Wolfgang Heßler, Ute Heilig, Sascha Winkel, Steven Müller, Ralf Pakosch (von links nach rechts)

Ebenso danken wir dem Aufsichtsrat und den beratenden Gremien für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit sowie für die wertvollen Impulse, die sie in die Weiterentwicklung unserer Bank einbringen.

Mit Blick auf 2026 werden wir unseren erfolgreichen Kurs fortsetzen, also auf Kundenorientierung, Stabilität und innovative Lösungen bauen. Wir sehen 2026 als Chance, unsere Bank als starkes genossenschaftliches Institut in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main weiterzuentwickeln und

unseren Mitgliedern, Kundinnen und Kunden langfristigen Mehrwert zu bieten. Dabei bleiben Vertrauen, Verlässlichkeit und partnerschaftliche Zusammenarbeit die Grundlagen unseres Handelns.

Herzliche Grüße

Ihr Vorstand der Frankfurter Volksbank Rhein/Main

Eva Wunsch-Weber

Ute Heilig

Wolfgang Heßler

Ulrich Hilbert

Steven Müller

Ralf Pakosch

Angelika Stallhofer

Sascha Winkel

Verwaltung

■ AUFSICHTSRAT

Dr. Hans-Georg Florig

Vorsitzender seit 29. April 2025,
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht,
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer,
Geschäftsführer der Florig
Rechtsanwalts-gesellschaft mbH und Florig &
Söhne GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft,
Aschaffenburg

Peter Andreas Müller

Vorsitzender bis 29. April 2025,
danach stellvertretender Vorsitzender,
Rechtsanwalt und Notar,
Partner der Knarr & Knopp Milde Netuschil
Zimmer Partnerschaftsgesellschaft mbB,
Frankfurt am Main

Dipl.-Kfm. Dr. h. c. Hans-Peter Biffar

Stellvertretender Vorsitzender,
Unternehmensberater (selbständig),
Schollbrunn

Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Reinhard,

Altbürgermeister
Stellvertretender Vorsitzender,
Kommunal- und Unternehmensberater
(selbstständig),
Niedernberg

Dr. jur. Winfried Rohloff

Stellvertretender Vorsitzender,
Rechtsanwalt und Notar, Partner der Dr.
Dienst-Rohloff Dr. Rohloff Grün-Weil GbR,
Weilmünster

Hella Reußwig *

Schriftführerin,
Bankangestellte der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG,
Filialdirektorin

Dipl.-Kffr. Iris Abraham

Wirtschaftsprüferin,
Vorstandsmitglied der Dohm Schmidt Janka
Revision und Treuhand AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Berlin

Sebastian Robert Allen *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Thorsten Bartsch *

Leiter der Ausbildungsgemeinschaft
Frankfurter Volksbanken GbR

Dipl.-Kfm. Dr. Volker Breid

Geschäftsführer der Frankfurter
Allgemeine Zeitung GmbH
und der Frankfurter Societät GmbH,
Frankfurt am Main

Serdar Daldaban *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

Eva Maria Eder-Widmann

Geschäftsführerin der Eder & Heylands
Brauerei GmbH & Co. KG,
Großostheim

Benjamin Eibelshäuser *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Kai-Uwe Engel *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Konrad R. Fleckenstein

Steuerberater, Geschäftsführer
der Fleckenstein & Kollegen
Steuerberatungsgesellschaft mbH,
Niedernberg

Achim Franke *

Bankangestellter i. R. der
Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

Dipl.-Betriebswirt (FH) Uwe Gotta,

Steuerberater (selbständig),
Rüsselsheim

Michael Günther

Geschäftsführender Gesellschafter des
Autohauses Günther & Schmitt GmbH,
Flörsheim am Main

Norbert Hartnagel *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

Verena Sylvia Hesbacher

Steuerberaterin, Kern & Heß GbR
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater,
Aschaffenburg

Elke Kimpel

Unternehmerin,
Hainburg

Peter Knapp

Director General der Tillion DC SL,
Madrid, Spanien

Pia Koschara *

Bankangestellte der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

Dipl.-Volksw. und Dipl.-Kfm. Götz Müller

Inhaber der Anlagenbau Müller
Kelkheim e. Kfm.,
Kelkheim (Taunus),
Geschäftsführender Gesellschafter
der Peters Plastic GmbH,
Kelkheim (Taunus)

Thomas Nüchter *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

Harald Osterhagen

Geschäftsführender Gesellschafter der OVS
Vermögensverwaltung GmbH,
Hofheim am Taunus

Christian Heinrich Ott *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

Sabine Patzelt *

Bankangestellte der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

Michael Pfeffer

Rechtsanwalt, Partner der Rechtsanwälte
Bachmann, Hansen, Schuhmann u.
Partner mbB,
Aschaffenburg

Thomas Reichert

Geschäftsführer der Haxen-Reichert
Metzgerei-, Gaststätten- und Partyervice
Betriebsgesellschaft mbH,
Frankfurt am Main

Dipl.-Volkswirt Norbert Rink

Geschäftsführender Gesellschafter der IC
NEO GmbH,
Rödermark

Ralph Ritter

Technischer Betriebsleiter des Autohauses
Robert Kunzmann
GmbH & Co. KG (Angestellter),
Alzenau

Tim Schlauersbach

Steuerberater,
Geschäftsführer der Rhein Main SüdRevi-
sion GmbH und SR SüdRevision GmbH,
Aschaffenburg

Oliver Sixel

Geschäftsführer und Gesellschafter der
Sixel Garten- und Landschaftsbau GmbH &
Co. KG,
Rüsselsheim

Eduard Tomaszewski

Vereidigter Buchprüfer und Steuerberater,
Schaaheim

Andreas Trendel *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

Andreas Wirz

Rechtsanwalt und Mediator (selbständig),
Frankfurt am Main

Mario Wolfgang Wüst

Rechtsanwalt, Mitinhaber der Kanzlei
Wüst & Becker GbR,
Aschaffenburg

Patricia Prinzessin zu Erbach-Schönberg

Geschäftsführende Gesellschafterin
der Auto Jacob GmbH,
Rüsselsheim

**■ EHRENMITGLIEDER
DES AUFSICHTSRATES****Hans-Joachim Tonnellier**

Ehrevorsitzender
Bankdirektor i. R.,
Bad Homburg v. d. H.

Senator E. H. Professor Carlo Giersch

Vorsitzender des Kuratoriums der
gemeinnützigen STIFTUNG GIERSCHE,
Frankfurt am Main

■ VORSTAND**Eva Wunsch-Weber**

Vorsitzende

Claus Jäger

bis 31. Dezember 2025
Co-Vorsitzender

Ute Heilig**Wolfgang Heßler****Ulrich Hilbert****Steven Müller****Ralf Pakosch****Angelika Stallhofer****Sascha Winkel**

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank gewählt

■ UNTERNEHMENSBEIRAT

Dr. Hans-Georg Florig

seit 29. April 2025 Vorsitzender des Aufsichtsrates und des Unternehmensbeirates, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Geschäftsführer der Florig Rechtsanwalts-gesellschaft mbH und Florig & Söhne GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Aschaffenburg

Peter Andreas Müller

Vorsitzender des Aufsichtsrates und des Unternehmensbeirates bis 29. April 2025, danach stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates und Mitglied des Unternehmensbeirates, Rechtsanwalt und Notar, Partner der Knarr & Knopp Milde Netuschil Zimmer Partnerschaftsgesellschaft mbB, Frankfurt am Main

Dipl.-Kfm. Dr. h. c. Hans-Peter Biffar

Unternehmensberater (selbständig), Schollbrunn

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Holger Drewing

Geschäftsführender Gesellschafter HERTH+BUSS Mobility Solutions GmbH & Co. KG, Heusenstamm

Stefan Ehinger

Geschäftsführer Elektro Ehinger GmbH, Frankfurt am Main

Markus Eibeck

Geschäftsführer Funkhaus Aschaffenburg GmbH & Co. Studiobetriebs KG, Aschaffenburg

Gerhard Eifler

Geschäftsführender Gesellschafter Der Bäcker Eifler Produktionsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Marianne Frickel

Geschäftsführende Gesellschafterin Baumbach HörCom GmbH, Hanau

Karin Gehrunger

Geschäftsführerin Manfred Gehrunger Garten- und Landschaftsbau, Weiterstadt

Matthias Gräble

Hauptgeschäftsführer (bis 31. März 2025) Industrie- und Handelskammer, Frankfurt am Main

Dr. Axel Groth

Rechtsanwalt und Notar, Rüsselsheim am Main

Wilhelm Heckwolf

Staatlich geprüfter Augenoptiker, Münster

Julian Herbert

Geschäftsführender Gesellschafter Pergano GmbH, Obertshausen

Thomas Holler

Obermeister der Innung des Kfz-Gewerbes Frankfurt/Main und Main-Taunus-Kreis, Hofheim am Taunus

Dipl.-Ing. Wolfgang Hörnig

Geschäftsführender Gesellschafter Adam Hörnig Baugesellschaft mbH & Co. KG, Aschaffenburg

Norbert Lauer

Bankdirektor i. R., Fliesen

Matthias Lorenz

Honorarkonsul Geschäftsführer Lorenz Group Holding GmbH, Flörsheim am Main

Peter W. Müller

Geschäftsführer/Inhaber esm Erodier-Service-Müller GmbH, Oberursel (Taunus)

Jörg Münch

Shareholder und Senior Advisor Münch + Münch GmbH, Frankfurt am Main

Christian Neitzer

Geschäftsführer Georg Neitzer GmbH Lebensmittelgroßhandel, Stockstadt am Main

Nadia Qani-Schwarz

Inhaberin und Geschäftsführerin AHP-kultursensibler Pflegedienst Nadia Qani GmbH, Frankfurt am Main

Dipl.-Kfm. Stephan Rapp

Geschäftsführer F.L.C. Facilities Leasing Consulting Managementgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Reinhard,

Altbürgermeister Kommunal- und Unternehmensberater (selbstständig), Niedernberg

Dr. Christof Riess

Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Frankfurt am Main

Dr. jur. Winfried Rohloff

Rechtsanwalt und Notar, Partner der Dr. Dienst-Rohloff Dr. Rohloff Grün-Weil GbR, Weilmünster

Prof. h. c. Dr. h. c. Petra Roth

Ehrenmitglied Oberbürgermeisterin a.D., Frankfurt am Main, Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt am Main, Ehrenprofessorin des Landes Hessen, Frankfurt am Main

Christian K. Scheffel

Geschäftsführer und Alleingesellschafter Galerie Scheffel GmbH, Bad Homburg v. d. H.

Matthias Sode

Flugkapitän Lufthansa AG, Weilrod

Dr. med. Rainer Sperzel

Arzt für Allgemeinmedizin, Hofheim am Taunus

Stefanie Wissler

Geschäftsführerin Industrie- und Handelspark, Großostheim

Karl Peter Ziegler

Geschäftsführender Gesellschafter Karl Ziegler GmbH, Frankfurt am Main

Kooperationen

■ TAUNUS SPARKASSE

Gemeinsame FinanzPunkte mit Beratung

Bad Homburg-Ober-Erlenbach
Bad Soden-Neuenhain
Eppstein-Bremthal
Eschborn-Niederhöchstadt
Flörsheim-Weilbach
Grävenwiesbach
Hattersheim-Okriftel
Kronberg-Oberhöchstadt
Liederbach
Oberursel-Oberstedten
Oberursel-Stierstadt
Schmittchen
Schwalbach
Steinbach
Sulzbach am Taunus
Wehrheim
Weilrod-Rod an der Weil

Gemeinsame SB-FinanzPunkte

Friedrichsdorf-Seulberg
Friedrichsdorf-Taunus Carré
Hattersheim-Eddersheim
Hofheim-Langenhain
Hofheim-Lorsbach
Hofheim-Marxheim
Kelkheim-Fischbach
Königstein-Mammolshain
Oberursel-Bommersheim

■ FRANKFURTER SPARKASSE

SB-Stelle

Frankfurt-Nieder-Eschbach

■ SPARKASSE ASCHAFFENBURG-MILTENBERG

SB-Stellen

Aschaffenburg-Strietwald
Dammbach
Großostheim-Pflaumheim
Großostheim-Ringheim
Hösbach
Obernburg-Eisenbach

■ KREISSPARKASSE GROSS-GERAU

Filiale

Rüsselsheim-Bauschheim

SB-Stellen

Raunheim-EKZ Mainspitze
Raunheim-Mainzer Straße
Rüsselsheim-Berliner Platz
Rüsselsheim-Bauschheimer Straße

■ NASSAUISCHE SPARKASSE UND TAUNUS SPARKASSE

SB-Stelle

Oberursel-Weißkirchen

■ SPARKASSE DARMSTADT UND DIEBURG

SB-Stellen

Babenhausen
Babenhausen-Hergershausen
Babenhausen-Langstadt
Babenhausen-Sickenhofen
Münster-Altheim
Rodgau-Nieder-Roden
Rödermark-Waldacker
Rödermark-Breidert

■ SPARKASSE LANGEN-SELIGENSTADT

SB-Stellen

Hanau-Klein-Auheim
Hainburg-Klein-Krotzenburg
Heusenstamm-Rembrücken
Mainhausen-Mainflingen
Mainhausen-Zellhausen
Mühlheim-Dietesheim
Mühlheim-Lämmerspiel
Mühlheim-Markwald
Obertshausen
Rodgau-Hainhausen
Rodgau-Weiskirchen
Seligenstadt-Froschhausen
Seligenstadt-Klein-Welzheim

■ SPARKASSE OFFENBACH

SB-Stelle

Offenbach-Rumpenheim

■ VOLKSBANK DARMSTADT MAINZ

SB-Stelle

Mörfelden-Walldorf-Rubensstraße

Lagebericht 2025

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht
- E. Erklärung zur Unternehmensführung
- F. Nichtfinanzielle Berichterstattung

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG, Frankfurt am Main, ist ein Kreditinstitut in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG). Der Geschäftszweck ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder und Kunden. Der im Genossenschaftsgesetz verankerte Förderauftrag (§ 1 Abs. 1 GenG) ist in § 2 Abs. 1 der Satzung der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG aufgeführt. Das Leistungsspektrum der Bank entspricht dem einer Universalbank. Die Bank nutzt darüber hinaus das Leistungsangebot innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Zu unseren Kunden zählen vor allem Privatpersonen, Freiberufler, Handwerker, mittelständische Unternehmen und institutionelle Kunden.

Das Geschäftsgebiet der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG umfasst im Wesentlichen die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sowie die Stadt Aschaffenburg und den Bayerischen Untermain und ist in 13 Regionalmärkte gegliedert. Das Geschäftsstellennetz besteht aus 98 Geschäftsstellen sowie 81 SB-Filialen. Ferner betreiben wir gemeinsam mit der Taunus Sparkasse 26 FinanzPunkte (teils ohne Beratung). Ergänzend sind die Berater des Kundendialogcenters

der Bank über die FVB Banking App, das Online-Postfach, E-Mail oder Telefon erreichbar.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit werden folgende Zweigniederlassungen unterhalten:

- BVB Volksbank, Bad Vilbel
- Raiffeisenbank Maintal, Maintal
- Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg, Aschaffenburg
- Rüsselsheimer Volksbank, Rüsselsheim
- VR-Bank, Alzenau
- Vereinigte Volksbank Griesheim-Weiterstadt, Griesheim
- Vereinigte Volksbank Maingau VVB, Obertshausen
- Volksbank Griesheim, Frankfurt am Main
- Volksbank Höchst a. M., Frankfurt am Main
- Volksbank Raiffeisenbank Hanau, Hanau
- Volksbank Usinger Land, Usingen

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung (BVR-ISG Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt.

Daneben ist die Bank der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. RAHMENBEDINGUNGEN

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2025 entwickelte sich in Deutschland aus wirtschaftlicher Perspektive weniger dynamisch als zu Jahresbeginn erwartet. Die positive Stimmung aufgrund der Investitionsvorhaben für Infrastruktur und Klima sowie Ausgaben für Verteidigung der neuen Bundesregierung wurde recht schnell durch die Handelspolitik der Vereinigten Staaten überschattet. Zusätzlich hemmten anhaltende Strukturprobleme und Bürokratielasten das konjunkturelle Umfeld. Im Vergleich zu den Rezessionsjahren 2023 und 2024 konnte dennoch eine Verbesserung erreicht werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg gemäß vorläufigen Berechnungen um 0,2 Prozent.

Den stärksten Wachstumsimpuls zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt lieferten mit einem Beitrag von 1,0 Prozentpunkt die Konsumausgaben. Der staatliche Konsum wuchs vor allem durch Mehrausgaben im Gesundheits- und Pflegesektor. Mit einem preisbereinigten Anstieg von 1,5 Prozent legte dieser kaum stärker zu als der Privatkonsum. Der Privatkonsum verzeichnete einen preisbereinigten Anstieg von 1,4 Prozent und übertraf damit das Vorjahr spürbar (+0,5 Prozent). Einen stärkeren Anstieg verhinderten unter anderem Lohnsteigerungen und höhere Sozialversicherungsbeiträge.

Das Investitionsumfeld war durch eine Vielzahl von Herausforderungen gekennzeichnet. So waren die niedrige Kapazitätsauslastung der Industrie, die strukturellen Standortprobleme und die Geopolitik Hemmnisse für Investitionsvorhaben. Die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen sanken entsprechend um 2,3 Prozent. Die Investitionen der Bauindustrie fielen um 0,9 Prozent. Positiv entwickelten sich im Bausektor die öffentlichen Investitionen und der Wirtschaftsbau, der unter anderem vom Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen profitierte. Der private Wohnungsbau hingegen verzeichnete trotz gesunkener Finanzierungskosten einen Rückgang. Insgesamt gingen die Bruttoanlageinvestitionen um 0,5 Prozent zurück und belasteten das preisbereinigte Wirtschaftswachstum um 0,1 Prozentpunkte. Dementgegen führten hohe Vorratsveränderungen zu einem Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten. Die Unternehmen produzierten mehr Waren als sie absetzen konnten.

Während die Exporte um 0,3 Prozent sanken, legten die Importe deutlich um 3,6 Prozent zu. Die deutschen Ausfuhren litten unter der US-Handelspolitik, der Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar und dem hohen Wettbewerbsdruck durch China. Der Anstieg der Einfuhren resultierte aus einer robusten Konsumnachfrage und Rüstungsinvestitionen.

Die hohen Investitionsausgaben der Bundesregierung spiegelten sich 2025 noch nicht in den Defizitkennzahlen wider, da diese sich teilweise noch in der Planungsphase befanden. Das Haushaltsdefizit lag bei 2,4 Prozent gegenüber 2,7 Prozent im Vorjahr. Grund hierfür war, dass die staatlichen Einnahmen durch ein höheres Steueraufkommen und gestiegene Sozialbeiträge deutlich anstiegen. Die Maastricht-Schuldenquote lag am Jahresende nach vorläufiger Berechnung bei etwa 63 Prozent.

Der Trend des langjährigen Anstiegs der Erwerbstätigenzahl kam 2025 zum Erliegen. So konnten Stellenverluste in Industrie und Bau durch Zuwächse im öffentlichen und sozialen Dienst nicht vollständig kompensiert werden. Auch der demografische Wandel machte sich negativ bemerkbar. Die Erwerbstätigenzahl sank im Jahresdurchschnitt auf rund 46,0 Mio. Menschen. Die Arbeitslosenzahl lag bei 2,9 Mio. Menschen, was einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent entsprach.

Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt bei 2,2 Prozent und damit auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Über das Jahr gesehen war das Preisniveau im Dienstleistungssektor um 3,5 Prozent angestiegen. Vor allem Dienstleistungen im Sozialbereich, Wartungen und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gastronomiedienstleistungen waren für die Verbraucher deutlich teurer als im Vorjahr. Ein sinkendes Energiepreisniveau dämpfte die allgemeine Preisentwicklung.

Finanzmärkte

Das Jahr 2025 begann mit verhaltenem Optimismus, da die Märkte eine bevorstehende Lockerung der Geldpolitik durch die Zentralbanken vorwegnahmen. Vor allem waren die Erwartungen an die EZB hinsichtlich Zinssenkungen hoch, um der anhaltenden Wachstumsschwäche im Euroraum entgegenzuwirken. Diese Erwartungshaltung stabilisierte die Rentenmärkte und gab den europäischen Aktienindizes Auftrieb. Parallel dazu wurde das Marktumfeld durch die Amtseinführung von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika maßgeblich beeinflusst. Die Märkte waren getrieben von der Aussicht auf eine umfassende Deregulierung und steuerliche Anreize.

Die vorgezogene Bundestagswahl in Deutschland wurde von den Finanzmärkten positiv aufgenommen. Hierbei rückte die deutsche Fiskalpolitik in den Fokus der Investoren. Die neue Regierung sollte die dringend notwendigen Investitionen in Infrastruktur und Ausgaben für Verteidigung zügig vorantreiben. Diese potenzielle Abkehr von einer strikten Austeritätspolitik führte an den Rentenmärkten zu einer Neubewertung deutscher Bundesanleihen, während sie gleichzeitig Hoffnungen auf eine konjunkturelle Wiederbelebung nährte. Die Renditen von Bundesanleihen verzeichneten infolgedessen einen massiven Renditeanstieg, der aber in den nachfolgenden Wochen wieder zurückging.

Das zweite Quartal startete mit tiefgreifenden Verschiebungen in der globalen Handelspolitik. Die US-Regierung implementierte Anfang April substanzielle neue Zollltarife, die nicht nur auf China, sondern explizit auch auf die europäische Exportwirtschaft abzielten. Diese protektionistischen Maßnahmen lösten an den Finanzmärkten starke Kursbewegungen aus. Die Unsicherheit über künftige Absatzmärkte dämpfte die globale Investitionstätigkeit und führte entsprechend zu nachgebenden Aktiennotierungen. Gleichzeitig ließ die Sorge vor inflationären Zweitrundeneffekten durch verteuerte Importe die Anleiherenditen steigen. Trotz dieser Handelshemmnisse konnte der US-Dollar kurzfristig an Wert gewinnen.

Im weiteren Jahresverlauf führte das Aussetzen einzelner US-Handelszölle, vorläufige Handelsvereinbarungen zwischen den USA und anderen Ländern, aber auch der Optimismus bezüglich des KI-Booms zu einer Entspannung an den Kapitalmärkten. Die Aktiennotierungen legten zu und die Volatilität an den Rentenmärkten nahm ab.

Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) und die Europäische Zentralbank (EZB) vollzogen eine weitere schrittweise Abkehr von den restriktiven Maßnahmen der vorangegangenen Jahre. Die EZB setzte den im Vorjahr begonnenen Lockungszyklus fort und passte ihre Schlüsselsätze im ersten Halbjahr 2025 weiter nach unten an. Im zweiten Halbjahr legte die EZB eine Zinspause ein. Diese Phase der Konsolidierung erfolgte, da sich die Inflationsdynamik in der Eurozone dem mittelfristigen Zielwert annäherte. Hier machte sich der im Jahresverlauf nachgebende Rohölpreis positiv bemerkbar. Die Fed leitete erst im Herbst eine weitere Lockerung ihrer Geldpolitik ein. Die letzte Zinssenkung der Fed erfolgte im Dezember. Diese Entscheidung wurde vor dem Hintergrund eines sich abkühlenden Arbeitsmarktes getroffen. Der Zinsschritt erfolgte trotz eines unverändert hohen US-Inflationsniveaus.

Der Deutsche Aktienindex DAX verzeichnete bei einem Schlussstand von 24.490 Punkten eine Jahresperformance von 23,0 Prozent. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen lag zum Ultimo 2025 bei 2,85 Prozent und damit um 0,49 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Der US-Dollar schwächte sich gegenüber dem Euro spürbar ab. Zum Jahresende lag der Euro/USD-Kurs bei 1,17 US-Dollar.

Immobilienmarkt

Entgegen den Erwartungen hat sich der deutsche Investmentmarkt für Immobilien im Berichtszeitraum nicht beleben können. Trotz einer spürbaren Aktivitätszunahme in der zweiten Jahreshälfte schloss das Jahr mit einem Rückgang des Transaktionsvolumens ab. Herausfordernde Finanzierungsbedingungen und die Risikoaversion der Investoren hatten einen negativen Einfluss auf das Marktgeschehen. In diesem Umfeld wurden im Jahresverlauf nur wenige großvolumige Abschlüsse über 100 Mio. Euro registriert. Demgegenüber machten mittlere Transaktionen von 20 bis 50 Mio. Euro rund die Hälfte des Gesamtvolumens aus.

Auf Ebene der einzelnen Immobiliensektoren war der Bereich Wohnen die gefragteste Anlageklasse, auch wenn das Volumen im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückging. Bei Logistik gab das Transaktionsvolumen konjunkturbedingt nach, dennoch vereinte dieses Segment das zweithöchste Volumen auf sich. Aufgrund mehrerer Großabschlüsse konnte der Einzelhandelssektor entgegen dem Gesamttrend ein Wachstum verzeichnen. Das Bürosegment stand durch weitere Bewertungsanpassungen unverändert unter Druck. Wesentliche Investitionen flossen in erstklassige Objekte in Spitzenlagen, wo stabilere Mietrenditen erzielt werden konnten.

Geschäftsentwicklung der Kreditgenossenschaften

Die deutschen Genossenschaftsbanken konnten nach Zahlen des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) ihr Wachstum im Kreditgeschäft im Jahr 2025 fortsetzen. Das Kreditgeschäft über alle Kundengruppen per 31. Dezember 2025 stieg im Vergleich zum Vorjahr um 30 Mrd. Euro oder 3,8 Prozent auf 827 Mrd. Euro.

Im Bereich der Wohnbaukredite sowohl an Privat- als auch an Firmenkunden konnte ein Plus von 4,7 Prozent realisiert werden. Der Gesamtbestand wuchs zum Jahresende auf 491 Mrd. Euro. Das Neugeschäft in diesem Bereich zeigte ein erfreuliches Wachstum. Bei Privatkunden erhöhten sich die Kreditbestände um rund 3,8 Prozent auf 384 Mrd. Euro, während die Firmenkundenkredite um 3,7 Prozent auf 443 Mrd. Euro anstiegen.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist das Kreditwachstum ein Ausdruck der wichtigen Rolle der Genossenschaftsbanken als zuverlässiger Finanzierungspartner des Mittelstands. Die Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken legten im Jahr 2025 ebenfalls zu und erreichten zum 31. Dezember 2025 einen Wert von 925 Mrd. Euro, was einem Anstieg um 33 Mrd. Euro oder 3,7 Prozent entspricht. Die Zahl der Genossenschaftsbanken ist fusionsbedingt im Jahr 2025 von 672 auf 646 gesunken.

Die Ertragslage der deutschen Genossenschaftsbanken hat sich im Vergleich zum Vorjahr positiv entwickelt. Die Ertragskomponente Zinsüberschuss ist im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme der Institute leicht gestiegen, wohingegen der Provisionsüberschuss in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme der Institute stabil blieb. Bei den Verwaltungsaufwendungen verzeichneten die Personalaufwendungen in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme einen leichten Anstieg.

Das Bewertungsergebnis verbleibt für die Genossenschaftsbanken auf einem hohen, aber stabilen Niveau gegenüber dem Vorjahr. Dies führte insgesamt zu einem Anstieg des Verhältnisses des Jahresüberschuss vor Steuern zur durchschnittlichen Bilanzsumme der Institute.

Wirtschaftsentwicklung in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main und am Bayerischen Untermain

Das Geschäftsklima, die Investitionsbereitschaft und die Zukunftserwartungen haben sich in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main im Jahresvergleich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Belastungsfaktoren und Risiken werden branchenübergreifend durch herausfordernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen, eine abnehmende Inlandsnachfrage sowie die Arbeitskosten und den Fachkräftemangel bestimmt.

In der Industrie wurde das Geschäftsklima durch die protektionistische Zollpolitik der USA und die damit verbundenen Herausforderungen im Export von Gütern negativ beeinflusst. Die aktuelle Geschäftslage wird in der Bau- und Immobilienwirtschaft positiv eingeschätzt, jedoch wird der Ausblick durch Risiken bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beeinträchtigt.

Positive Wachstumserwartungen in der Finanz-, Kredit- und Versicherungswirtschaft wurden von Investitionsplänen für Ersatzbedarf und Produktinnovationen begleitet, welche auch durch den zunehmenden Wettbewerb mit Fintech-Konkurrenten motiviert sind. Die Beschäftigungspläne der Unternehmen der Region gingen im Jahresvergleich deutlich

zurück. Einzig in der Finanz-, Kredit- und Versicherungswirtschaft bestand die Absicht zum Personalaufbau.

Auch in der Wirtschaftsregion Bayerischer Untermain stagnierte das Geschäftsklima im Jahresverlauf nahezu in fast allen Branchen. Weiter aufgeheitelt hat sich die Lage dagegen im Baugewerbe, wo die Geschäftslage durch die Betriebe mehrheitlich als gut bewertet wurde. Die größten Herausforderungen sind aus Sicht der Unternehmen die Inlandsnachfrage, die Arbeitskosten und ausbleibende wirtschaftspolitische Reformen. Aufgrund sinkender Erwartungen entwickelt sich die Investitionsbereitschaft und die Bereitschaft zur Erhöhung der Beschäftigtenzahl rückläufig.

2. FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

Als bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz bzw. Produktivität und somit indirekt auch für die Rentabilität unseres Instituts wurde die Cost-Income-Ratio festgelegt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar. Die Cost-Income-Ratio soll strategisch zwischen 64 bis 67 Prozent liegen.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote. Diese wird berechnet als Verhältnis der verfügbaren Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva nach CRR/CRD. Als Mindestquote für die Gesamtkapitalquote sind hierbei 16,7 Prozent definiert.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgen in den nächsten Abschnitten.

3. DARSTELLUNG, ANALYSE UND BEURTEILUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 sowie für das Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

Die Cost-Income-Ratio zeigt sich mit 62,7 Prozent (Vorjahr: 65,0 Prozent) verbessert. Der Anstieg des Zins- und Provisionsüberschusses hat die höheren Verwaltungsaufwendungen und den Rückgang des sonstigen Ergebnisses kompensiert. Die Cost-Income-Ratio ist somit über unseren Erwartungen, die sich in einem strategischen Zielkorridor von 64 bis 67 Prozent bewegt haben.

Die für 2025 festgelegte Mindest-Gesamtkapitalquote von 16,7 Prozent wird mit 18,5 Prozent (Vorjahr: 20,1 Prozent) deutlich übertroffen.

Die Entwicklung der bedeutsamsten Leistungsindikatoren liegt insgesamt innerhalb unserer Prognose des Vorjahres.

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hat ihre erfolgreiche Entwicklung im Geschäftsjahr 2025 fortgesetzt. Die Bank verzeichnete sowohl einen Anstieg bei den Kundeneinlagen (+0,5 Prozent) als auch ein Kreditwachstum (+2,1 Prozent).

In einem von einer raschen Zinswende, hohen Regulierungsanforderungen und digitalen Wettbewerbern geprägten Geschäftsumfeld erzielte die Bank im Berichtsjahr ein über dem Planwert liegendes Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Trotz des intensiven Wettbewerbs sowie der unverändert strengen Kreditvergaberichtlinien mit vergleichsweise hohen Bonitätsanforderungen und Besicherungsanteilen konnten Zuwächse im Kreditgeschäft erzielt werden.

Geschäftliche Entwicklung

Die Bilanzsumme der Bank stieg um 0,4 Prozent auf 19,3 Mrd. Euro.

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	19.331.861	19.262.877	68.984	0,4
Außerbilanzielle Geschäfte *)	649.602	914.753	-265.151	-29,0

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Ursächlich für den Anstieg der Bilanzsumme um 69,0 Mio. Euro bzw. 0,4 Prozent war auf der Passivseite der Bilanz die

Entwicklung der anderen Einlagen (+2,2 Prozent). Hier sind vor allem die täglich fälligen Einlagen zu nennen. Auf der Aktivseite ist insbesondere das Kreditwachstum (+2,1 Prozent) hervorzuheben.

Die außerbilanziellen Geschäfte liegen unter Vorjahresniveau. Im Wesentlichen ist der Rückgang auf gesunkene unwider-rufliche Kreditzusagen gegenüber Kunden zurückzuführen.

Aktivgeschäft

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	11.564.757	11.326.852	237.905	2,1
Wertpapiieranlagen	4.250.726	4.350.437	-99.711	-2,3
Forderungen an Kreditinstitute	2.306.734	2.363.045	-56.311	-2,4
Handelsbestand	1.028	1.933	-905	-46,8

Mit einem Anteil von 59,8 Prozent an der Bilanzsumme stellen die Forderungen an Kunden einen wichtigen Aktivposten dar.

Der Schwerpunkt des Kreditgeschäftes liegt im Bereich der Privatkunden und hier insbesondere bei privaten Immobilienfinanzierungen, die im Berichtsjahr ein Wachstum von rund 2,9 Prozent verzeichneten.

Die Kreditvergabe an Firmenkunden betraf schwerpunktmäßig Unternehmensfinanzierungen des regionalen Mittelstands. Im Berichtsjahr waren dies vor allem gewerbliche Baufinanzierungen, die bei dem Kreditwachstum einen Anteil von 30,2 Prozent ausmachten.

Zum Wachstum beigetragen hat auch die Zusammenarbeit mit gewerblichen Kreditvermittlern, die fast ausschließlich standardisierte Immobilienfinanzierungen beisteuerten.

Die festgesetzten Kredithöchstgrenzen für die einzelnen Kreditnehmer sowie sämtliche Kreditgrenzen des Kreditwesengesetzes (KWG), der Capital Requirements Regulation (CRR) und des Genossenschaftsgesetzes (GenG) wurden während des gesamten Berichtszeitraums eingehalten.

Die Forderungen an Kunden, die aufgrund der Struktur und des räumlichen Umfangs des Geschäftsgebietes der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG eine breite größenmäßige Streuung aufweisen, wurden vorsichtig bewertet. Die für erkennbare bzw. latente Risiken gebildeten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden von den entsprechenden Aktivposten abgesetzt.

Der Bestand an Wertpapiereigenanlagen verringerte sich auch aufgrund von Fälligkeiten/Verkäufen um 99,7 Mio. Euro. Die bewährte risikoarme Anlagestrategie mit Investitionen überwiegend im Investmentgrade-Segment wurde fortgeführt.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 56,3 Mio. Euro bzw. 2,4 Prozent. Die Bankengelder werden fast ausschließlich bei der DZ BANK und der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die Forderungen gegenüber der DZ BANK und der Deutschen Bundesbank werden im Wesentlichen in Form von täglich fälligen Geldern/Termingeldern unterhalten.

Passivgeschäft

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	970.201	1.045.480	-75.279	-7,2
Spareinlagen	1.708.832	1.938.230	-229.398	-11,8
Andere Einlagen	13.934.910	13.628.865	306.045	2,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	190.967	218.216	-27.249	-12,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	39.705	39.723	-18	0,0

Der Rückgang bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist maßgeblich auf den Rückgang von Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist bei der DZ BANK zurückzuführen.

Die Verminderung bei den Spareinlagen um 229,4 Mio. Euro setzt sich zusammen aus dem Rückgang um 175,9 Mio. Euro bei den Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten sowie dem Rückgang bei Sparprodukten mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten um 53,5 Mio. Euro.

In der Struktur des Passivgeschäfts hat die Bedeutung täglicher fälliger Einlagen aufgrund sinkender Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt im Geschäftsjahr zugenommen. So stiegen die täglich fälligen Verbindlichkeiten in laufender Rechnung um 517,0 Mio. Euro, wobei täglich fällige Verbindlichkeiten auf Tagesgeldkonten einen Anstieg um 359,0 Mio. Euro verzeichneten. Gleichzeitig sanken die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit, hier vor allem die Festgelder, um 211,0 Mio. Euro auf rund 3,7 Mrd. Euro. Verbriefte Verbindlichkeiten sind um 27,2 Mio. Euro gesunken.

Personal

	Berichtsjahr	2024
Weibliche Angestellte	1.044	1.051
Männliche Angestellte	733	736
Auszubildende/dual Studierende	68	51
Vorstand	9	9
Summe Mitarbeiter	1.854	1.847

Bei der Darstellung des Personalbestands wird die Systematik der AVR-Personalstatistik verwendet, welche ausschließlich aktive Mitarbeiter berücksichtigt.

Zum 31. Dezember 2025 beschäftigte die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG 1.854 aktive Mitarbeiter. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft lag bei 59,4 Prozent. Bei einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 20,9 Jahren betrug das Lebensalter der Mitarbeiter zum Meldestichtag im Durchschnitt 48,0 Jahre.

Die Vergütungssysteme der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG stehen im Einklang mit dem Unternehmensleitbild sowie der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank. Die Gesamtvergütung setzt sich aus fixen und variablen Gehaltsbestandteilen zusammen. Die Obergrenze des variablen Bestands teils richtet sich dabei nach § 25a Abs. 5 KWG i. V. m. § 6 InstitutsVergV und beträgt maximal 50,0 Prozent der Gesamtvergütung. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kontrolleinheiten beträgt die Obergrenze maximal 25,0 Prozent der Gesamtvergütung. Daher bestehen weder im tariflichen noch im außertariflichen Bereich hohe Abhängigkeiten von variablen Vergütungssystemen.

Schwerpunktt Themen der Weiterbildungen im Berichtsjahr waren im Wesentlichen Schulungen aufgrund regulatorischer Anforderungen mit 3.585 Teilnehmertagen, Schulungen im Rahmen der Entwicklungswege mit 1.166 Teilnehmertagen, Fachschulungen für Spezialisten (inkl. Vertriebsschulungen) mit 966 Teilnehmertagen sowie Trainings und Workshops rund um die Themen Kultur und Prozesse mit 746 Teilnehmertagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 6.767 Teilnehmertage absolviert.

Auch die Weiterbildung in Form von berufsbegleitenden Studiengängen fördert die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG. 41 Mitarbeiter wurden finanziell sowie durch Teilfreistellungen bei ihrer nebenberuflichen Fortbildung individuell unterstützt.

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG stellte im Berichtsjahr 31 neue Auszubildende und dual Studierende ein, so

dass am 31. Dezember 2025 insgesamt 68 Auszubildende und dual Studierende beschäftigt waren.

Konzern und wesentliche Tochtergesellschaften

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG stellt für das Geschäftsjahr 2025 einen Konzernabschluss auf. Die nachfolgenden wesentlichen Tochtergesellschaften werden aufgrund ihrer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vollkonsolidiert in den Konzernabschluss einbezogen. Im Geschäftsjahr 2025 sind die beiden Tochtergesellschaften LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH und Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg auf die GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main (GiF) rückwirkend zum 1. Januar 2025 übergegangen.

Die Bank betreibt über die GiF die Vermittlung von Finanzprodukten und Krediten, während über die Immobilien Gesellschaft mbH der Frankfurter Volksbank Rhein/Main die Vermittlung von Immobilien erfolgt. Daneben vermieten die Tochtergesellschaften Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG und Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG Gewerbe- und Wohneinheiten in Frankfurt am Main. Die WG Immo GmbH & Co. KG vermietet technische Einrichtungen und erzielt ergänzend Solarstromerlöse.

4. DARSTELLUNG, ANALYSE UND BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Bank haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichts-jahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	301.201	276.751	24.450	8,8
Provisionsüberschuss ²⁾	119.666	118.484	1.182	1,0
Sonstige betriebliche Erträge	22.596	25.352	-2.756	-10,9
Verwaltungs-aufwendungen	255.728	243.873	11.855	4,9
a) Personal-aufwendungen	148.056	138.523	9.533	6,9
b) Andere Verwaltungs-aufwendungen	107.672	105.350	2.322	2,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	16.156	17.885	-1.729	-9,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.233	6.588	-1.355	-20,6
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	171.158	155.543	15.615	10,0
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-13.002	-20.733	7.731	-37,3
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	158.156	134.810	23.346	17,3
Steueraufwand ⁵⁾	39.366	41.968	-2.602	-6,2
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	101.400	74.500	26.900	36,1
Jahresüberschuss	17.390	17.598	-208	-1,2

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12 abzüglich GuV-Posten 17

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

5) Saldo aus den GuV-Posten 23 und 24

Der Zinsüberschuss der Bank stieg um 24,5 Mio. Euro auf 301,2 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung des fallenden Marktzinsniveaus im Berichtszeitraum trugen das Kreditwachstum bzw. die im Jahr 2025 erfolgten Kreditabschlüsse zu einer nahezu konstanten Entwicklung der Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften bei. Bei den Zinserträgen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen konnte ein moderater Anstieg realisiert werden. Einhergehend mit dem Zinsniveau im Geschäftsjahr sanken zudem die Zinsaufwendungen für Tages- und Termingelder sowie Sparbriefe, was die wesentliche Ursache für den erheblichen Rückgang der Zinsaufwendungen darstellt.

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und aus verbundenen Unternehmen wurden moderat unter Vorjahr erzielt. Der

Rückgang entfällt im Wesentlichen auf geringere Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen.

Der Provisionsüberschuss liegt mit 119,7 Mio. Euro um 1,2 Mio. Euro bzw. 1,0 Prozent über dem Vorjahr.

Wesentliche Ertragsbestandteile des Provisionsüberschusses sind:

Dienstleistungs- geschäft	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapier- dienstleistungs- und Depotgeschäften	37.807	36.068	1.739	4,8
Vermittlungserträge	23.434	22.922	512	2,2
Erträge aus dem Zahlungsverkehr	55.797	57.073	-1.276	-2,2

Die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft waren im Berichtszeitraum in Folge belebter Wertpapiermärkte moderat höher als im Vorjahr. Die Erträge aus Depotgebühren stiegen leicht an. Die Vermittlungserträge waren leicht höher, wobei positive Effekte aus Vermögensverwaltungs- und Versicherungsprovisionen einem Rückgang bei Bauspar- und Kreditvermittlungsprovisionen gegenüberstanden. Eine unverändert hohe Nachfrage und ein damit verbundener Anstieg der Mandate und des verwalteten Vermögens wurde für die hauseigene, erneut extern ausgezeichnete Vermögensverwaltung, verzeichnet. Der leichte Rückgang der Erträge aus dem Zahlungsverkehr resultiert sowohl aus einem leichten Rückgang der vereinbarten Gebühren für Kontoführung sowie der Erträge für sonstige Zahlungsverkehrsdienstleistungen, zum Beispiel aus Kartengebühren und Gebühren für Geldautomatenverfügungen.

Der Provisionsaufwand ist leicht gestiegen, was unter anderem aus höheren Aufwendungen aus dem Vermittlungsgeschäft resultiert.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um 2,8 Mio. Euro ist im Wesentlichen auf geringere Erträge aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden im Rahmen der Portfoliobereinigung zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verzeichnen einen Rückgang von 1,4 Mio. Euro, der maßgeblich durch verringerte Aufwendungen für Rechtsrisiken aus veränderter Rechtsprechung begründet ist.

Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen um 11,9 Mio. Euro entfällt maßgeblich auf gestiegene Personalaufwendungen, welche einen Anstieg in Höhe von 9,5 Mio. Euro aufweisen. Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg

der tariflichen Vergütung, bei einem leichten Anstieg der Mitarbeiterzahl, zurückzuführen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind leicht gestiegen, wesentliche Kostensteigerungen ergaben sich durch erhöhte Aufwendungen für Versicherungen, Instandhaltungen und zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen.

Das gegenüber dem Vorjahr um 10,0 Prozent verbesserte Betriebsergebnis vor Bewertung resultiert unter anderem aus dem Anstieg des Zins- und Provisionsüberschusses, der die höheren Verwaltungsaufwendungen und den Rückgang des sonstigen Ergebnisses überkompensierte.

Die positive Entwicklung des Bewertungsergebnisses ist im Wesentlichen auf die Zuschreibung von wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere zurückzuführen. Die Reservenbildung erfolgt ausschließlich in Form von Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Aufgrund des erheblich höheren Ergebnisses der normalen Geschäftstätigkeit, moderat geringerer Steueraufwendungen und der beabsichtigten Ergebnisverwendung erfolgt eine erheblich höhere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB als im Jahr 2024.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gegenüber Kunden machen einen Anteil von 85,9 Prozent an der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen im Wesentlichen gegenüber der genossenschaftlichen Zentralbank und der Deutschen Bundesbank. Die Struktur der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ist wesentlich geprägt durch täglich fällige Verbindlichkeiten, welche einen Anteil von 65,5 Prozent an den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausmachen.

Investitionen

Bei den Grundstücken und Gebäuden sind im Geschäftsjahr Zugänge in Höhe von 11,6 Mio. Euro erfolgt. Dabei betraf ein wesentlicher Teil der Investitionen Umbaumaßnahmen in verschiedenen Geschäftsstellen sowie Investitionen in ein Renditeobjekt in Bad Homburg vor der Höhe. Zudem wurden im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wesentlichen Investitionen für Büro- und EDV-Ausstattung durchgeführt.

Beratung und Service in modernen Geschäftsstellen vor Ort werden auch zukünftig fest zum Konzept der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG als regional verwurzelte Genossenschaftsbank gehören. Dazu hat die Bank bis

Ende 2025 umfangreich in die Modernisierung ihrer Geschäftsstellen investiert. Bis zum Ende des Jahres 2025 wurden 21 Geschäftsstellen bereits modernisiert und diese dem Kundengeschäft übergeben. Weitere Investitionen sind in Planung.

Das seit vielen Jahren sukzessiv erfolgreich umgesetzte zukunftsweisende Beratungs- und Servicekonzept entwickelt die Standorte zu omnikanalfähigen Beratungs- und Content-Hubs. Kundinnen und Kunden der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG haben die Möglichkeit, digitale Services und persönliche Beratung flexibel und jederzeit zu kombinieren. Durch die innovativen kundenzentrischen Ansprache-Konzepte nutzen wir die Möglichkeit, unsere Privatkunden über die von ihnen präferierten Kanäle zielgenau anzusprechen und die Beratung – im Bedarfsfall – nahtlos auf andere Kanäle überzuleiten.

Liquidität

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung.

Die Zahlungsbereitschaft der Bank war im abgelaufenen Geschäftsjahr stets gegeben. Die Liquiditätsanforderungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) hat die Bank jederzeit eingehalten.

Aufgrund der Liquiditätsplanung und -steuerung breit gestreuter Kundeneinlagen, der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund und der unterhaltenen Bankguthaben geht die Bank davon aus, dass auch in den kommenden drei Jahren jederzeit ausreichend Liquidität zur Verfügung steht.

c) Vermögenslage

Eigenkapital

Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder, erwirtschafteten Rücklagen sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Die von der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen. Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital.

Die Kapitalrendite (Jahresüberschuss nach Steuern/Bilanzsumme) betrug im Geschäftsjahr 0,09 Prozent (Vorjahr 0,09 Prozent).

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	2.348.690	2.245.769	102.921	4,6
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	2.341.931	2.259.875	82.056	3,6
Harte Kernkapitalquote (in %)	17,1	18,7		
Kernkapitalquote (in %)	17,1	18,7		
Gesamtkapitalquote (in %)	18,5	20,1		

1) Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Die vorgegebenen Anforderungen der CRR und des KWG wurden im Geschäftsjahr 2025 jederzeit eingehalten.

Hinsichtlich der Gewinnverwendung sollen nach Beschluss von Vorstand und Aufsichtsrat, vorbehaltlich der Zustimmung der Vertreterversammlung, 7,0 Mio. Euro den Rücklagen zugeführt werden. Nach Abzug der Dividende in Höhe von sechs Prozent soll eine Zuführung zur Hinterbliebenen-Unterstützungskasse erfolgen. Zudem wurde vorab der darüberhinausgehende Betrag des Gewinns zur kontinuierlichen Stärkung des Eigenkapitals dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugewiesen. Nach der Planungsrechnung ist von einer Einhaltung der Kapitalquoten bei dem erwarteten Geschäftsvolumenzuwachs und den voraussichtlichen Geschäftsguthaben sowie durch die geplanten Rücklagenzuführungen auch in den kommenden drei Geschäftsjahren auszugehen.

Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapier- anlagen	Berichts- jahr	2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	4.125.753	3.769.815	355.938	9,4
Liquiditätsreserve	124.974	580.623	-455.649	-78,5

Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 63,5 Prozent auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. ein Anteil von 36,5 Prozent auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

(Aktivposten 6). Die gesamten Wertpapieranlagen teilen sich zu 97,1 Prozent bzw. 2,9 Prozent auf Anlagevermögen bzw. Liquiditätsreserve auf. Die Struktur der Wertpapieranlagen hat sich nicht wesentlich verändert.

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere im Aktivposten 5 wurden zu 95,4 Prozent dem Anlagevermögen zugeordnet und zu 4,6 Prozent der Liquiditätsreserve. Bewertet wurden die Wertpapiere zu 64,1 Prozent nach dem gemilderten Niederstwertprinzip und zu 35,9 Prozent nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Der Wertpapierbestand im Aktivposten 5 setzt sich zu 90,1 Prozent aus festverzinslichen und zu 9,9 Prozent aus variabel verzinslichen Wertpapieren (jeweils ohne Berücksichtigung der Zinsabgrenzung) zusammen. Der Gesamtbestand inklusive Zinsabgrenzungen entfällt ausschließlich auf Anlagen im Investment-Grade-Segment. Davon entfallen 262,1 Mio. Euro auf öffentliche Emittenten, 2.163,8 Mio. Euro auf Kreditinstitute und 272,6 Mio. Euro auf Nichtbanken. Wesentliche Veränderungen in der Struktur sowie Bonitätseinstufung bei den Wertpapieranlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht ergeben. Im Wertpapierbestand befinden sich zur Beimischung auch strukturierte Finanzinstrumente in Form von Anleihen mit Schuldnerkündigungsrechten sowie Credit Linked Notes überwiegend der DZ BANK.

Der Aktivposten 6 beinhaltet in der Liquiditätsreserve zwei Immobilienfonds in Höhe von insgesamt 0,5 Mio. Euro. Die Wertpapiere des Anfang des Jahres noch der Liquiditätsreserve zugeordneten Spezialfonds DEVIF-509 wurden im Geschäftsjahr auf den Masterfonds übertragen. Vorab wurde ein Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus dem Spezialfonds DEVIF-509 in den Eigenbestand der Aktiva 5 übernommen sowie Anteilscheine des DEVIF-509 zurückgegeben. Weiterhin wurden im Geschäftsjahr zwei Infrastrukturfonds, drei Immobilienfonds und ein Rentenfonds aus dem Direktbestand der Bank in den Masterfonds eingebracht.

Im Dezember wurde die Ausschüttung aus dem Masterfonds in Höhe von 30,8 Mio. Euro direkt wieder in den Fonds investiert. Durch die Wiederanlage der Ausschüttung, die Verschmelzung mit dem Spezialfonds DEVIF-509 sowie die Einbringung weiterer Fonds erhöhte sich das Volumen des Masterfonds auf 1.551,2 Mio. Euro (Volumen im Vorjahr: 1.212,2 Mio. Euro) zum Geschäftsjahresende. Die einzelnen Segmente des Masterfonds verfolgen unterschiedliche Anlagestrategien, wobei der Schwerpunkt der Anlagen aufgrund der vorsichtigen Ausrichtung der Anlagepolitik auf verzinslichen Schuldverschreibungen von Emittenten mit guter Bonität (Investment-Grade) liegt.

5. GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zur ursprünglichen Planung als gut. Das Wachstum des für die Bank wichtigsten Geschäftsbereichs, dem Geschäft mit Kunden, setzte sich fort. Beim Kreditgeschäft wurde ein Kreditwachstum (+2,1 Prozent) verzeichnet, welches unter Berücksichtigung der rückläufigen Bestände an Schuldscheindarlehen geringer als das geplante Kundenkreditwachstum ausfällt. Beim Einlagengeschäft konnte die Bank einen Anstieg von 0,5 Prozent bei den Kundeneinlagen verzeichnen, das entgegen der ergebnisorientierten Planungsrechnung für das Geschäftsjahr geringer als geplant ausfällt.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr übererfüllt wurden. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen gebildet. Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bestehen Pauschalwertberichtigungen bzw. Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BFA 7.

Die Finanzlage und die Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Aufgrund des um 8,8 Prozent gestiegenen Zinsüberschusses und des leicht verbesserten Provisionsüberschusses konnte bei leicht gestiegenen Verwaltungsaufwendungen ein Betriebsergebnis vor Bewertung moderat über dem Vorjahr und leicht über dem prognostizierten Wert erzielt werden. Sowohl der Zins- als auch der Provisionsüberschuss liegen leicht über den Planwerten. Das sonstige betriebliche Ergebnis übertrifft moderat den prognostizierten Wert. Die Verwaltungsaufwendungen liegen leicht über dem Planwert. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt erheblich über dem Vorjahr und rund 9,0 Prozent über dem prognostizierten Wert.

Das gegenüber dem Vorjahr um 10,0 Prozent verbesserte Betriebsergebnis vor Bewertung resultiert unter anderem aus dem Anstieg des Zins- und Provisionsüberschusses, der die höheren Verwaltungsaufwendungen und den Rückgang des sonstigen Ergebnisses überkompensierte.

C. Risiko- und Chancenbericht

RISIKOMANAGEMENTSYSTEM UND -PROZESS

Strategische Ziele und Handlungsrahmen

Der Vorstand hat in seiner Geschäftsstrategie strategische Geschäftsfelder, wie zum Beispiel das Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden, das Einlagengeschäft, das Immobiliengeschäft oder den Bereich Eigenanlagen, definiert, die die Basis für die jährliche Festlegung der geschäftspolitischen Ziele und die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems der Bank bilden. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wir keine Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen erkennen. Hierzu trugen auch ausbleibende Strukturreformen in Deutschland, beispielsweise zum Abbau von Bürokratie oder hoher Energiepreise, und herausfordernde geopolitische Einflüsse wie die Zollpolitik der USA, bei. Sehr aufmerksam beobachten wir die Lage zur Entwicklung von Cyberrisiken in Zusammenarbeit mit der Atruvia AG. Insgesamt boten diese Einflüsse keinen Anlass, zusätzliche risikopolitische Spielräume zu öffnen und von unserer vorsichtigen Risikopolitik abzuweichen. Deshalb wurden die vergleichsweise hohen Anforderungen aus den Kreditvergabestandards, beispielsweise an die Besicherung von Krediten, beibehalten. Zudem haben wir unverändert hohe Bonitätsstandards bei Investitionen in Eigenanlagen unter Beachtung einer breiten Risikodiversifikation angelegt. Sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch im Bereich der Eigenanlagen begrenzen wir Risiken durch dezidierte Strukturlimitsysteme.

Anknüpfend an die vom Vorstand festgelegte Geschäftsstrategie wurden in der Risikostrategie die geschäftsstrategischen Vorgaben hinsichtlich der Identifikation, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der damit verbundenen wesentlichen Risiken untermauert. Dabei wurden die Ergebnisse des Strategieprozesses und der jährlichen Risikoinventur sowie das Risikoprofil der Bank berücksichtigt. Als wesentliche Risikoklassen wurden Kredit-/Adressenausfallrisiken (Kundenkredit-/und Eigengeschäft (inklusive Migrations-, Ausfall- und Spreadrisiken)), Beteiligungsrisiken, Marktpreisrisiken (Zins-, Aktien-, Fremdwährungs- und Commodityrisiken), Immobilienrisiken, Liquiditäts- und Refinanzierungskostenrisiken, operationelle Risiken und die strategischen sowie Geschäftsrisiken identifiziert.

Die Analyse und Bewertung von ESG- und insbesondere Klima- und Umweltrisiken erfolgt im Rahmen einer separaten ESG-Risikoinventur und, soweit möglich, bei der Bewertung der definierten Risikoklassen. Der Begriff „Nachhaltigkeitsrisiken“ im Sinne von ESG (Environmental, Social and

Governance – Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) umfasst sowohl physische und transitorische Risiken, die als ESG-Risikotreiber auf die bestehenden Risikoklassen Wirkung entfalten können. Der Einbezug von ESG-Risiken auf strategischer Ebene, in der normativen und ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit, in den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen, in Stresstests, bei der Kreditvergabe sowie im Risikoberichtswesen wird abhängig vom Datenhaushalt laufend ausgebaut.

Ziel unserer Risikostrategie ist nicht die vollständige Vermeidung von Risiken, sondern das bewusste Eingehen von Risiken unter Wahrung eines angemessenen Chancen-Risiko-Profiles. Dieses kommt über unsere Geschäfts- und Mehrjahres- sowie die Kapitalplanung zum Ausdruck. Leitsätze zum Risikomanagement stellen in der Risikostrategie eine zentrale Grundlage für die Abwägung von Chancen und Risiken in den festgelegten Geschäftsfeldern dar. Sie bilden damit die Basis für ein bankintern einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement und unterstützen die Weiterentwicklung einer einheitlichen Risikokultur.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert, das auch vor dem Hintergrund der weiter zunehmenden Komplexität der Rahmenbedingungen und Märkte im Bankgeschäft unabdingbar ist. Das langjährig etablierte Risikocontrolling- und Managementsystem verfügt über entsprechende Instrumente, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können. Daneben werden unsere Entscheidungsträger durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden über Ergebnissvorschaurechnungen, Soll-Ist-Abgleiche und die Ermittlung von Kennzahlen die geschäftliche Entwicklung, die Realisierung gesetzter Ziele und die Einhaltung strategischer und bankaufsichtlicher Vorgaben mindestens vierteljährlich analysiert und überwacht. Dabei sind die Prozesse in den Controlling-Bereichen der Bank sowie die eingesetzten Methoden und Verfahren einer mindestens jährlichen Überprüfung unterworfen. Alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem der Bank unterliegen der risikoorientierten Prüfung durch die Interne Revision. Diese handelt selbständig, prozessunabhängig und weisungsungebunden. Der Vorstand wird über Prüfungsergebnisse zeitnah durch schriftliche Prüfungsberichte informiert. Die Interne Revision überwacht zudem die Erledigung offener Prüfungsfeststellungen und gibt Empfehlungen ab.

Risikotragfähigkeit, Kapitalplanung, Stresstests

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG stellt durch ihr Risikomanagement sicher, dass Risiken, die sich aus der Verfolgung geschäftsstrategischer Ziele ergeben, jederzeit und ohne negative Auswirkung auf die Fortführung des Geschäftsbetriebes getragen werden können.

Ziel des Risikomanagements unserer Bank ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit der Bank unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie.

Zur Bestimmung unserer Risikotragfähigkeit betrachten wir auf Basis der aufsichtlichen Vorgaben die normative und ökonomische Perspektive. Unsere zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen somit die Ziele der Fortführung unseres Instituts (normative Perspektive) und den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten (ökonomische Perspektive).

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals wie die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Kapitalquoten bewirkt und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von drei Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche negative Entwicklungen wie eine von der Zinserwartung abweichende Zinsentwicklung oder Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt. Dabei werden auch die Auswirkungen auf die Gesamt- und Kernkapitalquoten der Bank untersucht.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird,

werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu auf ökonomischer Basis ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Ausgangspunkt bei der barwertigen Ermittlung des Risikodeckungspotenzials ist der Barwert (Marktwert) der berücksichtigten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dabei werden auch außerbilanzielle Größen berücksichtigt.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses jährlich unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um mögliche künftige Wertschwankungen aufzufangen.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk-Modelle (VaR-Modelle) mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent und einem Risikobetrachtungshorizont von einem Jahr. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß nach dem 99,9 Prozent Quantil entspricht. Die Risikoaggregation erfolgt ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

In der normativen Perspektive wird das Ziel verfolgt, kurzfristig und in unserer mehrjährigen Geschäftsplanung die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen einzuhalten. Dazu werden hochliquide Vermögenswerte den aufsichtsrechtlichen Nettomittelabflüssen gegenübergestellt. Für die Steuerung der normativen Liquiditätstragfähigkeit verwenden wir die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR). Die LCR zum 31. Dezember 2025 betrug 141 Prozent. Die aufsichtlichen und die im Rahmen unseres Risikomanagements festgelegten Mindestwerte wurden zu keinem Zeitpunkt unterschritten.

Zusätzlich wird die Net Stable Funding Ratio (NSFR) als normative Mindestgröße in der Banksteuerung berücksichtigt. Diese zeigt das Verhältnis von verfügbarer zu erforderlicher

stabiler Refinanzierung auf. Die NSFR zum 31. Dezember 2025 betrug 119 Prozent. Die aufsichtlichen und die im Rahmen unseres Risikomanagements festgelegten Mindestwerte wurden zu keinem Zeitpunkt unterschritten.

Die Risikomanagementziele und -strategien werden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem, insbesondere im Risikoausschuss, erörtert. Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk.

Die von der Bank implementierte Risikotragfähigkeitssystematik umfasst alle auf Basis der jährlichen Risikoinventur ermittelten wesentlichen Risiken. Wesentliche Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik berücksichtigt und, soweit hinreichend möglich, limitiert. Unwesentliche Risiken, die nicht mit einem eigenen Limit gesteuert werden müssen, werden in ihrer Gesamtheit im Kontext der Risikotragfähigkeit bewertet.

Der Vorstand hat seine Risikopolitik auch im Geschäftsjahr 2025 auf die Eingrenzung möglicher Risiken ausgerichtet.

Zum 31. Dezember 2025 wurde im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik ein zur Risikoabdeckung dienendes Risikodeckungspotenzial (ökonomische Perspektive) in Höhe von 3.070,5 Mio. Euro berechnet.

Der Vorstand hatte für das Geschäftsjahr 2025 zunächst ein Gesamttriskolimit in Höhe von 1.576,0 Mio. Euro festgesetzt. Nach Abschluss der Risikoinventur 2025 wurde das Gesamtbanklimit mit Wirkung zum 31. Dezember 2025 mit 1.738,0 Mio. Euro festgelegt. Per 31. Dezember 2025 betrug die Auslastung 77,9 Prozent. Das Gesamttriskolimit wurde in die nachstehend dargestellten risikoklassenbezogenen Global- limite aufgeteilt. Die Globallimite wurden gegebenenfalls in weitere Sublimite unterteilt, um die Risikosteuerung, orientiert an der Gesamtbankplanung, feiner ausrichten zu können.

Globallimit	Limithöhe Mio. EUR	Auslastung in Prozent
Kreditrisiko	432	81,2
Beteiligungsrisko	140	83,6
Marktpreisrisiko	873	74,1
Immobilienrisiko	125	78,6
Refinanzierungskostenrisiko	98	79,5
Operationelle Risiken	40	90,1
Strategisches-/Geschäftsrisiko	30	89,8
Gesamttriskolimit	1.738	77,9

Auf Basis der jährlich zu überprüfenden und fortzuschreibenden Mehrjahresplanung erstellt die Bank im Rahmen der

normativen Perspektive eine Kapitalplanungsrechnung für einen Zeitraum von drei Jahren, bei der die maximalen Ausprägungen der Kapitalerhaltungs- und antizyklischen Puffer berücksichtigt werden. Die Ergebnisse aus dem Kapitalplanungsprozess werden auch zur Überprüfung der strategisch verankerten Mindest-Gesamtkapitalquote von 16,7 Prozent herangezogen.

Die aufsichtsrechtlichen Mindesteigenmittelanforderungen betragen inklusive Kapitalpuffer und einem SREP-Kapitalaufschlag von 2,25 Prozent für Zinsänderungsrisiken und weitere wesentliche Risiken 14,45 Prozent.

Die Kapitalplanungsrechnung für das Standard- bzw. Planungsszenario zeigte für den Planungszeitraum 2026–2028 keine Beeinträchtigungen. Die Einhaltung der aufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen (OCR) und der strategisch festgelegten Mindestkapitalquoten ist jederzeit gegeben. Anpassungen der internen Festlegungen waren nicht erforderlich.

Des Weiteren wurde unter Würdigung der Ergebnisse der Sonderprüfungsergebnisse zum ICAAP gemäß § 44 KWG das adverse Geschäftsentwicklungsszenario deutlich verschärft. Die Auswirkungen eines sehr schweren konjunkturellen Abschwungs wurden so intensiviert, dass die potenziellen negativen Geschäftsentwicklungen erhebliche Einschränkungen in der Erfüllung aufsichtlicher Mindestkapitalanforderungen nach sich ziehen würden. Insgesamt sehen wir zwar den unmittelbaren Eintritt eines solchen Szenarios als wenig wahrscheinlich an, dennoch bietet es uns wertvolle Erkenntnisse zur Überprüfung der implementierten Mechanismen und Kontrollen im Risikomanagement. Hieraus ergab sich kein Anpassungsbedarf.

Zusätzlich führt die Bank mindestens vierteljährlich verschiedene risikoartenübergreifende und risikoartenspezifische Stresstests in der ökonomischen Perspektive durch, die sowohl historische als auch hypothetische Elemente enthalten, um so die Auswirkungen extremer Geschäfts- und Marktentwicklungen auf die Risikotragfähigkeit zu analysieren. Dabei fließen unter anderem der über die in den Risikoszenarien enthaltene hinausgehende Ausfall von Wertpapieremittenten oder Zinsschocks ein. Gegebenenfalls werden auf Basis der Stresstestergebnisse präventive Maßnahmen, wie die Ausweitung risikodiversifizierender Anlagen, festgelegt. Im Geschäftsjahr 2025 war die Risikotragfähigkeit der Bank in keiner Weise beeinträchtigt.

Für 2026 ist auf Basis der Geschäfts- und Mehrjahresplanung ebenfalls von einer uneingeschränkten Risikotragfähigkeit auszugehen.

Berichtswesen

Der Vorstand wird vierteljährlich ausführlich mit dem Gesamtbankrisikobericht über die Risikosituation informiert. Zusätzlich erfolgt täglich ein Kurzreport über die Risikosituation im Handelsgeschäft. Über Einzelereignisse, die für die Risikobeurteilung als wichtig eingeschätzt werden, wird Ad-hoc informiert. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich über die Risikoentwicklung unterrichtet. Die finanziellen Leistungsindikatoren sind fester Bestandteil des Berichtswesens.

Methoden und Verfahren

Die technische Grundlage des Gesamtbanksteuersystems der Bank bildet das von der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken zur Verfügung gestellte System „VR-Control“. Neben der Risikomessung wird darüber auch die Erreichung von Plan- und Zielvorgaben ermittelt. Die Neu- oder Weiterentwicklung und Validierung von zentralen Risikomessverfahren erfolgt durch die parclT GmbH, Köln, einer Tochtergesellschaft der Atruvia AG, Frankfurt am Main, die diesbezüglich als Kompetenzzentrum im genossenschaftlichen Finanzverbund agiert. Risikomodell werden durch die parclT GmbH bzw. Atruvia AG entweder in „VR-Control“ integriert oder über zusätzliche Tools zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Bedeutung der genutzten Modelle, Tools und Verfahren im Rahmen des Risikomanagements haben wir die Auslagerungen an die Atruvia AG und die parclT GmbH als wesentlich eingestuft.

Die Bank hat als Risikomaß für modellhaft berechnete Risiken den Value at Risk (VaR) mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent festgelegt. Sofern einzelne Risiken nicht durch die Nutzung von Verbundlösungen bewertet werden können, werden eigenentwickelte Verfahren eingesetzt. Soweit ein VaR nicht sinnvoll berechnet werden kann, wird dafür Sorge getragen, dass Verfahren eingesetzt werden, mit denen eine vorsichtige Risikobewertung sichergestellt werden kann. Insgesamt wird dadurch gewährleistet, dass alle erkennbaren, im Zusammenhang mit der Realisierung der Geschäftsstrategie entstehenden Risiken bewertet und gesteuert werden können. Zudem wird sichergestellt, dass die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Normen in vollem Umfang erfüllt werden.

Die Jahresplanung wird aus der strategischen Eckwertplanung mit einem Planungshorizont von drei Jahren entwickelt. Unterjährig werden die einzelnen Marktaktivitäten durch Soll-Ist-Abgleiche analysiert und gesteuert. In Budget- und Investitionsplänen werden die betrieblichen Aufwendungen und Investitionen lückenlos erfasst. Deren

Auslastung wird im Jahresverlauf mindestens vierteljährlich überprüft.

Die von der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG zur Ermittlung und Bewertung von Risiken eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die festgelegten Risikoparameter werden mindestens jährlich auf ihre Angemessenheit hin geprüft. Der Vorstand wird mindestens jährlich über die Ergebnisse sowie Möglichkeiten zur Fortentwicklung informiert.

Das Risikomanagementsystem der Bank beinhaltet auch Frühwarnindikatoren, deren Entwicklung vom Risikocontrolling und weiteren Fachabteilungen vierteljährlich analysiert und im Rahmen des Gesamtbankrisikoberichts dargestellt wird.

Die festgelegten Risikolimits, Parameter, Frühwarnindikatoren und Prozesse zur Messung, Steuerung, Analyse und Überwachung der maßgeblichen Risiken werden mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst. Damit trägt die Bank Sorge, dass sich bietende Ertragspotenziale bei hinreichender Risikoabschirmung genutzt und zugleich die finanziellen Ressourcen geschont werden können.

Risikoklassen

Adressenausfallrisiken/Kreditrisiko

Das Kreditgeschäft der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG ist vor allem auf Finanzierungen von wohnwirtschaftlich genutzten Immobilien mit grundpfandrechtlicher Absicherung und die Versorgung mittelständischer Betriebe mit Betriebsmittel- und Investitionskrediten ausgerichtet. Als regional agierendes Kreditinstitut kann die Bank auf eine breit nach Branchen und Größenklassen diversifizierte Kundenstruktur sowie eine Kenntnis der lokalen Marktentwicklungen und damit verbundener Risiken zurückgreifen. Daneben investiert die Bank im Rahmen ihres Eigenanlagengeschäfts in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen.

Hauptbestandteil des Adressenausfallrisikos ist das Kreditrisiko. Darunter wird ein möglicher Wertverlust aus Forderungen verstanden. Zu unterscheiden sind Kreditnehmer-, Emittenten- und Kontrahentenrisiken. Die Bandbreite der dabei betrachteten Risiken reicht von Bonitätsverschlechterungen der Geschäftspartner bis hin zum Ausfall und damit der Nichterfüllung von vertraglichen Verpflichtungen. Damit einher geht das Risiko von Wertschwankungen und Veränderungen der erzielbaren Verwertungserlöse bei den bestehenden Sicherheiten.

Unter Beachtung der strikten Trennung von Markt- und Marktfolgebereichen wird die Bonität der einzelnen Kreditnehmer oder Kreditnehmereinheiten beurteilt. Zudem werden die Sicherheiten und die transaktionsspezifischen Risiken wie Laufzeit, Währung oder Produkt bewertet. Grundlage für die Bonitätsbewertung sind die im Privatkunden- und Firmenkundengeschäft eingesetzten Rating- und Scoring-Verfahren, die von der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken entwickelt wurden, regelmäßig validiert werden und alle aufsichtsrechtlichen Normen erfüllen. Kreditengagements, die intensiver zu betreuen sind, werden ihrem Risiko entsprechend von spezialisierten Abteilungen begleitet.

Die engagementspezifischen Ausfallrisiken werden monatlich ermittelt und durch eine entsprechende Risikovorsorge abgesichert. Im Hinblick auf die im Vergleich zum Vorjahr unverändert schwierigen Markt- und Absatzbedingungen in der Immobilienbranche wurde das im Rahmen der Geschäftsplanung 2025 kalkulierte Risikobudget insbesondere zur Absicherung einzelner Kreditengagements in der Baubranche leicht überschritten. Dennoch sind die Struktur und die Qualität des Kreditportfolios im Hinblick auf den hohen Anteil an Krediten in Ratingklassen mit geringen bis sehr geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten und der weit überwiegend grundpfandrechtlichen Besicherung gut. Die Bank hat zudem zur Absicherung allgemeiner Portfoliorisiken Pauschalwertberichtigungen bzw. Pauschalrückstellungen auf Basis des IDW-Standards RS BFA 7 gebildet.

Um Risiken vorzubeugen, die sich aus der Konzentration auf bestimmte Branchen- und Größenklassen ergeben, werden portfoliobezogene Strukturziele festgelegt und über Strukturlimits gesteuert. Für die permanente Überwachung der qualitativen und quantitativen Entwicklung des Kreditportfolios stehen den verantwortlichen Entscheidungsträgern aus dem zentralen IT-System generierbare Standardauswertungen zur Verfügung. Im Bedarfsfall werden den zuständigen Entscheidungsträgern Ad-hoc-Informationen zur Verfügung gestellt. Zudem werden Teilportfolios, beispielsweise zur Analyse von Branchenrisiken, oder das Gesamtportfolio zur Ermittlung des Value at Risk mit dem in „VR-Control“ integrierten Kreditportfoliomodell für das Kundenkreditgeschäft betrachtet und im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts dargestellt.

Kreditrisiken in Form von Migrations- und Ausfallrisiken spielen auch bei Eigenanlagegeschäften der Bank eine Rolle. Dem Kreditrisiko wird durch eine vorsichtige Auswahl der Kreditnehmer, Emittenten und Kontrahenten entgegengetreten. Unter Berücksichtigung der Bonität beziehungsweise aktueller Ratings werden emittentenbezogene Limite

festgelegt. Neben den genannten Migrations- und Ausfallrisiken unterliegen unsere Eigengeschäfte, insbesondere die festverzinslichen Wertpapiere und Schuldscheindarlehen, einem Credit-Spread-Risiko. Im Credit-Spread-Risiko sind diejenigen Risiken aus dem Eigengeschäft erfasst, die sich allein aus allgemeinen Veränderungen der Marktsituation ergeben. Im Rahmen der Risikoüberwachung werden Bonitäts- und Ratingveränderungen sowie Frühwarnindikatoren wie insbesondere Spread-Entwicklungen bei einzelnen Emittenten beobachtet und für Steuerungsentscheidungen herangezogen. Zur Begrenzung von Credit-Spread-, Migrations- und Ausfallrisiken wurden Sublimite innerhalb des Globallimits für Kreditrisiken festgelegt.

Um Risikokonzentrationen zu vermeiden, wurde für die im Rahmen der Risikostrategie festgelegten Anlagekategorien (zum Beispiel Unternehmensanleihen, Senior-Preferred-/Non-Preferred-Anleihen von Kreditinstituten) ein Strukturlimitsystem implementiert. Zudem werden monatlich Teilportfolios, beispielsweise hinsichtlich Struktur-, Branchen- oder Länderrisiken, über ein Portfoliomanagementsystem analysiert. Zur Ermittlung des Value at Risk für die Direktanlagen wird das in „VR-Control“ integrierte Kreditportfoliomodell für Eigenanlagen genutzt. Für Kreditrisiken aus Fondsanlagen werden im Rahmen einer Auslagerungsvereinbarung fondsspezifische Risikokennzahlen der Union Investment verwendet. Die Kennzahlen werden durch die Union Investment validiert und einer jährlichen Angemessenheitsprüfung durch uns unterzogen. Die Ergebnisse der Risikoanalyse und -überwachung werden im Rahmen des vierteljährlichen Gesamtbankrisikoberichts dargestellt.

Insgesamt stufen wir die Kreditrisiken aus dem Kundenkredit- und Eigengeschäft aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Beteiligungsrisiken

Die Bank bewertet zudem Risiken aus Beteiligungen. Darunter wird das Risiko verstanden, dass die eingegangenen Beteiligungen zu potenziellen Verlusten führen können. Entsprechende Verluste können etwa durch Dividendenausfall, Abschreibungen, Veräußerungsverluste, Verminderung der stillen Reserven oder des bereitgestellten Eigenkapitals sowie aus Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen) oder aus Haftungsrisiken – beispielsweise in Form von Patronats-erklärungen – entstehen. Die im Anlagebuch abgebildeten Beteiligungen werden im Wesentlichen aus strategischen Erwägungen gehalten. Die Bonitätsentwicklung der Beteiligungen wird vierteljährlich überwacht. Beteiligungsrisiken

werden zudem im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik über ein eigenes Verfahren auf Basis eines Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent berechnet und limitiert.

Insgesamt stufen wir die Beteiligungsrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Marktpreisrisiken

Das Marktrisiko beschreibt die Gefahr, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste entstehen können. Marktrisiken umfassen Zins-, Aktien-, Fremdwährungs- und Commodityrisiken.

Dementsprechend bestehen die wesentlichen Risikotreiber in der möglichen nachteiligen Veränderung von Zinsen, Aktien- oder Wechselkursen und Rohstoffpreisen sowie in Änderungen der Einflussgrößen zur Berechnung des Rückstellungsbedarfs für Pensionsverpflichtungen oder des Deckungsbetrages zur Erfüllung ausgelagerter Zusageverpflichtungen.

Im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie ist die Bank, insbesondere aufgrund bestehender Inkongruenzen zwischen ihren aktiven und passiven Festzinspositionen, dem allgemeinen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Dieser Sachverhalt wird bilanziell im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Zinsbuches berücksichtigt.

Die Analyse des Zinsrisikos zeigt, dass für die Bank vor allem das Zinskurvenrisiko relevant ist. Gemeint sind damit Risiken, die sich aus Veränderungen der Zinskurve in Folge von Marktbewegungen ergeben. Das Zinskurvenrisiko zeigt sich im Wesentlichen in Parallelverschiebungs- und Drehungsszenarien. Zinsvolatilitätsrisiken werden im Rahmen der Bewertung impliziter Optionen berücksichtigt. Die im Laufe des Jahres durchgeführte Angemessenheitsprüfung zeigt im Ergebnis, dass das Zinsbasisrisiko für die Bank nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Zinsrisiken werden monatlich sowohl auf GuV-Basis als auch barwertig, unter Verwendung von Modellen und Szenarien des genossenschaftlichen Finanzverbundes gemessen und im Rahmen regelmäßiger Sitzungen des Asset- und Liability Committees hinsichtlich ihrer Entwicklung, der Einhaltung von festgelegten Limiten und des potenziellen Steuerungsbedarfs betrachtet. Vierteljährlich erfolgt zudem

die Durchführung weiterer Stresstests und eine ausführliche Kommentierung im Gesamtbankrisikobericht. Zusätzlich führt die Bank Sensitivitätsanalysen durch, in denen Zinskurveneffekte definiert und die Auswirkungen auf das Zinsergebnis simuliert werden.

Risiken aus Anlagen im Masterfonds und in Publikumsfonds werden den jeweiligen Risikoklassen zugeordnet und dementsprechend bei den Globallimiten im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Hierfür werden auch die von den Kapitalverwaltungs- und den Fondsgesellschaften für die Einzelrisiken zur Verfügung gestellten Value-at-Risk-Kennziffern berücksichtigt. Dabei ist sichergestellt, dass Methodenkonsistenz besteht und VaR-Kennziffern, die auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99,9 Prozent berechnet wurden, verwendet werden. Für die im Masterfonds bestehenden Anlagesegmente bestehen umfassende Anlagerichtlinien, in denen Anlagemöglichkeiten und risikobegrenzende Vorgaben festgelegt sind. Über eine Overlay-Steuerung werden zudem potenzielle Negativauswirkungen aus Risikoszenarien auf zu Jahresbeginn festgelegte Risikobudgets und Wertuntergrenzen betrachtet und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt. Des Weiteren werden Anlagechancen und -risiken in halbjährlich durchgeführten Anlageausschuss-sitzungen überprüft.

Die bei den Wertpapieren des Anlagevermögens noch bestehenden stillen Lasten konnten gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich auf rund 55 Mio. Euro reduziert werden. Mit Blick auf die primär zinsinduziert entstandenen stillen Lasten, die gute Bonitätsstruktur mit Investitionen überwiegend im Investment-Grade-Segment und die dauerhafte Anlageabsicht der Anlagen gehen wir auch für das Jahr 2026 von einer weiteren Wertaufholung aus.

Im Rahmen der barwertigen Betrachtung der Zins- und Fondsbücher werden Zinsänderungsrisiken mit der Ermittlung des Zinsbuchbarwertes auf Basis des Gesamtbank-Cashflows, in den auch Pensionsverpflichtungen einfließen, überwacht. Darunter fällt auch die Berechnung der Auswirkungen aus aufsichtlich vorgegebenen Zinsentwicklungsszenarien (Standard Outlier Tests/SOT). In diesem Rahmen sind zum einen mögliche Wertverluste des wirtschaftlichen Eigenkapitals (SOT EVE) durch das am stärksten ausgeprägte Szenario zu berücksichtigen. Zum anderen sind die Auswirkungen auf die Nettozinserträge in Bezug auf das Kernkapital (SOT NII) darzustellen. Hierbei ist ein aufsichtlich determinierter Schwellenwert von -5,0 Prozent zu beachten. Das relevante Zinsszenario ist in beiden Fällen ein Zinsschock von +200 Basispunkten Ad-hoc. Per 31. Dezember 2025 beträgt der SOT EVE -16,82 Prozent und der SOT NII -3,35 Prozent. Des Weiteren wird viertel-

jährlich geprüft, ob ein eventueller Rückstellungsbedarf aus Drohverlusten im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Zinsbuches besteht.

Zum 31. Dezember 2025 übersteigen die Bewertungsreserven des Zinsbuches die Barwerte der Verwaltungs- und Risikokosten deutlich. Die berechnete Nettoreserve des Zinsbuches beträgt 543,1 Mio. Euro.

Risiken aus direkten Pensionsverpflichtungen, welche in Form von Pensionsrückstellungen bilanzielle Bedeutung haben, wurden weiter abgebaut und bestehen nur noch in geringem Umfang, vor allem durch ungeplanten Rückstellungsbedarf aufgrund unerwarteter Veränderungen des Bewertungszinses sowie der versicherungsmathematischen Komponenten (insbesondere Langlebigkeitskomponente, Gehalts- und Rentenanpassungen). Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hat ihre Zusageverpflichtungen weitgehend an einen Pensionsfonds ausgelagert. Der Fonds wurde zur Erfüllung der künftigen Pensionsverpflichtungen mit Deckungskapital ausgestattet, das am Kapitalmarkt angelegt wurde. Hieraus können sich Nachschussrisiken aus Marktpreis-, Kredit-, Immobilienrisiken sowie versicherungsmathematischen Risiken ergeben. Die Entwicklung des zur Deckung der Zusageverpflichtungen erforderlichen Sicherungs- bzw. Mindestvermögens wird monatlich überwacht. Nachschussszahlungen waren nicht erforderlich.

Aktienkurs-, Fremdwährungsrisiken und Commodityrisiken bestehen vor allem bei Fondsanlagen im Rahmen der Eigenanlagen und werden durch Begrenzungen in den Anlagerichtlinien für den Masterfonds, Strukturlimite und Sublimite im Rahmen der Risikotragfähigkeit gesteuert.

Die Bank agiert unverändert als Nichthandelsbuchinstitut gemäß Art. 94 CRR und tätigt nur ein sehr kleines Volumen an Handelsbuchgeschäften innerhalb der in der CRR definierten Grenzen. Mit den Handelsbuchlimiten werden die börsentäglich eingegangenen Marktpreisrisiken und die im Laufe des Geschäftsjahres eingetretenen Verluste begrenzt.

Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch bestehen zum Jahresultimo nicht.

Insgesamt stufen wir die Marktpreisrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Immobilienrisiken

Risiken, bezogen auf den Immobilienbestand, bestehen insbesondere in Form von Wertänderungs- und Ertragsrisiken.

Zur Steuerung des gesamten Immobilienrisikos wurde ein Limit im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik festgelegt. Maßgeblich für die Risikomessung sind Immobilien im Direktbestand sowie Immobilienfonds. Die Immobilienfonds werden weitgehend als Zielfonds im Masterfonds geführt. Zur Berechnung des Immobilienrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden ein von der parcIT GmbH zur Verfügung gestelltes Risikomodell sowie Risikokennzahlen der Fondsgesellschaften verwendet. Die Risiken werden über einen VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent berechnet.

Im Laufe des Jahres wurden die Marktwerte der zur Ertragserzielung bestehenden Immobilien überprüft. Zudem wurden Objekte mit Mischnutzung sowie eigen-genutzte Immobilien neu gutachterlich bewertet und im Risikodeckungspotenzial der Bank berücksichtigt. Die Neuaufnahme führte aufgrund des Anstiegs des Risikodeckungspotenzials als Bemessungsgrundlage auch zu einem Anstieg der Immobilienrisiken. Negativ auf die Objektwerte haben die im Rahmen der Wertgutachten angepassten Liegenschaftszinsen ausgehend von den signifikanten Marktzinssteigerungen der letzten Jahre gewirkt. Das Immobilienportfolio wird vierteljährlich unter verschiedenen Risikoaspekten überprüft. Über die Ergebnisse wird dem Vorstand im Rahmen eines vierteljährlichen Immobilienberichts berichtet.

Insgesamt stufen wir die Immobilienrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Liquiditäts- und Refinanzierungskostenrisiken

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich in der Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Refinanzierungskostenrisikos und des Marktliquiditätsrisikos auftreten. Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungskostenrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Die Refinanzierungsstruktur der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG ist im Hinblick auf die Kundenanzahl im Passivgeschäft, die Produktstruktur und den durchschnittlichen Anlagebetrag der Kunden breit diversifiziert und zeigt sich unverändert stabil. Im Rahmen ihrer Geschäfts- und Mehrjahresplanung erstellt die Bank eine Refinanzierungsplanung, in der die Entwicklung der Refinanzierungsstruktur und -mittel unter Beachtung der Geschäftsziele im Aktiv- und Passivbereich dargestellt wird. Die Bank geht mit einem Planungshorizont von drei Jahren von einer stabilen Refinanzierungsstruktur aus.

Die Liquiditätsrisiken werden auf der Grundlage von Liquiditätsablaufbilanzen und von kurz- und mittelfristigen Prognoserechnungen sowie unter Beachtung von Frühwarnindikatoren, z. B. intern festgelegte Mindest-LCR-Werte und Höchstgrenzen für große Einlagen, gesteuert. Zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs werden zusätzlich Vorscheurechnungen erstellt. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere zur Steuerung der LCR, werden täglich überwacht und wurden im Jahr 2025 jederzeit erfüllt. Mit Hilfe verschiedener Stresstests wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft unter verschärften Marktbedingungen analysiert.

Zusammenfassend war die Liquiditätssituation der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG im abgelaufenen Geschäftsjahr im Hinblick auf die jederzeitige Zahlungsfähigkeit, die Refinanzierungssituation und die jederzeit eingehaltenen LCR-Anforderungen konstant gut. Für das Geschäftsjahr 2026 geht die Bank auf Basis der Liquiditätsplanung von einer unverändert guten Liquiditätssituation aus.

Das Refinanzierungskostenrisiko wird in der ökonomischen Perspektive vierteljährlich über eine Abzugsposition unter Verwendung stichtagsbezogener Refinanzierungsspreads bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt. Darüber hinaus werden Risiken aus unerwarteten Spreadausweitungen überwacht. Zur Begrenzung von Abruftrisiken sind Strukturlimite insbesondere für die Höhe maximaler Kundeneinlagen implementiert.

Insgesamt stufen wir die Liquiditätsrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Ver-

sagens von internen Abläufen, Menschen und Systemen oder durch externe Einflüsse entstehen. Sie schließen auch Rechtsrisiken ein.

Zur Ermittlung potenzieller operationeller Risiken führt die Bank jährlich eine ausführliche Erhebung und Bewertung von möglichen Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten festzulegender Risikoszenarien auf Basis der Basler Ereigniskategorien, zum Beispiel externer Betrug, durch. Dies umfasst auch bestehende Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen. In diesem Rahmen werden auch mögliche Reputationsrisiken untersucht. Um identifizierte Risiken zu begrenzen und einen reibungslosen und ordnungsgemäßen Geschäftsablauf sicherzustellen, wird laufend eine Vielzahl von Maßnahmen durchgeführt. Dazu gehören zum Beispiel die kontinuierliche Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Durchführung von Kontrollen bei den Ablaufprozessen, die regelmäßige Analyse von IT-Risiken, die Weiterentwicklung der technischen Systeme und das Business Continuity Management. Im Rahmen der Umsetzung der Anforderungen aus dem Digital Operational Resilience Act (DORA) wurden auch die Prozesse zum Management von IKT-Risiken weiterentwickelt, zum Beispiel zum Umgang mit schwerwiegenden IKT-Vorfällen.

Daneben hat die Bank jährliche Risikoanalysen gemäß MaComp, ein zentrales Beschwerdemanagement und ein zentrales Auslagerungsmanagement etabliert.

Die betrieblichen Abläufe sind durch Organisationsanweisungen geregelt, die regelmäßig von der Internen Revision geprüft werden.

Schadenspotenziale, die sich trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen ergeben, werden durch den Abschluss von Versicherungen, die auch eine Abdeckung von Schäden aus Cyberangriffen umfassen, abgedeckt, soweit dies möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Der Umfang des Versicherungsschutzes wird jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Eingetretene operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst und bewertet. Auf Basis der Ergebnisse von Schadensfallanalysen kommt es gegebenenfalls zur Anpassung interner Abläufe beziehungsweise zur Implementierung präventiver Schutzmaßnahmen.

Operationelle Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik limitiert. Der Risikowert wird auf Basis der vorgenannten Risikoszenarien über eine Monte-Carlo-Simulation im OpRisk-Modul innerhalb von „VR-Control“

als VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent berechnet.

Insgesamt stufen wir die operationellen Risiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Strategisches-/Geschäftsrisiko

Obwohl die Bank ihre Geschäftsstrategie durch ein umfassendes Controlling der darauf aufbauenden Geschäfts- und Mehrjahresplanung absichert, können Risiken aus unerwarteten exogenen Ereignissen, wie einer starken Veränderung der Wettbewerbsbedingungen, Markt- bzw. Finanzkrisen, geopolitischen Krisen, stark veränderten Kundenpräferenzen oder veränderten Geschäftsgrundlagen mit wesentlichen Dienstleistungspartnern, mit Auswirkungen auf die Ertragslage und Neugeschäftsentwicklung entstehen. Die Ermittlung des Geschäftsrisikos basiert auf verschiedenen Szenarien, für die insbesondere ErgebnISRückgänge, aber auch Kostensteigerungen simuliert werden. Die einzelnen Szenarien berücksichtigen dabei negative Veränderungen unter anderem im Zins- und Provisionsergebnis.

Vor diesem Hintergrund führt die Bank jährlich eine Erhebung und Bewertung relevanter Risikoszenarien durch. Diese Szenarien werden im Rahmen einer Monte-Carlo-Simulation zur Berechnung des Geschäftsrisikos als Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent herangezogen. Das Geschäftsrisiko wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik limitiert.

Insgesamt stufen wir das Strategische-/Geschäftsrisiko aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Nachhaltigkeitsrisiken

Die Notwendigkeit für Banken, sich mit Nachhaltigkeit zu beschäftigen, ergibt sich aus politischen und regulatorischen Initiativen und auch aus gesellschaftlichen Entwicklungen, welche unter anderem auf die beobachtbaren Auswirkungen des Klimawandels zurückzuführen sind.

Nachhaltigkeitsrisiken sind Aspekte und Faktoren aus den Dimensionen Umwelt (E), Soziales (S) oder Unternehmensführung (G), deren Eintreten negative Auswirkungen auf

die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage sowie auf die Reputation eines Instituts haben können.

Wir haben im abgelaufenen Geschäftsjahr Weiterentwicklungen im Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken im Rahmen unseres Risikomanagements vorgenommen. Dabei kooperieren wir primär mit den Partnern aus dem genossenschaftlichen Finanzverbund. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir unter anderem die ESG-Risikoinventur weiter ausgebaut und die Auswirkungen von Nachhaltigkeitsrisiken als querschnittliches Risiko vorgenommen und dabei die Wirkung von ESG-Risikofaktoren anhand von Wirkungsketten auf die einzelnen Risikoklassen eingeschätzt.

Als Grundlage wurde hausintern die Verwendung von NGFS-Szenarien (Network for Greening the Financial System) als Basis für die längerfristige Betrachtung von ESG-Risiken festgelegt. Innerhalb der NGFS-Modelle wird eine Vielzahl an Variablen betrachtet. Es wird zwischen transitorischen, physischen und makroökonomischen Variablen unterschieden. Zudem haben wir das Risikoberichtswesen um die Bewertung von Nachhaltigkeitsrisiken und umweltbezogene Indikatoren erweitert.

Die Aktivitäten zu einer umfassenden Integration von Nachhaltigkeitsrisiken in das Risikomanagement der Bank werden im kommenden Jahr fortgesetzt. So erfolgt im Jahr 2026 seitens der Bank eine Szenario- und Resilienzanalyse mit Fokus auf transitorische (CO₂-Preissteigerungen) und physische (Überschwemmung/Starkregen) Klimarisiken als Basis für den neu zu erstellenden risikobasierten Transitionsplan. Hierbei finden insbesondere die ESG-Informationen aus den jeweiligen Risikoklassen Eingang. Bei der weiteren Auseinandersetzung mit ESG-Risiken orientieren wir uns auch an den Fortschritten der parclT GmbH bei der Weiterentwicklung von Risikomodellen und -verfahren.

Zusammenfassung und Ausblick

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung und Bewertung von Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven (ökonomisch und normativ) unter den von uns definierten und simulierten Risiko- bzw. Planszenarien gegeben. Die internen Simulationen kommen darüber hinaus zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt und die Eigenmittelanforderungen für die kommenden drei Jahre erfüllt werden. Die zusätzlich durchgeführten Stresstests ergaben keine bestandsgefährdenden Ergebnisse.

Die mit dem Geschäftsmodell der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG verbundenen Risiken werden detailliert

ermittelt, bewertet und entsprechend dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte angemessen gesteuert. Im Geschäftsjahr 2025 wurden die festgelegten Risikolimits insgesamt eingehalten. Auf Grundlage der Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit gegeben. Bestandsgefährdende Risiken sind für die kommenden drei Jahre nicht erkennbar. Zudem gehören wir der kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung an. Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken im Risikomanagement der Bank wird kontinuierlich und unter Berücksichtigung der Datenverfügbarkeit und Weiterentwicklung von Risikomodellen und -verfahren innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken vorangetrieben.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik wurden die Risiken auf Grundlage der Geschäfts- und Mehrjahresplanung 2026–2028 sowie unter Beachtung des Going-Concern-Prinzips kalkuliert. Für das Geschäftsjahr 2026 wurden Risikolimits festgelegt, die vom berechneten Risikodeckungspotenzial gedeckt sind. Vor diesem Hintergrund geht die Bank von einer unveränderten Risikotragfähigkeitssituation aus.

Die Risikoentwicklung im Geschäftsjahr 2026 könnte insbesondere durch eine fortgesetzte schwache Wirtschaftsentwicklung verbunden mit Unsicherheiten über die weiteren nationalen Konjunktur- sowie Wachstumsentwicklungen in vielen Sektoren sowie über die Entwicklung geopolitischer Spannungen geprägt sein. Insbesondere die Industrie sowie das verarbeitende Gewerbe und der Exportsektor sind weiterhin stark unter Druck. Konsum- und Investitionszurückhaltung wären die Folge. Ausgehend von den geopolitischen Unsicherheiten sind Konsequenzen beispielsweise durch Auswirkungen auf die Preis- und Zinsentwicklungen und den Kapitalmarkt denkbar. Unverändert sehen wir durch die hohe Dynamik an regulatorischen Neuerungen erhebliche Transformationsrisiken und damit verbundene Transformationskosten in Verbindung mit der Klimapolitik und Nachhaltigkeitsregulierung. Mit Blick auf die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sind vor diesem komplexen Hintergrund eine weiterhin herausfordernde Lage im Immobilienfinanzierungsgeschäft, insbesondere bei Bauträgern und Projektentwicklern, und negative Auswirkungen auf die Beschäftigungslage und eine steigende Zahl von Insolvenzen möglich.

Konsequenzen für die Ertrags-, Vermögens- und Liquiditätssituation der Bank können sich in einer steigenden Risikovorsorge, nachlassender Nachfrage im Neugeschäft mit Krediten und Anlagen und einem verstärkten Abfluss von Einlagen

zeigen. Bei unseren Eigenanlagen können sich Auswirkungen durch national und international agierende, kapitalmarkt-orientierte Unternehmen ergeben, die zu Wertminderungen durch eine Ausweitung von Credit-Spreads oder erhöhten Ausfallrisiken führen können. Vor diesem Hintergrund gilt der Fortführung unserer risikosensitiven Geschäftspolitik, der weiterhin engen Begleitung unserer Kunden und Mitglieder, den Entwicklungen an den Geld- und Kapitalmärkten sowie den Einflüssen der Entscheidungen bedeutender internationaler Notenbanken wie der EZB oder der Fed unsere höchste Aufmerksamkeit.

Die Risikotragfähigkeit sowie die Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis sehen wir angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank innerhalb unseres Planungshorizontes als gegeben und angemessen an.

Seit dem 28. Februar 2026 findet eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und dem Staat Israel einerseits und der Islamischen Republik Iran (Iran) andererseits statt (im Folgenden auch: „USA-Iran-Konflikt“). Davon betroffen sind auch US-amerikanische Militärstützpunkte in anderen Ländern der Region. Aussagen zur zeitlichen Erstreckung des Konflikts sind gegenwärtig nicht möglich. Die kriegerische Auseinandersetzung erhöht auch den Druck auf Lieferketten sowie Energiekosten und führt zu Reaktionen auf den Wirtschafts- und Kapitalmärkten.

Aktuell beobachten und analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch den USA-Iran-Konflikt. Die Kursentwicklungen an den Finanzmärkten und daraus mögliche Auswirkungen auf die Eigenanlagen einschließlich unseres Spezialfonds werden ebenfalls von uns detailliert analysiert. Die weitere Entwicklung ist dabei aktuell noch ungewiss. Negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank erwarten wir zum aktuellen Zeitpunkt jedoch in überschaubarem Umfang.

Chancen

Im Hinblick auf die unverändert hohe Nachfrage nach Wohnraum im Geschäftsgebiet könnte sich im Zusammenhang mit einer Stabilisierung der Zinsentwicklung sowie einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Wachstum im Kreditgeschäft für Projektfinanzierungen und private Baufinanzierungen ergeben. Ebenso sehen wir einen langfristigen Bedarf an werterhaltenden energetischen Sanierungen von älteren Immobilien.

Die strategische Weiterentwicklung der Bank erfolgt zukünftig in verschiedenen Handlungsfeldern, die neben dem Vertrieb und der Prozess- und Organisationsentwicklung auch das Personalmanagement und die Arbeitswelt der Zukunft betreffen. Daraus könnten sich weitere Vertriebspotenziale und eine langfristige Optimierung der Betriebsaufwendungen entwickeln. Zudem dienen die strategischen Projekte der fortlaufenden Verbesserung der Attraktivität als Arbeitgeber, um auch zukünftig vielversprechende Talente für die Bank zu gewinnen.

Insbesondere unsere strategischen Wettbewerbsvorteile, wie regionale Nähe, Expertise bezüglich der regionalen Märkte sowie die Kenntnis der Strukturen und Bedürfnisse der mittelständischen Kunden, werden genutzt. Dies könnte sich, nicht zuletzt durch unsere omnikanalfähige Beratung, positiv auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragskraft unseres Instituts auswirken.

Wir bieten ein vielfach ausgezeichnetes Beratungsangebot in der Vermögensverwaltung und im Wertpapiergeschäft sowie im Vermittlungsgeschäft in Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern. Auf dieser Grundlage bestehen gute Chancen, die Geschäftsverbindungen mit unseren Kunden und Mitgliedern zu intensivieren, neue Kunden zu gewinnen und Zins- und Provisionserträge, die die wesentliche Ertragsbasis der Bank darstellen, auf hohem Niveau zu halten oder auszubauen. Die geplante und in Umsetzung befindliche Entwicklung von Immobilien im Bestand der Bank wird zudem als Gelegenheit zur weiteren Ertragsdiversifikation genutzt.

D. Prognosebericht

Der Prognosezeitraum bezieht sich auf das Jahr 2026. Wir weisen darauf hin, dass die zugrunde liegenden Prognosen auf Einschätzungen vor Eintritt des USA-Iran-Konflikts beruhen. Wir analysieren laufend mögliche Auswirkungen auf die Bank und werden die Prognosen anpassen, soweit dies erforderlich ist.

Für das Jahr 2026 zeichnet sich nach mehreren Jahren der Stagnation eine Belebung der Konjunktur in Deutschland ab. Wichtige Impulse werden dabei von den fiskalpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung ausgehen. Das Wachstum wird vor dem Hintergrund struktureller Probleme im Inland, wie der demografischen Entwicklung und abnehmender Wettbewerbsfähigkeit sowie der Belastungen durch die Handelspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika, laut Prognose der Bundesbank wohl nur gemäßigt ausfallen.

Die Prognose ist darüber hinaus von hoher Unsicherheit geprägt, wobei die Abwärtsrisiken für die konjunkturelle Entwicklung dominieren. So könnte eine weitere Verschärfung der globalen Handelskonflikte oder eine Zuspitzung geopolitischer Krisen zu einer weiteren Schwächung der Exportindustrie, steigenden Energiepreisen oder Störungen in den Lieferketten führen.

Die Weltwirtschaft dürfte 2026 in etwas schwächerem Tempo expandieren, da die seitens der US-Administration mit zahlreichen Handelspartnern vereinbarten Zölle nachhaltig deutlich erhöht sind und den Welthandel entsprechend belasten werden. Für die Vereinigten Staaten erwarten wir aufgrund weiter steigender Investitionen, insbesondere in die Künstliche Intelligenz, und des noch immer robusten Arbeitsmarkts eine Fortsetzung des Wachstumstrends. Für die Länder der Europäischen Gemeinschaft wird ein Wachstum über dem in der Bundesrepublik erwartet.

In Deutschland werden im Verlauf des Jahres 2026 von den beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung in den Bereichen Verteidigung und Infrastruktur zunehmend wachstumsfördernde Impulse ausgehen. Das tatsächliche Ausmaß dürfte vor allem davon abhängen, wann die Ausgaben getätigt werden und in welchem Umfang zusätzliche Investitionen in der Wirtschaft hierdurch angeregt werden. Insbesondere die Bauinvestitionen werden von steigenden staatlichen Ausgaben in die Infrastruktur profitieren. Ein positiver Beitrag zum Wachstum dürfte vom privaten Verbrauch ausgehen, der von etwas höheren Realeinkommen und einer stabilen Arbeitsmarktlage gestützt werden dürfte. Zwar steigt die Beschäftigung trotz höheren Wachstums nicht weiter an, aufgrund eines sinkenden Arbeitsangebots infolge der demografischen Entwicklung geht die Arbeitslosigkeit aber wohl zurück. Höhere Einkommen, niedrigere Arbeitslosigkeit sowie ein hoher Bedarf an Wohnraum und Modernisierungen sprechen für steigende Wohnungsbauinvestitionen.

Die Exporte dürften im Jahresverlauf aufgrund des Wachstums im Welthandel und einer steigenden Auslandsnachfrage wieder etwas an Fahrt aufnehmen, sofern es nicht zu neuen Belastungen durch Handelskonflikte kommt. Per Saldo dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2026 wohl um rund ein Prozent wachsen, wobei die Bandbreite der Prognosen aufgrund der bestehenden Risiken vielfältig ausfällt. Die Inflationsrate dürfte auch 2026 dezent über 2 Prozent und damit nahe der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) verharren. Die EZB wird ihren neutralen geldpolitischen Kurs wohl fortsetzen und die Leitzinsen auf im wesentlichen unveränderten Niveau belassen.

Auch für die Wirtschaftsregion Frankfurt Rhein/Main wird im Jahr 2026 eine wirtschaftliche Belebung erwartet. Die Impulse der beschlossenen Investitionspakete können die anhaltend schwachen Exportaussichten der Unternehmen wohl kompensieren. Risiken sehen die befragten Unternehmen insbesondere mit Blick auf die unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die Beschäftigung in der Region wird gemäß den Planungen ansteigen, was vor allem auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen ist. Steigende Arbeitskosten stellen neben dem Fachkräftemangel aus Sicht der Unternehmen inzwischen das größte Hindernis für steigende Beschäftigung dar. In der Industrie wird trotz verbesserter Auftragslage und Exporterwartungen ein weiterer Stellenabbau geplant. Die Erwartungen im Baugewerbe haben sich gegenüber dem Vorjahr zumindest leicht verbessert, bleiben aber noch relativ pessimistisch. Vergleichsweise günstig fallen die Erwartungen für den Dienstleistungssektor in der Rhein-Main Region aus, wobei insbesondere das Kredit- und Versicherungsgewerbe positiv abschneidet. Insgesamt rechnen die regionalen Wirtschaftskammern für das Jahr 2026 auch unter Berücksichtigung der beschlossenen Investitionspakete mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,9 Prozent.

In der Region Bayerischer Untermain bleibt die Stimmung in den Unternehmen verhalten. Nur 16,0 Prozent der von der IHK befragten Unternehmen erwartet, dass sich die Geschäftslage in den kommenden Monaten verbessern wird, während 23,0 Prozent eine Verschlechterung erwarten. Dabei sehen 75,0 Prozent der Unternehmen den Arbeits- und Fachkräftemangel als besondere Herausforderung für die Zukunft an.

Im folgenden Abschnitt verwenden wir qualifiziert komparative Prognosen, welche wir mit den Begrifflichkeiten „leicht“, „moderat“ und „erheblich“ bewerten. Unter einer leichten Veränderung verstehen wir eine relative Veränderung bis zu 5,0 Prozent gegenüber dem Vergleichswert. Eine moderate Veränderung definieren wir als eine relative Veränderung ab 5,0 Prozent und bis zu 15,0 Prozent. Unter einer erheblichen Veränderung verstehen wir eine relative Veränderung von mehr als 15,0 Prozent.

Bei der Planung des Geschäftsjahres 2026 geht die Bank von einem Zinsniveau von rund 2,0 Prozent im kurzfristigen Bereich sowie von einem steigenden Zinsniveau bei den mittel- bis langfristigen Laufzeiten aus. Während im Kreditgeschäft mit einem Kundenkreditwachstum in Höhe von rund 3,3 Prozent geplant wird, strebt die Bank im Einlagengeschäft ein Wachstum von rund 2,8 Prozent der privaten Kundeneinlagen an. Unter Berücksichtigung der Erträge aus

Beteiligungen und Eigenanlagen erwarten wir im Vergleich zu 2025 einen moderaten Zuwachs des Zinsüberschusses.

Beim Provisionsüberschuss besteht das Ziel, das Ergebnis aus dem Jahr 2025 leicht zu steigern, wobei Ertragssteigerungen durch verschiedene Vertriebsinitiativen erwartet werden. Insbesondere rechnet die Bank mit höheren Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft. Durch die Ausweitung der Vermögensverwaltung und Wertpapierberatung sowie der Beratung in Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern erwartet die Bank eine Steigerung der Provisionserträge. Angesichts der optimistischen Konjunkturprognose der Industrie- und Handelskammer für die Region Frankfurt/Rhein-Main und des umfassenden und digital stark ausgebauten Beratungsangebots für die Kunden sieht die Bank gute Chancen, auch den Ertrag aus dem Vermittlungsgeschäft mit Verbundpartnern steigern zu können.

Die Bank plant den Personalaufwand unter Einbezug der Tarifierhöhungen, Mitarbeiterfluktuation sowie der altersbedingten Renteneintritte leicht über dem Niveau des abgelaufenen Berichtsjahres. Hinsichtlich der anderen Verwaltungsaufwendungen wird ein Aufwand erheblich über dem Wert des Berichtsjahres geplant, der maßgeblich durch höhere Beiträge zur Sicherungseinrichtung des BVR und die Umsetzung der geplanten Projekte zur strategischen Weiterentwicklung der Bank beeinflusst wird. Die Abschreibungen auf Sachanlagen werden moderat unter dem Berichtsjahresniveau erwartet. Das Risiko, die geplanten Budgets für die Personal- und Sachaufwendungen erheblich zu überschreiten, sieht die Bank aufgrund ihrer monatlichen Kostenanalyse und ihrer Kostendisziplin als unwahrscheinlich an.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung erwartet die Bank unter Einbezug des sonstigen betrieblichen Ergebnisses leicht über dem Niveau des Jahres 2025. Der erwartete Anstieg beruht bei einem leicht steigenden Provisionsüberschuss vor allem auf einem moderat steigenden Zinsüberschuss, welchem moderat steigende Verwaltungsaufwendungen gegenüberstehen. Die Cost-Income-Ratio im Jahr 2026 wird dadurch voraussichtlich leicht oberhalb des Wertes zum Jahresende 2025 liegen. Die Cost-Income-Ratio soll sich dabei zwischen 62 bis 65 Prozent bewegen.

Aufgrund der vergleichsweise guten Bonität der Kreditkunden, des vergleichsweise hohen Anteils grundpfandrechtlich gesicherter Immobilienfinanzierungen und der großemäßigen Streuung der Kredite über Branchen und Regionen im Geschäftsgebiet hinweg geht die Bank von keiner erhöhten Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft im Vergleich zum vorherigen Geschäftsjahr aus. Bei den Wertpapieranlagen erwartet die Bank aufgrund der Anlagen im Investment-

Grade-Segment ebenfalls keinen bonitätsbedingten Abschreibungsbedarf.

Die Bewertungsergebnisse im Kredit- und Wertpapiergeschäft wurden für das Jahr 2026 jedoch aus Vorsichtsgründen rechnerisch unter Zugrundelegung erwarteter Kreditausfälle sowie im Wertpapiergeschäft auf der Basis von Erwartungswerten sowie der Zinsprognose ermittelt.

Insgesamt rechnet die Bank dadurch mit einem gegenüber dem Jahr 2025 leicht niedrigeren Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Für das Jahr 2026 rechnet die Bank zudem mit einer nahezu konstanten Gesamtkapitalquote, welche somit weiterhin die intern definierte Mindest-Gesamtkapitalquote von 16,7 Prozent und auch die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen übertreffen wird.

E. Erklärung zur Unternehmensführung

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG fördert im Rahmen der regional bestehenden Möglichkeiten den Einsatz von qualifizierten Frauen in Führungspositionen der Bank.

Der Vorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten und zweiten Führungsebene unterhalb der Geschäftsleitung mit Frauen Zielgrößen von 20,0 Prozent für die erste und 30,0 Prozent für die zweite Führungsebene festgelegt. Die festgelegten Zielgrößen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 31. Dezember 2027. Infolge von Fluktuation konnten die festgelegten Zielgrößen zum Abschlussstichtag noch nicht erreicht werden. Jedoch konnte insbesondere die Besetzung der zweiten Führungsebene mit Frauen im Vorjahresvergleich kontinuierlich gesteigert werden.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 20,0 Prozent festgelegt. Die festgelegte Zielgröße ist maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2026. Die festgelegte Zielgröße wurde zum Abschlussstichtag bereits erreicht.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen eine Zielgröße von 25,0 Prozent festgelegt. Die festgelegte Zielgröße ist maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2026. Infolge der Wahlen zum Aufsichtsrat bei der Vertreterversammlung im Berichtszeitraum konnte die festgelegte Zielgröße zum Abschlussstichtag noch nicht erreicht werden.

F. Nichtfinanzielle Berichterstattung

Den gesonderten nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2025 wird die Bank zusammen mit dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 nach § 325 HGB im Unternehmensregister offenlegen. Eine nichtfinanzielle Erklärung ist daher nicht abzugeben.

Frankfurt am Main, 10. März 2026

Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Der Vorstand

Wunsch-Weber

Heilig

Heßler

Hilbert

Müller

Pakosch

Stallhofer

Winkel

Bericht des Aufsichtsrates 2025

Bericht des Aufsichtsrates 2025

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2025 die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Überwachungs- und Beratungsaufgaben wahrgenommen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend – schriftlich wie mündlich – über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage sowie wesentliche Einzelvorgänge unterrichtet. Die Aufsichtsratsvorsitzenden standen darüber hinaus im laufenden Austausch mit der Vorstandsvorsitzenden und dem Co-Vorstandsvorsitzenden.

Das Geschäftsjahr 2025 war vom schwachen Wirtschaftswachstum in Deutschland sowie geopolitischen und makroökonomischen Unsicherheiten geprägt. Gleichzeitig erfolgte anlässlich der Einstufung der Frankfurter Volksbank Rhein/Main als bedeutendes Institut im Sinne des KWG seitens des Instituts eine Überprüfung der Einhaltung relevanter regulatorischer Anforderungen.

Sitzungen des Aufsichtsrates und Teilnahme

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2025 in fünf ordentlichen Sitzungen sowie in einer außerordentlichen Sitzung. Dringliche Entscheidungen wurden, soweit erforderlich, auch im Wege von Umlaufbeschlüssen gefasst. Dies betraf im Geschäftsjahr 2025 eine Entscheidung zum Abstimmverhalten betreffend die Sicherungseinrichtung des BVR.

Die Sitzungen fanden weit überwiegend als Präsenzsitzungen statt; hybride Formate blieben die Ausnahme. Die durchschnittliche Teilnahmequote lag deutlich über 90 Prozent.

Im Berichtsjahr wurden nach Maßgabe der geltenden Regelungen potenzielle Interessenkonflikte abgefragt; es wurden keine Interessenkonflikte festgestellt.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsarbeit

In den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse befasste sich das Gremium insbesondere mit:

- der laufenden Geschäftsentwicklung sowie der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank
- dem Risikomanagement und dem internen Kontrollsystem
- wesentlichen Entscheidungen und Ereignissen von erheblicher Bedeutung für die Bank

- Entwicklungen an den Kapitalmärkten sowie im europäischen Zins- und Währungsraum und ihren Auswirkungen auf die Bank
- regulatorischen Neuerungen und ihrer Umsetzung im Institut

Im März 2025 nahm der Aufsichtsrat den Jahresabschluss 2024 und den Konzernabschluss 2024 einschließlich der jeweiligen Lageberichte sowie die abschließenden Informationen zur Verwendung des Bilanzgewinns zur Kenntnis.

Der Aufsichtsrat befasste sich im Jahresverlauf unter anderem mit den Beteiligungen der Bank, der Optimierung des Immobilienbestandes sowie der Institutsvergütungsverordnung und der Vergütungsrichtlinie für den Vorstand.

Der Aufsichtsrat nahm in seiner Sitzung im März 2025 den jährlichen Bericht des Vorstandes zur Institutsvergütungsverordnung und im November 2025 den gesonderten nichtfinanziellen Bericht für das Berichtsjahr 2024 zur Kenntnis.

In der Sitzung des Aufsichtsrates am 27. November 2025 wurden die Strategie für das Jahr 2026, die überarbeitete Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Planungsrechnung für das Geschäftsjahr 2026 beraten und zur Kenntnis genommen.

Des Weiteren erfolgte im Geschäftsjahr 2025 im engen Austausch mit dem Vorstand eine Weiterentwicklung der Struktur der Berichterstattung der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat, welche über die Informationsordnung und die Richtlinie zur Ad-hoc-Berichterstattung an den Aufsichtsrat umgesetzt wurde.

Im Kontext der Überwachung der Kreditrisikosteuerung erfolgte eine nähere Befassung des Aufsichtsrates mit den seitens der Bank implementierten Kreditprozessen.

Im Frühjahr 2025 erörterte der Aufsichtsrat außerdem die angestrebte Verschmelzung von Tochtergesellschaften der Frankfurter Volksbank Rhein/Main und erteilte seine Zustimmung nach §23 Absatz 1 c und d der Satzung.

Die Arbeit in den Ausschüssen

Die sechs Ausschüsse des Aufsichtsrates nahmen im Geschäftsjahr 2025 ihre Aufgaben und Entscheidungsbefugnis-

se auf Grundlage der jeweiligen Geschäftsordnungen wahr. Über die Beratungen, Prüfschritte und Ergebnisse wurde der Aufsichtsrat regelmäßig unterrichtet.

Im Geschäftsjahr 2025 fanden insgesamt sechs Sitzungen des Präsidial- und Nominierungsausschusses statt. Der Vergütungskontrollausschuss tagte fünfmal; der Risiko-, der Prüfungs-, der Bau- und der Kreditausschuss tagten jeweils viermal. Zusätzlich fand eine gemeinsame Sitzung des Präsidial- und Nominierungsausschusses und des Vergütungskontrollausschusses statt.

Themenschwerpunkte der vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte gebildeten Ausschüsse waren unter anderem die folgenden:

Präsidial- und Nominierungsausschuss

- Vorbereitung von Aufsichtsratssitzungen
- Befassung mit Vorstandsangelegenheiten (z. B. Vorstandsverträge, Einhaltung der Anforderungen aus §25c KWG)
- fortlaufende Sicherstellung einer strukturierten Aufsichtsratsarbeit

Prüfungsausschuss

- Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Überwachung des Risikomanagementsystems der Bank einschließlich des internen Kontrollsystems und der Internen Revision
- Befassung mit Abschlussprüfung und Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Risikoausschuss

- Überwachung der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank
- Erörterung vierteljährlicher Risikoberichte und anlassbezogene Vertiefung

Vergütungskontrollausschuss

- Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme
- Erarbeitung angemessener Vergütungsparameter für den Vorstand

Kreditausschuss

- Überwachung des Kreditgeschäfts und Entgegennahme der Informationen zu Kreditvergaben
- Überprüfung der Risikostruktur des Kreditgeschäfts
- Befassung mit von Kreditrisiken betroffenen Engagements

Bauausschuss

- Geplante Erwerbungen und Veräußerungen von Immobilien



Dr. Hans-Georg Florig, Vorsitzender des Aufsichtsrates

- Entwicklung des Immobilienportfolios
- Entgegennahme der Informationen zu aktuellen Bauprojekten

Fortbildungsmaßnahmen des Aufsichtsrates

Gemäß den aufsichtlichen Anforderungen an Verwaltungs- und Aufsichtsorgane nahmen die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2025 an diversen Fortbildungsmaßnahmen teil. Behandelt wurden unter anderem Themen der Risikotragfähigkeit sowie der Eigenkapitalsteuerung unter Berücksichtigung von Regulierung und Proportionalität.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung 2025

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG, der Lagebericht sowie der Konzernabschluss einschließlich Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2025 – unter Einbeziehung der Buchführung – werden durch den Genoverband e.V. geprüft. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss werden mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Abschlussprüfer berichtete in der Prüfungsschlusssitzung des Aufsichtsrates am 26. März 2026 über die wesentlichen Prüfungsergebnisse. Der zuständige Prüfungsausschuss befasste sich umfassend mit dem Jahres- und Konzernabschluss

sowie den zugehörigen Lageberichten. Einwendungen gegen die Vorschläge des Vorstandes wurden nicht erhoben.

Der Prüfungsausschuss empfahl dem Aufsichtsrat, den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu billigen und sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns anzuschließen. Der Aufsichtsrat schloss sich dieser Empfehlung an und empfiehlt der Vertreterversammlung, den Jahresabschluss 2025 festzustellen und die vorgeschlagene Ergebnisverwendung zu beschließen.

Über das Ergebnis der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung 2025 werden Vorstand und Aufsichtsrat des Instituts in einer gemeinsamen Sitzung unverzüglich nach Eingang der Prüfungsberichte voraussichtlich Anfang April 2026 beraten.

Der Aufsichtsrat überwachte im Berichtsjahr zudem die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Es wurden keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen erbracht. Für zulässige Nichtprüfungsleistungen lagen die erforderlichen Vorabgenehmigungen gemäß Art. 5 Abs. 4 der Abschlussprüferverordnung (VO (EU) 537/2014) vor.

Personalien in Aufsichtsrat und Vorstand

Zum 31. Dezember 2025 beendete Herr Claus Jäger seine Tätigkeit als Co-Vorstandsvorsitzender und trat nach nahezu 50 Berufsjahren in den Ruhestand. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Jäger für die langjährige und erfolgreiche Tätigkeit sowie für seinen Beitrag zur Entwicklung der Bank.

Mit dem Ausscheiden des Co-Vorstandsvorsitzenden Jäger wurde der Geschäftsverteilungsplan des Vorstandes neu gefasst.

Mit Ablauf der Vertreterversammlung am 29. April 2025 übernahm Herr Dr. Hans-Georg Florig, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden. Der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Herr Peter Andreas Müller, Rechtsanwalt und Notar, unterstützt die Gremienarbeit weiterhin als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Darüber hinaus ist er Mitglied des Präsidial- und Nominierungsausschusses sowie des Kreditausschusses.

Vertreterversammlung

Die ordentliche Vertreterversammlung findet am 4. Mai 2026 im Congress Center der Messe Frankfurt statt.

Mit Ablauf der Vertreterversammlung am 4. Mai 2026 scheiden turnusmäßig Frau Iris Abraham, Herr Dr. h. c. Hans-Peter Biffar, Frau Elke Kimpel, Herr Peter Knapp, Herr Götz Müller, Herr Norbert Rink, Herr Ralph Ritter sowie Herr Eduard Tomaszewski aus dem Aufsichtsrat aus.

Eine Wiederwahl von Frau Elke Kimpel und Herrn Norbert Rink ist aufgrund des Erreichens der in der Satzung festgelegten Altersgrenze nicht möglich. Der Aufsichtsrat dankt den ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit während ihrer Amtszeit.

Der Aufsichtsrat schlägt der Vertreterversammlung vor, Frau Iris Abraham, Herrn Dr. h. c. Hans-Peter Biffar, Herrn Peter Knapp, Herrn Götz Müller, Herrn Ralph Ritter sowie Herrn Eduard Tomaszewski wiederzuwählen.

Weitere Kandidatinnen oder Kandidaten wurden bisher nicht zur Wahl vorgeschlagen.

Dank

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstandes, den Führungskräften sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und der Konzerngesellschaften für die im Geschäftsjahr 2025 geleistete Arbeit. Unser Dank gilt ebenso den Mitgliedern und Kundinnen und Kunden, Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern sowie den Vertreterinnen und Vertretern für die Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen.

Frankfurt am Main, im April 2026

Für den Aufsichtsrat

Dr. Hans-Georg Florig
Vorsitzender

Jahresabschluss 2025

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVSEITE	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			81.122.203,24		76.315
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			150.408.482,76		157.162
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	150.408.482,76				(157.162)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	231.530.686,00	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1.666.302.339,01		1.659.896
b) andere Forderungen			640.431.525,51	2.306.733.864,52	703.149
4. Forderungen an Kunden				11.564.756.672,57	11.326.852
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	4.757.643.863,47				(4.508.676)
Kommunalkredite	179.258.930,40				(176.440)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		262.074.957,40			270.031
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	261.132.656,03				(269.089)
bb) von anderen Emittenten		2.436.381.909,74	2.698.456.867,14		2.426.851
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.651.031.778,14				(1.593.286)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	2.698.456.867,14	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.552.269.617,60	1.653.555
6a. Handelsbestand				1.027.813,67	1.933
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			345.956.986,97		346.045
darunter: an Kreditinstituten	55.330.594,95				(55.313)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			11.522.097,24	357.479.084,21	11.545
darunter: bei Kreditgenossenschaften	11.224.430,00				(11.224)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
bei Wertpapierinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				254.988.095,24	254.946
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				12.798.533,63	17.716
darunter: Treuhandkredite	12.656.807,69				(17.560)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			3.253.343,22		1.811
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	3.253.343,22	0
12. Sachanlagen				293.470.157,82	297.529
13. Sonstige Vermögensgegenstände				53.459.069,53	55.879
14. Rechnungsabgrenzungsposten				1.636.850,36	1.662
Summe der Aktiva				19.331.860.655,51	19.262.877

PASSIVSEITE	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			7.281.822,08		8.351
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			962.919.357,90	970.201.179,98	1.037.129
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.648.241.564,22			1.824.138
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		60.590.640,39	1.708.832.204,61		114.092
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		10.248.406.680,82			9.731.409
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.686.503.561,29	13.934.910.242,11	15.643.742.446,72	3.897.456
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			190.967.083,04		218.216
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			0,00	190.967.083,04	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				12.798.533,63	17.716
darunter: Treuhandkredite	12.656.807,69				(17.560)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				30.712.486,06	31.322
6. Rechnungsabgrenzungsposten				7.429.111,45	6.920
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			87.857.806,00		87.373
b) Steuerrückstellungen			3.071.520,02		5.966
c) andere Rückstellungen			36.390.637,10	127.319.963,12	37.019
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				39.704.770,13	39.723
10. Genusssrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				1.341.900.000,00	1.240.500
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	61.000,00				(61)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			173.819.963,64		179.065
b) Kapitalrücklage			479.591,78		480
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		341.625.789,91			338.126
cb) andere Ergebnisrücklagen		433.620.778,39	775.246.568,30		430.121
d) Bilanzgewinn			17.538.957,66	967.085.081,38	17.755
Summe der Passiva				19.331.860.655,51	19.262.877
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		96.050.930,99			115.747
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	96.050.930,99		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		531.040.528,05	531.040.528,05		734.078
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		329.431.098,16			328.006
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		48.417.083,65	377.848.181,81		44.585
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	741,32				(9)
2. Zinsaufwendungen			124.464.946,13	253.383.235,68	150.505
darunter: erhaltene negative Zinsen	27.742,03				(31)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			35.104.544,82		37.001
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			10.513.221,84		11.257
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			2.200.000,00	47.817.766,66	6.407
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				4.798.768,91	3.719
5. Provisionserträge			127.918.720,36		126.353
6. Provisionsaufwendungen			8.252.740,30	119.665.980,06	7.869
7. Nettoertrag des Handelsbestands				13.220,16	151
8. Sonstige betriebliche Erträge				22.595.642,75	25.352
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		120.042.073,34			110.753
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		28.013.780,77	148.055.854,11		27.769
darunter: für Altersversorgung	5.773.661,07				(7.129)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			107.671.956,14	255.727.810,25	105.350
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				16.155.962,47	17.885
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				5.233.166,97	6.588
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			31.791.258,45		18.199
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	-31.791.258,45	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00		2.534
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			18.789.397,40	18.789.397,40	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	569
18. [gestrichen]				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				158.155.813,48	134.810
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		743
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(-743)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			38.274.520,07		39.024
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			1.090.995,56	39.365.515,63	2.945
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				101.400.000,00	74.500
25. Jahresüberschuss				17.390.297,85	17.598
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				148.659,81	157
				17.538.957,66	17.755
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
				17.538.957,66	17.755
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in andere Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
29. Bilanzgewinn				17.538.957,66	17.755

Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG mit Sitz in Frankfurt am Main ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Genossenschaftsregisternummer 630 eingetragen.
- Der Jahresabschluss der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

■ Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt. Die Bewertung der Sorten erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag.

■ Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag und dem höheren Nennwert wurden – sofern Zinscharakter vorliegt – in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten bzw. Unterschiedsbeträge zwischen dem höheren Auszahlungsbetrag und dem Nennwert in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zinsanteilig aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen abgedeckt.

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen und Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen und der Pauschalrückstellungen erfolgte zum 31. Dezember 2025 für das Kundengeschäft in Höhe des erwarteten Verlustes über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien. Die Berechnung des erwarteten Verlustes erfolgte für alle unter der Bilanzposition Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäfte unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit sowie einer Verlustschätzung/Verlustquote bei Ausfall (LGD-Modell), die unter anderem Wiedergesundungen, Einbringungen und Verwertungskosten beinhaltet. Der für zwölf Monate erwartete Verlust für Schulscheindarlehen und Forderungen an Kreditinstitute basiert auf einem barwertigen Risikomodell unter Berücksichtigung von Spread- und Migrationsrisiken. Die ermittelten Teilbeträge für die Pauschalwertberichtigung werden von den Aktivpositionen „Forderungen an Kreditinstitute“ und „Forderungen an Kunden“ abgesetzt. Für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher und widerruflicher Kreditzusagen) erfolgte die bilanzielle Erfassung in Form von Rückstellungen.

Zusätzlich bestehen zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

■ Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Die Wertpapiere im Anlagevermögen wurden grundsätzlich nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Anschaffungskosten über pari werden linear über die Restlaufzeit bis zum niedrigeren Einlösungskurs abgeschrieben. Einzelne Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Da die Wertpapiere im Girosammeldepot verwahrt werden, werden die Anschaffungskosten bei gleicher Wertpapiergattung nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs bestehen ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

■ Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag bestanden Wertpapierleihegeschäfte. Die geliehenen Wertpapiere werden bei der Ermittlung der Liquiditätskennzahl (LCR) berücksichtigt und aufgrund fehlenden Übergangs des wirtschaftlichen Eigentums nicht bilanziert. Die im Rahmen einer Wertpapierleihe übertragenen Wertpapiere sind weiterhin in dem Bilanzposten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen und entsprechend gekennzeichnet, da die aus den Wertpapieren resultierenden wesentlichen Chancen und Risiken bei der Bank verbleiben.

■ Finanzinstrumente des Handelsbestands

Finanzinstrumente des Handelsbestands wurden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines pauschalen Risikoabschlags bewertet. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Marktpreis.

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden nicht geändert.

■ **Derivative Finanzinstrumente**

Strukturierte Finanzinstrumente, die keine wesentlich erhöhten oder zusätzlichen (andersartigen) Risiken oder Chancen aufweisen, wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet. Eine einheitliche Bilanzierung und Bewertung erfolgte auch bei strukturierten Finanzinstrumenten, die nach dem strengen Niederstwertprinzip auf Basis einer Notierung auf einem aktiven Markt bewertet wurden, auch wenn sie durch das eingebettete Derivat neben dem Zinsrisiko und dem Bonitätsrisiko des Emittenten weiteren Risiken (Bonitätsrisiko eines Dritten) unterlagen.

Bei dem komplex strukturierten Produkt VR-Circle erfolgte die Aufspaltung und getrennte Bilanzierung der einzelnen Bestandteile.

■ **Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs**

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs wurden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Zinsderivate, die zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) dienen, befanden sich keine im Bestand. Im Rahmen der verlustfreien Bewertung werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Drohverlustrückstellung zu bilden.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2025 war keine Rückstellung zu bilden.

■ **Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen**

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung wurden Abschreibungen vorgenommen.

■ **Treuhandvermögen**

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte bei den Forderungen zu den Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert sowie bei den Wertpapieren zu den Jahresschlusskursen.

■ **Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen**

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die geschätzte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich bei Bandbreiten an der kürzesten Nutzungsdauer bzw. an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, vorgenommen.

Bei Grundstücken und Gebäuden wurden außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderungen vorgenommen.

Die im Berichtsjahr angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter mit einem Netto-Einzelwert bis zu EUR 250 wurden in voller Höhe als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Andere Anlagegüter hat die Bank im Berichtsjahr handelsrechtlich aktiviert und zum Jahresende in voller Höhe abgeschrieben, sofern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut über EUR 250 bis zu EUR 800 betrugen.

■ **Sonstige Vermögensgegenstände**

Die Bewertung der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip.

■ **Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Die Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag und dem niedrigeren Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten bzw. dem höheren Ausgabebetrag von Forderungen wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Die Unterschiedsbeträge wurden planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeit verteilt.

■ **Aktive latente Steuern**

Latente Steuern wurden nicht bilanziert. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Die aktiven latenten Steuern beruhen auf Differenzen zwischen handelsrechtlichem und steuerrechtlichem Wertansatz und ergaben sich im Wesentlichen aus den Bilanzposten Aktiva 4 „Forderungen an Kunden“ sowie Passiva 7 „Rückstellungen“.

Im Hinblick auf die stufenweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes aufgrund des Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland wurde aus Gründen der Vorsicht bei der Berechnung unterstellt, dass sich passive temporäre Differenzen, die zu einer künftigen Steuerbelastung führen, im Folgejahr (Steuersatz 30,15 % für Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer) und aktive temporäre Differenzen, die zu einer künftigen Steuerentlastung führen, im Zeitraum ab dem Jahr 2032 abbauen (Steuersatz 24,87 % für Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer).

■ **Verbindlichkeiten**

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag.

■ **Treuhandverbindlichkeiten**

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt, bzw. zu den Wertpapier-Jahresschlusskursen.

■ **Passiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagiobeträge und Entgelte enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

■ Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Die erstmalige Einbuchung erfolgt mit dem abgezinsten Betrag (Nettomethode).

Den verbliebenen Pensionsrückstellungen sowie den Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen und Altersteilzeit lagen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Heubeck-Richttafeln 2018 G“ zugrunde. Verpflichtungen aus Pensionsanwartschaften sowie Vorruhestandsvereinbarungen und Altersteilzeitrückstellungen wurden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern wurden mit dem Barwert bilanziert.

In Verbindung mit der Auslagerung von Pensionsrückstellungen der ehemaligen Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg eG auf einen Pensionsfonds ergab sich zum 31. Dezember 2025 noch eine Unterdeckung in Höhe von EUR 3.362.147, die in Ausübung des Passivierungswahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht angesetzt wurde. Die Unterdeckung hat sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 1.388.575 verringert. Die Verfahren und Parameter für die Berechnung des Fehlbetrags entsprechen denen der bilanziellen Pensionsrückstellungen.

Es wurden langfristige Lohn- und Gehaltstrends sowie bei den verbliebenen Pensionsrückstellungen zusätzlich eine Rentendynamik berücksichtigt. Die zugrunde gelegten Lohn- und Gehaltssteigerungen orientierten sich dabei an den tatsächlichen Tarifabschlüssen bzw. wenn diese nicht vorlagen, an langfristigen Schätzungen. Für Pensionsrückstellungen wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,50 % und bei den verbliebenen Pensionsrückstellungen eine Rentendynamik in Höhe von 2,20 % zugrunde gelegt.

Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewendete durchschnittliche Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren von 2,06 % (Vorjahr 1,90 %) sowie der für die Abzinsung der Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen sowie Altersteilzeit angewendete durchschnittliche Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren von 2,21 % (Vorjahr 1,97 %) wurden unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren festgelegt. Diese beruhten jeweils auf einem Rechnungszinsfuß gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV).

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren betrug EUR -2.288.840 (Vorjahr EUR -1.123.441).

Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen wurden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre in Höhe von 2,21 % abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Dies beinhaltet auch ausreichende Rückstellungen im Hinblick auf die Allgemeinverfügung der BaFin bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

■ Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden mit dem EZB-Referenzkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Für die Umrechnung noch nicht abgewickelter Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages zugrunde gelegt.

Die sich aus der Währungsumrechnung ergebenden Aufwendungen wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Soweit die Restlaufzeit der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände oder Verbindlichkeiten bis zu einem Jahr betrug oder die Anforderungen an eine besondere Deckung vorlagen, wurden Erträge aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt.

Als besonders gedeckt wurden gegenläufige Fremdwährungspositionen angesehen, soweit sie sich betragsmäßig und hinsichtlich ihrer Fristigkeit entsprechen.

Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung wurden in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Für die besonders gedeckten Geschäfte erfolgte ein Nettoausweis in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

■ Angaben zur Behandlung von negativen Zinsen

Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den betreffenden Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen in Abzug gebracht. Der Umfang negativer Zinsen bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen wird in Form von Darunter-Vermerken in der Gewinn- und Verlustrechnung angegeben.

■ Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresabschluss wurde vor Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2025

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten zu Beginn des Geschäftsjahres	Zugänge (a) Zuschreibungen (b)	Umbuchungen (a) Abgänge (b)	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Ende des Geschäftsjahres
		im Geschäftsjahr		
	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbstgeschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.719.984	2.485.484 (a) 0 (b)	0 (a) 810.380 (b)	9.395.089
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0
d) geleistete Anzahlungen	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0
Sachanlagen				
a) Grundstücke und Gebäude	405.774.333	11.574.534 (a) 0 (b)	136.741 (a) 6.923.044 (b)	410.562.564
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.883.137	3.742.480 (a) 0 (b)	0 (a) 3.887.908 (b)	74.737.709
Summe a	488.377.454	17.802.498 (a) 0 (b)	136.741 (a) 11.621.332 (b)	494.695.362

	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit					
	Abschreibungen zu Beginn des Geschäftsjahres (gesamt)	Abschreibungen Geschäftsjahr (a) Zuschreibungen Geschäftsjahr (b)	Zugängen (a) Zuschreibungen (b)	Umbuchungen (a) Abgängen (b)	Abschreibungen am Ende des Geschäftsjahres (gesamt)	Buchwerte Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbstgeschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.908.516	1.042.324 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 809.095 (b)	6.141.746	3.253.343
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0
d) geleistete Anzahlungen	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Gebäude	127.487.005	9.075.363 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	118.013 (a) 2.734.893 (b)	133.945.488	276.617.076
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	55.641.623	6.038.275 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 3.795.270 (b)	57.884.627	16.853.082
Summe a	189.037.144	16.155.962 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	118.013 (a) 7.339.258 (b)	197.971.861	296.723.501

	Anschaffungskosten zu Beginn des Geschäftsjahres	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.776.369.123	326.913.434	4.103.282.557
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	363.423.354	-5.944.270	357.479.084
Anteile an verbundenen Unternehmen	260.146.095	-5.158.000	254.988.095
Sonstige Vermögensgegenstände	1.383.772	276.755	1.660.527
Summe b	4.401.322.344	316.087.919	4.717.410.263
Summe a und b	4.889.699.798		5.014.133.764

Die Veränderungen bei den Wertpapieren des Anlagevermögens resultierten hauptsächlich aus Wertpapierkäufen und Einlösungen fälliger Wertpapiere sowie Umwidmungen von Fonds aus der Liquiditätsreserve ins Anlagevermögen.

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände besteht aus Forderungen, die wie Finanz-Anlagevermögen bewertet werden.

D. Erläuterungen zur Bilanz

■ Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute (A 3) sind EUR 1.975.826.910 Forderungen an die genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Von den Forderungen an die genossenschaftliche Zentralbank dient ein Volumen von EUR 8.750.000 der Besicherung von Derivatepositionen.

■ Forderungen an Kunden

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind EUR 115.975.822 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bundesbank wurden Kundenforderungen (Schuldscheindarlehen) mit einem Gesamtbetrag von EUR 136.500.000 abgetreten.

■ Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr EUR 631.147.613 fällig.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5) in Höhe von nominal EUR 303.000.000 wurden der Deutschen Bundesbank als Sicherheit verpfändet.

■ Aufgliederung der in den Bilanzposten A 5 bis A 6 enthaltenen Wertpapiere

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	davon:		nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
		börsennotiert	nicht börsennotiert	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.698.456.867	2.525.564.918	172.891.949	1.685.621.965
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	484.423	3.766	480.657	0

Im Wertpapierjournal sind die nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapiere des Anlagevermögens besonders gekennzeichnet.

Die nicht mit dem Niederstwert bewerteten Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB für marktpreisbezogene Wertveränderungen sind für die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5) unterblieben, da Störungen der Zins- und Tilgungsleistungen nach unserer derzeitigen Einschätzung nicht zu erwarten sind. Der Buchwert der betreffenden Wertpapiere beträgt EUR 1.675.815.553, der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf EUR 1.620.844.685.

■ Forderungen an verbundene Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	0	0	1.975.826.910	1.759.414.289
Forderungen an Kunden (A 4)	395	118	144.088	153.833
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	0	0	451.212.005	410.035.875

■ Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10 Prozent

Im Bilanzposten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (A 6) sind folgende Anteile mit Anteilsquoten von mehr als 10 % enthalten:

Anlageziel	Wert der Anteile (Zeitwert)	Differenz zum Buchwert (Reserve)	Erfolgte Ausschüttung für das Geschäftsjahr
	EUR	EUR	EUR
Langfristige Rendite- und Diversifikationsvorteile gegenüber einer direkten Wertpapieranlage unter Berücksichtigung der Portfolio-Strukturierung der Bank			
1. UIN-Fonds Nr. 723 (Renten/Aktien)	1.553.862.000	2.624.916	30.816.885

Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit bestehen nicht.

■ Handelsbestand

Der Bilanzposten „Handelsbestand“ (A 6a) gliedert sich wie folgt:

	Beizulegender Zeitwert	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	952.472	1.878.450
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	75.807	56.621
Zwischensumme	1.028.279	1.935.071
abzüglich Risikoabschlag	465	2.100
Gesamt	1.027.814	1.932.971

■ Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen von nicht untergeordneter Bedeutung bestehen zum 31. Dezember 2025 wie folgt:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschafts- kapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
a) GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main, Obertshausen	100,00	2025	926	2025	0
b) Immobilien Gesellschaft mbH der Frankfurter Volksbank Rhein/Main, Obertshausen	100,00	2025	805	2025	0
c) Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	2025	207.115	2025	6.224
d) WG Immo GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	2025	1.042	2025	99
e) Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG, Frankfurt am Main	100,00	2025	43.339	2025	296
f) DZ 1. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	11,60	2024	992.482	2024	30.716
g) GBK 1. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Kassel	10,28	2024	392.668	2024	11.680
h) GBK Holding GmbH & Co. KG, Kassel	7,72	2024	448.807	2024	15.996
i) DZ Holding GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	2,69	2024	998.773	2024	40.193
j) Beteiligungs-Aktiengesellschaft der bayerischen Volksbanken, Pöcking	1,23	2024	235.325	2024	10.246
k) DZ BANK AG, Frankfurt am Main	0,36	2024	10.735.000	2024	425.000
l) Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs-AG, Beilngries	2,23	2024	957.592	2024	-59.843
m) AAG Holding GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	7,27	2024	59.460	2024	1.287

Darüber hinaus bestehen weitere Beteiligungen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB, auf deren Angabe jedoch aufgrund der insgesamt untergeordneten Bedeutung verzichtet wurde.

Mit den unter Buchstaben a) bis e) genannten Unternehmen besteht ein Konzernverhältnis. Diese werden in den Konzernabschluss einbezogen. Auf einen Einbezug der übrigen Unternehmen in den Konzernabschluss konnte aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 296 Abs. 2 HGB) verzichtet werden.

Mit den unter Buchstaben a) und b) aufgeführten Gesellschaften sind Ergebnisabführungsverträge geschlossen.

■ Treuhandvermögen

Im Bilanzposten „Treuhandvermögen“ (A 9) sind im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehaltene Vermögensgegenstände ausgewiesen, die wie folgt aufzugliedern sind:

- Forderungen an Kunden EUR 12.656.808
- Wertpapiere EUR 141.726

■ Sachanlagen

Im Bilanzposten „Sachanlagen“ (A 12) sind Grundstücke und Bauten, die wir im Rahmen eigener Tätigkeit nutzen, in Höhe von EUR 102.556.271 und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 16.853.082 enthalten.

■ Sonstige Vermögensgegenstände

In dem Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ (A 13) sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	31.12.2025 EUR
Forderungen aus ausstehenden Provisionen	20.399.891
Ansprüche gegenüber Tochtergesellschaften	7.172.676
Ansprüche gegenüber der Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG	15.848.433

■ Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (A 14) sind Unterschiedsbeträge zwischen dem Ausgabebetrag und dem höheren Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 358.523 (Vorjahr EUR 529.408) enthalten.

Soweit bei Kreditgewährungen der Nennbetrag der gewährten Kredite unter dem Auszahlungsbetrag lag, wurde der Unterschiedsbetrag in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (A 14) eingestellt. Der Unterschiedsbetrag belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 3.297 (Vorjahr EUR 41.535).

■ Nachrangige Vermögensgegenstände

In den folgenden Posten sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 4	79.750	0
A 5	78.089.847	78.092.186
A 13	1.660.527	1.383.772

■ Fremdwährungsposten

In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 69.919.408 enthalten.

■ Restlaufzeitenspiegel für Forderungen

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	128.779.434	344.071.764	112.000.000	51.500.000
Forderungen an Kunden (A 4)	522.850.759	698.533.968	2.620.783.554	7.603.289.282

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

■ Restlaufzeitenspiegel für Verbindlichkeiten

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungs- frist (P 1b)	264.234.976	45.511.484	148.240.840	503.115.391
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten (P 2a ab)	39.004	50.631.541	9.421.167	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2b bb)	1.924.991.065	1.499.693.887	237.899.682	3.994.989

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

■ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1) sind EUR 707.816.987 Verbindlichkeiten gegenüber der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

■ Begebene Schuldverschreibungen

Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr EUR 79.420.198 fällig.

■ Treuhandverbindlichkeiten

Im Bilanzposten „Treuhandverbindlichkeiten“ (P 4) sind im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehaltene Schulden ausgewiesen, die wie folgt aufzugliedern sind:

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten EUR 12.656.808
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden EUR 141.726

■ Sonstige Verbindlichkeiten

Im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ (P 5) ist folgender wesentlicher Einzelbetrag enthalten:

	31.12.2025
	EUR
Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt aus abzuführender Kapitalertragsteuer	8.912.221

■ Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 4.213.483 (Vorjahr EUR 3.820.854) enthalten.

■ Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten (P 9) in Höhe von EUR 897.709 an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen: Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR. Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten liegt zwischen zwei und acht Jahren. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit Zinssätzen von 1,25 % bis 3,30 % ausgestattet.

Es bestehen keine Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen.

■ Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	0	0	707.816.987	777.051.070
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	68.072.325	61.037.046	876.388	1.029.895
Verbriefte Verbindlichkeiten (P 3)	0	0	26.638.247	29.545.333

■ Eigenkapital

Die unter dem Passivposten „Gezeichnetes Kapital“ (P 12a) ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben		EUR
a) der verbleibenden Mitglieder		168.626.164
b) der ausscheidenden Mitglieder		5.144.275
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		49.525
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 288.986	

Die Kapital- und Ergebnisrücklagen (P 12b) und c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Kapitalrücklage	Gesetzliche Rücklage	andere Ergebnisrücklagen
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2025	479.592	338.125.790	430.120.778
Einstellungen			
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres		3.500.000	3.500.000
Stand 31.12.2025	479.592	341.625.790	433.620.778

■ Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Die in den Posten 1b) und 2c) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen unterliegen den für alle Kreditverhältnisse geltenden Risikoidentifizierungs- und -steuerungsverfahren, die eine rechtzeitige Erkennung der Risiken gewährleisten.

Akute und latente Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Zusätzlich wurden Pauschalrückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und offene Zusagen gebildet. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen überwiegend breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge für bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden.

Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden bzw. Referenzschuldner beurteilt. Die unter Posten 1b) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird. Bei den Kreditzusagen gehen wir dagegen von einer überwiegenden Inanspruchnahme aus.

■ Durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesicherte Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögenswerte in EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	683.672.037
Posten außerhalb der Bilanz	
Verbindlichkeiten aus Derivaten	8.750.000

■ Fremdwährungsposten

In den Schulden einschließlich Eventualverbindlichkeiten sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 53.138.703 enthalten.

■ Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte währungsbezogene Geschäfte in folgender Geschäftsart:

Geschäfte mit Währungsrisiko

- Devisentermingeschäfte (als Ausführungsgeschäfte für Kunden und zur Deckung von Währungsrisiken)
- Zins-/Währungs-Swaps (zur Deckung von Währungsrisiken)

In der nachfolgenden Tabelle sind die Derivatgeschäfte des Nichthandelsbestands, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt. Die beizulegenden Zeitwerte werden inklusive rechnerisch angefallener Zinsen angegeben („dirty prices“).

(Angaben in TEUR)	Nominalbetrag Restlaufzeit				beizulegender Zeitwert	
	<= 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe	negativ	positiv
Währungsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
- Devisentermingeschäfte	14.020	93	0	14.113	-70	183
- Zins-/Währungs-Swaps	6.889	1.509	0	8.398	-1.450	0

Darüber hinaus bestehen strukturierte Finanzinstrumente. Sie beinhalten neben dem Basisinstrument noch ein Kündigungsrecht des Schuldners, Bonitätsrisiken Dritter oder Zinsunter-/obergrenzen.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgte bei Zins-/Währungs-Swap-Vereinbarungen durch Diskontierung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme auf den Abschlussstichtag. Bei Devisentermingeschäften wurden die Marktpreise bzw. Wiedereindeckungsbeträge herangezogen.

E. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

■ Zinserträge und Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften sind in den Zinserträgen (GuV 1) als Reduktion des Zinsertrags bzw. in den Zinsaufwendungen (GuV 2) aus Passivgeschäften als Reduktion des Zinsaufwands enthalten.

Die für das Geschäftsjahr ermittelten Auf- und Abzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch hat sich der Zinsüberschuss per Saldo um EUR -27.396 (Vorjahr EUR 2.322) verändert.

■ Provisionserträge

Die Provisionserträge (GuV 5) aus für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere für die Vermögensverwaltung und die Vermittlung von Wertpapieren, Bausparverträgen, Versicherungen und Krediten, nehmen in der Ertragsrechnung einen festen Bestandteil ein.

■ Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge (GuV 8) betreffen mit EUR 10.086.547 Miet- und Pachterträge, EUR 2.882.791 Erträge aus dem Verkauf von Sachanlagen, EUR 1.108.710 Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen und mit EUR 2.138.194 Erträge aus der Währungsumrechnung.

■ Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV 12) betreffen mit EUR 1.490.926 Aufwendungen für verschiedene Betriebsveranstaltungen, mit EUR 479.443 Aufwendungen aus Verpflegungszuschüssen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und EUR 2.330.553 Aufwendungen aus Renditeobjekten.

■ Außerordentliches Ergebnis

Aufwendungen aus der ratierlichen Ansammlung des Unterdeckungsbetrags zu den gemäß BilMoG neu bewerteten Pensionsrückstellungen fielen nicht mehr an (Vorjahr EUR 743.461).

■ Periodenfremde Erträge bzw. Aufwendungen

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 9.054.964 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 3.629.144 enthalten.

Hiervon entfallen auf: lfd. Posten der GuV - Art	Betrag Aufwand EUR	Betrag Ertrag EUR
Sonstige betriebliche Erträge (GuV 8), Verkäufe Sachanlagevermögen	0	2.882.791
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV 23), Steuererstattungen Vorjahre	0	3.057.711
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV 23), Steuernachzahlungen Vorjahre	1.440.585	0

F. Sonstige Angaben

■ Vorstand und Aufsichtsrat

An die Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge gewährt in Höhe von EUR 4.241.977.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen EUR 1.005.356.

Die früheren Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene erhielten EUR 468.584.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen zum 31. Dezember 2025 Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 3.621.638.

Die Forderungen an und Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen betrugen für Mitglieder des Vorstands EUR 991.940 und für Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 29.933.014.

■ Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, betreffen in Höhe von insgesamt EUR 43.155.516 Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund).

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hat eine Patronatserklärung gegenüber der Tochtergesellschaft GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main, Obertshausen, abgegeben. Darüber hinaus haftet die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG gesamtschuldnerisch für alle von der GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main, Obertshausen, eingegangenen Verbindlichkeiten.

Bei der Freizeitcenter Darmstadt GbR, Darmstadt, ist die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG unbeschränkt haftende Gesellschafterin.

■ Personalstatistik

Die Zahl der 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	47	1
Sonstige kaufmännische Mitarbeiter	1.069	645
Gewerbliche Mitarbeiter	0	14
	1.116	660

Außerdem wurden durchschnittlich 57 Auszubildende beschäftigt.

■ Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

		Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang	2025	296.729	3.469.419
Zugang	2025	3.815	29.038
Abgang	2025	11.056	120.338
Ende	2025	289.488	3.378.119

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	EUR	4.273.535
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	50

■ Aufwendungen für den Abschlussprüfer

Das vom Prüfungsverband für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar schlüsselt sich in folgende Honorare auf:

Abschlussprüfungsleistungen	EUR	1.113.407
Andere Bestätigungsleistungen	EUR	155.705
Steuerberatungsleistungen	EUR	87.214
Sonstige Leistungen	EUR	60.631

■ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes

Der Name und die Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes lauten:

Genoverband e.V.
Wilhelm-Haas-Platz
63263 Neu-Isenburg

■ Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Mitglieder des Vorstandes, ausgeübter Beruf

Eva Wunsch-Weber (Vorsitzende)	Unternehmenssteuerung (Finanzen Bank und Konzern, Controlling), Grundsatzfragen/Nachhaltigkeit, Marketing/Kommunikation, Revision, Geldwäscheprävention/Compliance, Recht, Tochtergesellschaften
Claus Jäger (Co-Vorsitzender), bis 31. Dezember 2025	Unternehmenssteuerung (Risiko-Controlling), regionales Marketing und Kommunikation, Integration/Mitglieder
Ute Heilig	Personal (Personalkontoführung, Aus- und Weiterbildung), Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft), Wertpapierfachzentren
Wolfgang Heßler	Betrieb (Organisationsmanagement), Unternehmenssteuerung (Depot B, Auslandszahlungsverkehr), Qualitätssicherung Passiv, Kunden- und Filialbetreuung (ohne Kreditgeschäft), Datenschutz
Ulrich Hilbert	Betrieb (IT und Prozessentwicklung), Facility-Management, Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft), FinanzPunkte
Steven Müller	Vertrieb (vertriebliche Beratung/EBL und KundenDialogCenter), Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft), Tochtergesellschaften
Ralf Pakosch	Kredit, Vertrieb (Vertriebsmanagement), Kunden- und Filialbetreuung (ohne Kreditgeschäft), Tochtergesellschaften
Angelika Stallhofer	Digitales Kundenmanagement, Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft)
Sascha Winkel	Personal (Prozesse und Projekte, Personalmanagement, Personalservice, Training/Coaching), Handel/Treasury, Wertpapierfachzentren/Vermögensverwaltung, Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft)

Mitglieder des Aufsichtsrates, ausgeübter Beruf

Dr. Hans-Georg Florig

Vorsitzender seit 29. April 2025,
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht,
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer,
Geschäftsführer der Florig Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
und Florig & Söhne GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Aschaffenburg

Peter Andreas Müller

Vorsitzender bis 29. April 2025,
danach stellvertretender Vorsitzender,
Rechtsanwalt und Notar, Partner der Knarr & Knopp Milde
Netuschil Zimmer Partnerschaftsgesellschaft mbB,
Frankfurt am Main

Dipl.-Kfm. Dr. h. c. Hans-Peter Biffar

Stellvertretender Vorsitzender,
Unternehmensberater (selbständig),
Schollbrunn

Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Reinhard,

Altbürgermeister
Stellvertretender Vorsitzender,
Kommunal- und Unternehmensberater (selbständig),
Niedernberg

Dr. jur. Winfried Rohloff

Stellvertretender Vorsitzender,
Rechtsanwalt und Notar, Partner der Dr. Dienst-Rohloff Dr. Rohloff
Grün-Weil GbR,
Weilmünster

Hella Reußwig *

Schriftführerin,
Bankangestellte der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG,
Filialdirektorin

Dipl.-Kffr. Iris Abraham

Wirtschaftsprüferin, Vorstandsmitglied der Dohm Schmidt Janka Revision
und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Berlin

Sebastian Robert Allen *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Thorsten Bartsch *

Leiter der Ausbildungsgemeinschaft Frankfurter Volksbanken GbR

Dipl.-Kfm. Dr. Volker Breid

Geschäftsführer der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH und der
Frankfurter Societät GmbH,
Frankfurt am Main

Serdar Daldaban *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Eva Maria Eder-Widmann

Geschäftsführerin der Eder & Heylands
Brauerei GmbH & Co. KG,
Großostheim

Benjamin Eibelshäuser *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Kai-Uwe Engel *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Konrad R. Fleckenstein

Steuerberater, Geschäftsführer der Fleckenstein & Kollegen
Steuerberatungsgesellschaft mbH,
Niedernberg

Achim Franke *

Bankangestellter i.R. der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Dipl.-Betriebswirt (FH) Uwe GottaSteuerberater (selbständig),
Rüsselsheim**Michael Günther**Geschäftsführender Gesellschafter des
Autohauses Günther & Schmitt GmbH,
Flörsheim am Main**Norbert Hartnagel ***

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Verena Sylvia HesbacherSteuerberaterin, Kern & Heß GbR
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater,
Aschaffenburg**Elke Kimpel**Unternehmerin,
Hainburg**Peter Knapp**Director General der Tillion DC SL,
Madrid, Spanien**Pia Koschara ***

Bankangestellte der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Dipl.-Volkswirt und Dipl.-Kfm. Götz MüllerInhaber der Anlagenbau Müller Kelkheim e.Kfm.,
Kelkheim (Taunus),
Geschäftsführender Gesellschafter der Peters Plastic GmbH,
Kelkheim (Taunus)**Thomas Nüchter ***

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Harald OsterhagenGeschäftsführender Gesellschafter der OVS Vermögensverwaltung GmbH,
Hofheim am Taunus**Christian Heinrich Ott ***

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Sabine Patzelt *

Bankangestellte der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Michael PfefferRechtsanwalt, Partner der Rechtsanwälte
Bachmann, Hansen, Schuhmann u. Partner mbB,
Aschaffenburg**Thomas Reichert**Geschäftsführer der Haxen-Reichert
Metzgerei-, Gaststätten- und Partyservice Betriebsgesellschaft mbH,
Frankfurt am Main**Dipl.-Volkswirt Norbert Rink**Geschäftsführender Gesellschafter der IC NEO GmbH,
Rödermark**Ralph Ritter**Technischer Betriebsleiter des Autohauses Robert Kunzmann
GmbH & Co. KG (Angestellter),
Alzenau**Tim Schlauersbach**Steuerberater, Geschäftsführer der Rhein Main SüdRevision GmbH
und SR SüdRevision GmbH,
Aschaffenburg**Oliver Sixel**Geschäftsführer und Gesellschafter der Sixel Garten- und
Landschaftsbau GmbH & Co. KG,
Rüsselsheim**Eduard Tomaszewski**Vereidigter Buchprüfer und Steuerberater,
Schaaheim**Andreas Trendel ***

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Andreas WirzRechtsanwalt und Mediator (selbständig),
Frankfurt am Main**Mario Wolfgang Wüst**Rechtsanwalt, Mitinhaber der Kanzlei Wüst & Becker GbR,
Aschaffenburg**Patricia Prinzessin zu Erbach-Schönberg**Geschäftsführende Gesellschafterin der Auto Jacob GmbH,
Rüsselsheim

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank gewählt

■ **Angaben gemäß § 340a Abs. 4 HGB**

Im Aufsichtsgremium der folgenden großen Kapitalgesellschaft nimmt ein Vorstandsmitglied unserer Bank ein Mandat wahr:

Name und Sitz	Anzahl der Mandate
TeamBank AG Nürnberg, Nürnberg	1

■ **Vorschlag für die Ergebnisverwendung**

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 17.390.297,85 – unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 148.659,81 (Bilanzgewinn von EUR 17.538.957,66) – wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende von 6,00 %	10.372.114,99
Zuführung in die Hinterbliebenen-Unterstützungskasse	2.500,00
Zuweisung zu den Ergebnisrücklagen	
a) Gesetzliche Rücklage	3.500.000,00
b) Andere Ergebnisrücklagen	3.500.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	164.342,67
	17.538.957,66

Frankfurt am Main, 10. März 2026

Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Der Vorstand

Wunsch-Weber

Heilig

Heßler

Hilbert

Müller

Pakosch

Stallhofer

Winkel

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 werden vom Genoverband e.V. geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Offenlegung wird nach Feststellung durch die Vertreterversammlung im Unternehmensregister erfolgen.

Konzernlagebericht 2025

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 des Konzerns Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Gliederung des Lageberichts

- A. Konzernunternehmen und Tätigkeitsschwerpunkte (Grundlagen des Konzerns)
- B. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- C. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- D. Risiko- und Chancenbericht
- E. Prognosebericht
- F. Nichtfinanzielle Berichterstattung

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

A. Konzernunternehmen und Tätigkeitsschwerpunkte (Grundlagen des Konzerns)

Der Konzern Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG umfasst zum Geschäftsjahresende 2025 neben der Bank 14 mittel- und unmittelbare Tochterunternehmen. Ziel und Strategie des Konzerns ist es, die Diversifikation der Ertragslage durch zusätzliche Geschäftsfelder, zum Beispiel Direktinvestitionen in Immobilien sowie die Vermittlung von Immobilien und Krediten, zu erreichen, um hierdurch einen positiven Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG zu leisten.

Die Beteiligungsverhältnisse sowie die Tätigkeitsschwerpunkte der in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

Unternehmen	Beteiligungsanteil	Tätigkeitsschwerpunkt
GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main	100 %	Vermittlung von Finanzprodukten
Immobilien Gesellschaft mbH der Frankfurter Volksbank Rhein/Main	100 %	Vermittlung von Immobilien
Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	100 %	Vermietung von Wohn- und Gewerbeimmobilien
WG Immo GmbH & Co. KG	100 %	Vermietung von technischen Einrichtungen
Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt City KG	100 %	Vermietung von Wohnimmobilien

Weiterhin wurde für folgende unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen auf eine Konsolidierung gem. § 296 Abs. 2 HGB verzichtet und eine Einbeziehung im Rahmen der Anschaffungskostenmethode durchgeführt:

Unternehmen	Beteiligungsanteil
FVB Verwaltungsgesellschaft mbH	100 %
WG Immo Verwaltungs-GmbH	100 %
FVBI S. A.	100 %
Marktstraße Rüsselsheim GmbH & Co. Vermögensverwaltungs-KG	100 %
VOBA-IMMOBILIEN GmbH	100 %
IC Verwaltungsgesellschaft mbH i. L.	100 %
Raiffeisen-Immobilien Aschaffenburg II GmbH & Co. KG	100 %
Raiffeisen-Wohnbau Aschaffenburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	100 %
REVO Projektentwicklungsgesellschaft mbH	50 %

Im Geschäftsjahr 2025 sind die beiden Tochtergesellschaften LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH und Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg auf die GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main (GiF) rückwirkend zum 1. Januar 2025 übergegangen.

Die FVB Verwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementär der Tochtergesellschaften Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG sowie Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG. Die WG Immo Verwaltungs-GmbH ist Komplementär der WG Immo GmbH & Co. KG. Die VOBA-IMMOBILIEN GmbH ist Komplementär der Marktstraße Rüsselsheim GmbH & Co. Vermögensverwaltungs-KG sowie Gesellschafter der REVO Projektentwicklungsgesellschaft mbH und Alleingesellschafter der IC Verwaltungsgesellschaft mbH i. L. Die Raiffeisen-Wohnbau Aschaffenburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist Komplementärin der Raiffeisen-Immobilien Aschaffenburg II GmbH & Co. KG.

Die Tochtergesellschaften des Konzerns sind bei gegebener materieller Bedeutung finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in die Konzernmutter Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG eingegliedert. Die Geschäftsführer der Tochtergesellschaften sind überwiegend Führungskräfte der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG. Gemessen am Bilanzvolumen des Konzerns nach Konsolidierung wird die Geschäftsentwicklung des Konzerns im Wesentlichen durch das Mutterunternehmen Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG geprägt.

B. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG, Frankfurt am Main, als Mutterunternehmen ist ein Kreditinstitut in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG). Der Geschäftszweck ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder und Kunden. Der im Genossenschaftsgesetz verankerte Förderauftrag (§ 1 Abs. 1 GenG) ist in § 2 Abs. 1 der Satzung der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG aufgeführt. Das Leistungsspektrum des Mutterunternehmens entspricht dem einer Universalbank. Das Mutterunternehmen nutzt darüber hinaus das Leistungsangebot innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Zu unseren Kunden zählen vor allem Privatpersonen, Freiberufler, Handwerker, mittelständische Unternehmen und institutionelle Kunden.

Das Geschäftsgebiet der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG umfasst im Wesentlichen die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sowie die Stadt Aschaffenburg und den Bayerischen Untermain und ist in 13 Regionalmärkte gegliedert. Das Geschäftsstellennetz besteht aus 98 Geschäftsstellen sowie 81 SB-Filialen. Ferner betreiben wir gemeinsam mit der Taunus Sparkasse 26 FinanzPunkte (teils ohne Beratung). Ergänzend sind die Berater des Kundendialogcenters der Bank über die FVB Banking App, das Online Postfach, E-Mail oder Telefon erreichbar.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit werden folgende Zweigniederlassungen unterhalten:

- BVB Volksbank, Bad Vilbel
- Raiffeisenbank Maintal, Maintal
- Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg, Aschaffenburg
- Rüsselsheimer Volksbank, Rüsselsheim
- VR-Bank, Alzenau
- Vereinigte Volksbank Griesheim-Weiterstadt, Griesheim
- Vereinigte Volksbank Maingau VVB, Obertshausen
- Volksbank Griesheim, Frankfurt am Main
- Volksbank Höchst a. M., Frankfurt am Main
- Volksbank Raiffeisenbank Hanau, Hanau

- Volksbank Usinger Land, Usingen

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört das Mutterunternehmen der BVR Institutssicherung (BVR-ISG Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt.

Daneben ist das Mutterunternehmen der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig.

C. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. RAHMENBEDINGUNGEN

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2025 entwickelte sich in Deutschland aus wirtschaftlicher Perspektive weniger dynamisch als zu Jahresbeginn erwartet. Die positive Stimmung aufgrund der Investitionsvorhaben für Infrastruktur und Klima sowie Ausgaben für Verteidigung der neuen Bundesregierung wurde recht schnell durch die Handelspolitik der Vereinigten Staaten überschattet. Zusätzlich hemmten anhaltende Strukturprobleme und Bürokratielasten das konjunkturelle Umfeld. Im Vergleich zu den Rezessionsjahren 2023 und 2024 konnte dennoch eine Verbesserung erreicht werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg gemäß vorläufigen Berechnungen um 0,2 Prozent.

Den stärksten Wachstumsimpuls zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt lieferten mit einem Beitrag von 1,0 Prozentpunkt die Konsumausgaben. Der staatliche Konsum wuchs vor allem durch Mehrausgaben im Gesundheits- und Pflegesektor. Mit einem preisbereinigten Anstieg von 1,5 Prozent legte dieser kaum stärker zu als der Privatkonsum. Der Privatkonsum verzeichnete einen preisbereinigten Anstieg von 1,4 Prozent und übertraf damit das Vorjahr spürbar (+0,5 Prozent). Einen stärkeren Anstieg verhinderten unter anderem Lohnsteigerungen und höhere Sozialversicherungsbeiträge.

Das Investitionsumfeld war durch eine Vielzahl von Herausforderungen gekennzeichnet. So waren die niedrige Kapazitätsauslastung der Industrie, die strukturellen Standortprobleme und die Geopolitik Hemmnisse für Investitions-

vorhaben. Die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen sanken entsprechend um 2,3 Prozent. Die Investitionen der Bauindustrie fielen um 0,9 Prozent. Positiv entwickelten sich im Bausektor die öffentlichen Investitionen und der Wirtschaftsbau, der unter anderem vom Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen profitierte. Der private Wohnungsbau hingegen verzeichnete trotz gesunkener Finanzierungskosten einen Rückgang. Insgesamt gingen die Bruttoanlageinvestitionen um 0,5 Prozent zurück und belasteten das preisbereinigte Wirtschaftswachstum um 0,1 Prozentpunkte. Dementgegen führten hohe Vorratsveränderungen zu einem Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten. Die Unternehmen produzierten mehr Waren als sie absetzen konnten.

Während die Exporte um 0,3 Prozent sanken, legten die Importe deutlich um 3,6 Prozent zu. Die deutschen Ausfuhren litten unter der US-Handelspolitik, der Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar und dem hohen Wettbewerbsdruck durch China. Der Anstieg der Einfuhren resultierte aus einer robusten Konsumnachfrage und Rüstungsinvestitionen.

Die hohen Investitionsausgaben der Bundesregierung spiegelten sich 2025 noch nicht in den Defizitkennzahlen wider, da diese sich teilweise noch in der Planungsphase befanden. Das Haushaltsdefizit lag bei 2,4 Prozent gegenüber 2,7 Prozent im Vorjahr. Grund hierfür war, dass die staatlichen Einnahmen durch ein höheres Steueraufkommen und gestiegene Sozialbeiträge deutlich anstiegen. Die Maastricht-Schuldenquote lag am Jahresende nach vorläufiger Berechnung bei etwa 63 Prozent.

Der Trend des langjährigen Anstiegs der Erwerbstätigenzahl kam 2025 zum Erliegen. So konnten Stellenverluste in Industrie und Bau durch Zuwächse im öffentlichen und sozialen Dienst nicht vollständig kompensiert werden. Auch der demografische Wandel machte sich negativ bemerkbar. Die Erwerbstätigenzahl sank im Jahresdurchschnitt auf rund 46,0 Mio. Menschen. Die Arbeitslosenzahl lag bei 2,9 Mio. Menschen, was einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent entsprach.

Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt bei 2,2 Prozent und damit auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Über das Jahr gesehen war das Preisniveau im Dienstleistungssektor um 3,5 Prozent angestiegen. Vor allem Dienstleistungen im Sozialbereich, Wartungen und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gastronomiedienstleistungen waren für die Verbraucher deutlich teurer als im Vorjahr. Ein sinkendes Energiepreisniveau dämpfte die allgemeine Preisentwicklung.

Finanzmärkte

Das Jahr 2025 begann mit verhaltenem Optimismus, da die Märkte eine bevorstehende Lockerung der Geldpolitik durch die Zentralbanken vorwegnahmen. Vor allem waren die Erwartungen an die EZB hinsichtlich Zinssenkungen hoch, um der anhaltenden Wachstumsschwäche im Euro-Raum entgegenzuwirken. Diese Erwartungshaltung stabilisierte die Rentenmärkte und gab den europäischen Aktienindizes Auftrieb. Parallel dazu wurde das Marktumfeld durch die Amtseinführung von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika maßgeblich beeinflusst. Die Märkte waren getrieben von der Aussicht auf eine umfassende Deregulierung und steuerliche Anreize.

Die vorgezogene Bundestagswahl in Deutschland wurde von den Finanzmärkten positiv aufgenommen. Hierbei rückte die deutsche Fiskalpolitik in den Fokus der Investoren. Die neue Regierung sollte die dringend notwendigen Investitionen in Infrastruktur und Ausgaben für Verteidigung zügig vorantreiben. Diese potenzielle Abkehr von einer strikten Austeritätspolitik führte an den Rentenmärkten zu einer Neubewertung deutscher Bundesanleihen, während sie gleichzeitig Hoffnungen auf eine konjunkturelle Wiederbelebung nährte. Die Renditen von Bundesanleihen verzeichneten infolgedessen einen massiven Renditeanstieg, der aber in den nachfolgenden Wochen wieder zurückging.

Das zweite Quartal startete mit tiefgreifenden Verschiebungen in der globalen Handelspolitik. Die US-Regierung implementierte Anfang April substanzielle neue Zollltarife, die nicht nur auf China, sondern explizit auch auf die europäische Exportwirtschaft abzielten. Diese protektionistischen Maßnahmen lösten an den Finanzmärkten starke Kursbewegungen aus. Die Unsicherheit über künftige Absatzmärkte dämpfte die globale Investitionstätigkeit und führte entsprechend zu nachgebenden Aktiennotierungen. Gleichzeitig ließ die Sorge vor inflationären Zweitrundeneffekten durch verteuerte Importe die Anleiherenditen steigen. Trotz dieser Handelshemmnisse konnte der US-Dollar kurzfristig an Wert gewinnen.

Im weiteren Jahresverlauf führte das Aussetzen einzelner US-Handelszölle, vorläufige Handelsvereinbarungen zwischen den USA und anderen Ländern, aber auch der Optimismus bezüglich des KI-Booms zu einer Entspannung an den Kapitalmärkten. Die Aktiennotierungen legten zu und die Volatilität an den Rentenmärkten nahm ab.

Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) und die Europäische Zentralbank (EZB) vollzogen eine weitere schrittweise Abkehr von den restriktiven Maßnahmen der vorangegangenen Jahre.

Die EZB setzte den im Vorjahr begonnenen Lockerungszyklus fort und passte ihre Schlüsselsätze im ersten Halbjahr 2025 weiter nach unten an. Im zweiten Halbjahr legte die EZB eine Zinspause ein. Diese Phase der Konsolidierung erfolgte, da sich die Inflationsdynamik in der Eurozone dem mittelfristigen Zielwert annäherte. Hier machte sich der im Jahresverlauf nachgebende Rohölpreis positiv bemerkbar. Die Fed leitete erst im Herbst eine weitere Lockerung ihrer Geldpolitik ein. Die letzte Zinssenkung der Fed erfolgte im Dezember. Diese Entscheidung wurde vor dem Hintergrund eines sich abkühlenden Arbeitsmarktes getroffen. Der Zinsschritt erfolgte trotz eines unverändert hohen US-Inflationsniveaus.

Der Deutsche Aktienindex DAX verzeichnete bei einem Schlussstand von 24.490 Punkten eine Jahresperformance von 23,0 Prozent. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen lag zum Ultimo 2025 bei 2,85 Prozent und damit um 0,49 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Der US-Dollar schwächte sich gegenüber dem Euro spürbar ab. Zum Jahresende lag der Euro/USD-Kurs bei 1,17 US-Dollar.

Immobilienmarkt

Entgegen den Erwartungen hat sich der deutsche Investmentmarkt für Immobilien im Berichtszeitraum nicht beleben können. Trotz einer spürbaren Aktivitätszunahme in der zweiten Jahreshälfte schloss das Jahr mit einem Rückgang des Transaktionsvolumens ab. Herausfordernde Finanzierungsbedingungen und die Risikoaversion der Investoren hatten einen negativen Einfluss auf das Marktgeschehen. In diesem Umfeld wurden im Jahresverlauf nur wenige großvolumige Abschlüsse über 100 Mio. Euro registriert. Demgegenüber machten mittlere Transaktionen von 20 bis 50 Mio. Euro rund die Hälfte des Gesamtvolumens aus.

Auf Ebene der einzelnen Immobiliensektoren war der Bereich Wohnen die gefragteste Anlageklasse, auch wenn das Volumen im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückging. Bei Logistik gab das Transaktionsvolumen konjunkturbedingt nach, dennoch vereinte dieses Segment das zweithöchste Volumen auf sich. Aufgrund mehrerer Großabschlüsse konnte der Einzelhandelssektor entgegen dem Gesamttrend ein Wachstum verzeichnen. Das Bürosegment stand durch weitere Bewertungsanpassungen unverändert unter Druck. Wesentliche Investitionen flossen in erstklassige Objekte in Spitzenlagen, wo stabilere Mietrenditen erzielt werden konnten.

Geschäftsentwicklung der Kreditgenossenschaften

Die deutschen Genossenschaftsbanken konnten nach Zahlen des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) ihr Wachstum im Kreditgeschäft im Jahr

2025 fortsetzen. Das Kreditgeschäft über alle Kundengruppen per 31. Dezember 2025 stieg im Vergleich zum Vorjahr um 30 Mrd. Euro oder 3,8 Prozent auf 827 Mrd. Euro.

Im Bereich der Wohnbaukredite sowohl an Privat- als auch an Firmenkunden konnte ein Plus von 4,7 Prozent realisiert werden. Der Gesamtbestand wuchs zum Jahresende auf 491 Mrd. Euro. Das Neugeschäft in diesem Bereich zeigte ein erfreuliches Wachstum. Bei Privatkunden erhöhten sich die Kreditbestände um rund 3,8 Prozent auf 384 Mrd. Euro, während die Firmenkundenkredite um 3,7 Prozent auf 443 Mrd. Euro anstiegen.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist das Kreditwachstum ein Ausdruck der wichtigen Rolle der Genossenschaftsbanken als zuverlässiger Finanzierungspartner des Mittelstands. Die Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken legten im Jahr 2025 ebenfalls zu und erreichten zum 31. Dezember 2025 einen Wert von 925 Mrd. Euro, was einem Anstieg um 33 Mrd. Euro oder 3,7 Prozent entspricht. Die Zahl der Genossenschaftsbanken ist fusionsbedingt im Jahr 2025 von 672 auf 646 gesunken.

Die Ertragslage der deutschen Genossenschaftsbanken hat sich im Vergleich zum Vorjahr positiv entwickelt. Die Ertragskomponente Zinsüberschuss ist im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme der Institute leicht gestiegen, wohingegen der Provisionsüberschuss in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme der Institute stabil blieb. Bei den Verwaltungsaufwendungen verzeichneten die Personalaufwendungen in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme einen leichten Anstieg.

Das Bewertungsergebnis verbleibt für die Genossenschaftsbanken auf einem hohen, aber stabilen Niveau gegenüber dem Vorjahr. Dies führte insgesamt zu einem Anstieg des Verhältnisses des Jahresüberschuss vor Steuern zur durchschnittlichen Bilanzsumme der Institute.

Lage der Versicherungswirtschaft

Trotz eines schwachen wirtschaftlichen Umfelds war 2025 für die Versicherungswirtschaft in Deutschland insgesamt ein solides Jahr. Die Beitragseinnahmen über alle Versicherungszweige hinweg stiegen um 6,6 Prozent auf 254 Mrd. Euro. Positive Wachstumsbeiträge lieferten inflationsbedingte Prämienanpassungen, höhere Beitragseinnahmen in der privaten Krankenversicherung und ein starker Anstieg des Einmalbetragsgeschäfts in der Lebensversicherung.

Die inflationsbedingten Prämienanpassungen führten in der Sparte der Schaden- und Unfallversicherung zu einem An-

stieg der Beitragseinnahmen um 7,7 Prozent auf 99,7 Mrd. Euro. Vor allem das Beitragsplus in der Kfz-Versicherung legte überproportional zu, da steigende Reparaturkosten weitergegeben wurden. Das Ausbleiben von größeren Naturkatastrophen wirkte sich insgesamt positiv auf das versicherungstechnische Ergebnis der Sparte aus. In der privaten Krankenversicherung legten die Beitragseinnahmen um 7,3 Prozent auf 54,4 Mrd. Euro zu. Der medizinische Fortschritt und die allgemeinen Kostensteigerungen ließen die Leistungsausgaben dieser Versicherungssparte in ähnlicher Höhe ansteigen. Die Beiträge der Lebensversicherungen stiegen um 5,1 Prozent auf 99,4 Mrd. Euro. Während sich die Einmalbeiträge um 16,9 Prozent erhöhten, blieben die laufenden Beiträge mit +0,1 Prozent stabil.

Für das laufende Jahr 2026 erwartet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft ein Beitragswachstum von 4,7 Prozent. Das stärkste Wachstum wird in der privaten Krankenversicherung erwartet, gefolgt von der Schaden- und Unfallversicherung. In der Sparte Lebensversicherung hingegen prognostiziert man nur ein geringes Wachstum.

Wirtschaftsentwicklung in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main und am Bayerischen Untermain

Das Geschäftsklima, die Investitionsbereitschaft und die Zukunftserwartungen haben sich in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main im Jahresvergleich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Belastungsfaktoren und Risiken werden branchenübergreifend durch herausfordernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen, eine abnehmende Inlandsnachfrage sowie die Arbeitskosten und den Fachkräftemangel bestimmt.

In der Industrie wurde das Geschäftsklima durch die protektionistische Zollpolitik der USA und die damit verbundenen Herausforderungen im Export von Gütern negativ beeinflusst. Die aktuelle Geschäftslage wird in der Bau- und Immobilienwirtschaft positiv eingeschätzt, jedoch wird der Ausblick durch Risiken bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beeinträchtigt.

Positive Wachstumserwartungen in der Finanz-, Kredit- und Versicherungswirtschaft wurden von Investitionsplänen für Ersatzbedarf und Produktinnovationen begleitet, welche auch durch den zunehmenden Wettbewerb mit Fintech-Konkurrenten motiviert sind. Die Beschäftigungspläne der Unternehmen der Region gingen im Jahresvergleich deutlich zurück. Einzig in der Finanz-, Kredit- und Versicherungswirtschaft bestand die Absicht zum Personalaufbau.

Auch in der Wirtschaftsregion Bayerischer Untermain stagnierte das Geschäftsklima im Jahresverlauf nahezu in fast allen Branchen. Weiter aufgeheitelt hat sich die Lage dagegen im Baugewerbe, wo die Geschäftslage durch die Betriebe mehrheitlich als gut bewertet wurde. Die größten Herausforderungen sind aus Sicht der Unternehmen die Inlandsnachfrage, die Arbeitskosten und ausbleibende wirtschaftspolitische Reformen. Aufgrund sinkender Erwartungen entwickelt sich die Investitionsbereitschaft und die Bereitschaft zur Erhöhung der Beschäftigtenzahl rückläufig.

2. FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Konzerns auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

Als bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator für die Rentabilität des Konzerns wird ein nachhaltiges Betriebsergebnis vor Bewertung auf Konzernebene festgelegt. Die finanzielle Leistungskennzahl ermittelt sich aus der Summe der Posten 1 bis 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Konzerns durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote. Diese wird berechnet als Verhältnis der verfügbaren Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva nach CRR/CRD. Die Steuerung und Ermittlung erfolgten auf Basis der Zahlen des Mutterunternehmens. Als Mindestquote für die Gesamtkapitalquote sind hierbei 16,7 Prozent definiert.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgen in den nächsten Abschnitten.

3. DARSTELLUNG, ANALYSE UND BEURTEILUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS

Die Geschäftsentwicklung des Konzerns ist im Wesentlichen durch das Mutterunternehmen Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG geprägt. Daher werden bestimmte Kennzahlen nur

auf Ebene des Mutterunternehmens und damit nicht auf Konzernebene ermittelt.

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 stellt sich wie folgt dar:

Das Betriebsergebnis vor Bewertung auf Konzernebene betrug 175,9 Mio. Euro (Vorjahr: 157,6 Mio. Euro) und liegt somit moderat über dem Planwert, die für 2025 festgelegte Mindest-Gesamtkapitalquote von 16,7 Prozent wird mit 18,5 Prozent (Vorjahr: 20,1 Prozent) deutlich übertroffen.

Die Entwicklung der bedeutsamsten Leistungsindikatoren liegt insgesamt innerhalb unserer Prognose des Vorjahres.

Die Muttergesellschaft Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hat ihre erfolgreiche Entwicklung im Geschäftsjahr 2025 fortgesetzt. Der Konzern verzeichnete sowohl einen Anstieg bei den Kundeneinlagen (+0,5 Prozent) als auch ein Kreditwachstum (+2,1 Prozent).

In einem von einer raschen Zinswende, hohen Regulierungsanforderungen und digitalen Wettbewerbern geprägten Geschäftsumfeld erzielte der Konzern im Berichtsjahr ein über dem Planwert liegendes Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Trotz des intensiven Wettbewerbs sowie der unverändert strengen Kreditvergaberichtlinien mit vergleichsweise hohen Bonitätsanforderungen und Besicherungsanteilen konnten Zuwächse im Kreditgeschäft erzielt werden.

Geschäftliche Entwicklung

Die Bilanzsumme des Konzerns stieg um 0,4 Prozent auf 19,3 Mrd. Euro.

	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024
	TEUR	TEUR	TEUR %
Bilanzsumme	19.282.531	19.214.724	67.807 0,4
Außerbilanzielle Geschäfte *)	649.602	914.753	-265.151 -29,0

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Ursächlich für den Anstieg der Bilanzsumme um 67,8 Mio. Euro bzw. 0,4 Prozent war auf der Passivseite der Bilanz die Entwicklung der anderen Einlagen (+2,2 Prozent). Hier sind vor allem die täglich fälligen Einlagen zu nennen. Auf der Aktivseite ist insbesondere das Kreditwachstum (+2,1 Prozent) hervorzuheben.

Die außerbilanziellen Geschäfte liegen unter Vorjahresniveau. Im Wesentlichen ist der Rückgang auf gesunkene unwider-rufliche Kreditzusagen gegenüber Kunden zurückzuführen.

Aktivgeschäft

Aktivgeschäft	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024
	TEUR	TEUR	TEUR %
Kundenforderungen	11.564.757	11.326.852	237.905 2,1
Wertpapieranlagen	4.250.726	4.350.437	-99.711 -2,3
Forderungen an Kreditinstitute	2.306.734	2.363.045	-56.311 -2,4
Handelsbestand	1.028	1.933	-905 -46,8

Mit einem Anteil von 60,0 Prozent an der Bilanzsumme stellen die Forderungen an Kunden einen wichtigen Aktivposten dar.

Der Schwerpunkt des Kreditgeschäftes liegt im Bereich der Privatkunden und hier insbesondere bei privaten Immobilienfinanzierungen, die im Berichtsjahr ein Wachstum von rund 2,9 Prozent verzeichneten.

Die Kreditvergabe an Firmenkunden betraf schwerpunktmäßig Unternehmensfinanzierungen des regionalen Mittelstands. Im Berichtsjahr waren dies vor allem gewerbliche Baufinanzierungen, die bei dem Kreditwachstum einen Anteil von 30,2 Prozent ausmachten.

Zum Wachstum beigetragen hat auch die Zusammenarbeit mit gewerblichen Kreditvermittlern, die fast ausschließlich standardisierte Immobilienfinanzierungen beisteuerten.

Die festgesetzten Kredithöchstgrenzen für die einzelnen Kreditnehmer sowie sämtliche Kreditgrenzen des Kreditwesengesetzes (KWG), der Capital Requirements Regulation (CRR) und des Genossenschaftsgesetzes (GenG) wurden während des gesamten Berichtszeitraums eingehalten.

Die Forderungen an Kunden, die aufgrund der Struktur und des räumlichen Umfangs des Geschäftsgebietes der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG eine breite größenmäßige Streuung aufweisen, wurden vorsichtig bewertet. Die für erkennbare bzw. latente Risiken gebildeten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden von den entsprechenden Aktivposten abgesetzt.

Der Bestand an Wertpapiereigenanlagen verringerte sich auch aufgrund von Fälligkeiten/Verkäufen um 99,7 Mio. Euro. Die bewährte risikoarme Anlagestrategie mit Investitionen überwiegend im Investmentgrade-Segment wurde fortgeführt.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 56,3 Mio. Euro bzw. 2,4 Prozent. Die Bankengelder werden fast ausschließlich bei der DZ BANK und der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die Forderungen gegenüber der DZ BANK und der Deutschen Bundesbank werden im Wesentlichen in Form von täglich fälligen Geldern/Termingeldern unterhalten.

Passivgeschäft

Passivgeschäft	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	970.201	1.045.480	-75.279	-7,2
Spareinlagen	1.706.118	1.935.502	-229.384	-11,9
Andere Einlagen	13.872.208	13.572.578	299.629	2,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	190.967	218.216	-27.249	-12,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	39.705	39.723	-18	0,0

Der Rückgang bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist maßgeblich auf den Rückgang von Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist bei der DZ BANK zurückzuführen.

Die Verminderung bei den Spareinlagen um 229,4 Mio. Euro setzt sich zusammen aus dem Rückgang um 175,9 Mio. Euro bei den Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten sowie dem Rückgang bei Sparprodukten mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten um 53,5 Mio. Euro.

In der Struktur des Passivgeschäfts hat die Bedeutung täglich fälliger Einlagen aufgrund sinkender Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt im Geschäftsjahr zugenommen. So stiegen die täglich fälligen Verbindlichkeiten in laufender Rechnung um 509,9 Mio. Euro, wobei täglich fällige Verbindlichkeiten auf Tagesgeldkonten einen Anstieg um 359,0 Mio. Euro verzeichneten. Gleichzeitig sanken die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit, hier vor allem die Festgelder, um 210,2 Mio. Euro auf rund 3,6 Mrd. Euro. Verbriefte Verbindlichkeiten sind um 27,2 Mio. Euro gesunken

4. DARSTELLUNG, ANALYSE UND BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten des Konzerns haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	299.507	271.464	28.043	10,3
Provisionsüberschuss ²⁾	130.346	124.801	5.545	4,4
Sonstige betriebliche Erträge	38.081	41.571	-3.490	-8,4
Verwaltungsaufwendungen	265.337	251.048	14.289	5,7
a) Personalaufwendungen	152.582	141.386	11.196	7,9
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	112.755	109.662	3.093	2,8
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	21.353	23.083	-1.730	-7,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.394	6.368	-974	-15,3
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	175.863	157.638	18.225	11,6
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-13.002	-20.733	7.731	-37,3
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	162.861	136.905	25.956	19,0
Steueraufwand ⁵⁾	39.651	42.309	-2.658	-6,3
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	101.400	74.500	26.900	36,1
Konzern-Jahresüberschuss	21.810	19.352	2.458	12,7

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

5) Saldo aus den GuV-Posten 23 und 24

Der Zinsüberschuss des Konzerns stieg um 28,0 Mio. Euro auf 299,5 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung des fallenden Marktzinsniveaus im Berichtszeitraum trugen das Kreditwachstum bzw. die im Jahr 2025 erfolgten Kreditabschlüsse zu einer nahezu konstanten Entwicklung der Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften bei. Bei den Zinserträgen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen konnte ein moderater Anstieg realisiert werden. Einhergehend mit dem Zinsniveau im Geschäftsjahr sanken zudem die Zinsaufwendungen für Tages- und Termingelder sowie Sparbriefe, was die wesentliche Ursache für den erheblichen Rückgang der Zinsaufwendungen darstellt.

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen wurden moderat unter Vorjahr erzielt. Der Rückgang entfällt sowohl auf die laufenden Erträge aus Aktien als auch auf einen Rückgang der Ausschüttungen von Beteiligungsunternehmen.

Der Provisionsüberschuss liegt mit 130,3 Mio. Euro um 5,5 Mio. Euro bzw. 4,4 Prozent über dem Vorjahr.

Wesentliche Ertragsbestandteile des Provisionsüberschusses sind:

Dienstleistungs- geschäft	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wert- papierdienstleistungs- und Depotgeschäften	37.807	36.068	1.739	4,8
Vermittlungserträge	37.386	31.842	5.545	17,4
Erträge aus dem Zahlungsverkehr	55.790	57.066	-1.276	-2,2

Die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft waren im Berichtszeitraum in Folge belebter Wertpapiermärkte moderat höher als im Vorjahr. Die Erträge aus Depotgebühren stiegen leicht an. Die Vermittlungserträge waren erheblich höher, wobei positive Effekte aus Vermögensverwaltungs- und Versicherungsprovisionen einem Rückgang bei Bauspar- und Kreditvermittlungsprovisionen gegenüberstanden. Zudem zeigen sich bei den Erträgen aus Versicherungsprovisionen positive Effekte, die im Zusammenhang mit der Fusion der Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg auf die GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main (GiF) zusammenhängen. Eine unverändert hohe Nachfrage und ein damit verbundener Anstieg der Mandate und des verwalteten Vermögens wurde für die hauseigene, erneut extern ausgezeichnete Vermögensverwaltung, verzeichnet. Der leichte Rückgang der Erträge aus dem Zahlungsverkehr resultiert sowohl aus einem leichten Rückgang der vereinnahmten Gebühren für Kontoführung sowie der Erträge für sonstige Zahlungsverkehrsdienstleistungen, zum Beispiel aus Kartengebühren und Gebühren für Geldautomatenverfügungen.

Der Provisionsaufwand ist moderat gestiegen, was unter anderem aus höheren Aufwendungen aus dem Vermittlungsgeschäft resultiert.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um 3,5 Mio. Euro ist im Wesentlichen auf geringere Erträge aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden im Rahmen der Portfoliobereinigung zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verzeichnen einen Rückgang von 1,0 Mio. Euro, der maßgeblich durch verringerte Aufwendungen für Rechtsrisiken aus veränderter Rechtsprechung begründet ist.

Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen um 14,3 Mio. Euro entfällt maßgeblich auf gestiegene Personalaufwen-

dungen, welche einen Anstieg in Höhe von 11,2 Mio. Euro aufweisen. Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der tariflichen Vergütung, bei einem leichten Anstieg der Mitarbeiterzahl der Muttergesellschaft, zurückzuführen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind leicht gestiegen, wesentliche Kostensteigerungen ergaben sich durch erhöhte Aufwendungen für Versicherungen, Instandhaltungen und zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen.

Das gegenüber dem Vorjahr um 11,6 Prozent verbesserte Betriebsergebnis vor Bewertung resultiert unter anderem aus dem Anstieg des Zins- und Provisionsüberschusses, der die höheren Verwaltungsaufwendungen und den Rückgang des sonstigen Ergebnisses überkompensierte.

Die positive Entwicklung des Bewertungsergebnisses ist im Wesentlichen auf die Zuschreibung von wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere zurückzuführen. Die Reservenbildung erfolgt ausschließlich in Form von Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Aufgrund des erheblich höheren Ergebnisses der normalen Geschäftstätigkeit, moderat geringerer Steueraufwendungen und der beabsichtigten Ergebnisverwendung erfolgt eine erheblich höhere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB als im Jahr 2024.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gegenüber Kunden machen einen Anteil von 85,8 Prozent an der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen im Wesentlichen gegenüber der genossenschaftlichen Zentralbank und der Deutschen Bundesbank. Die Struktur der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ist wesentlich geprägt durch täglich fällige Verbindlichkeiten, welche einen Anteil von 65,5 Prozent an den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausmachen.

Investitionen

Bei den Grundstücken und Gebäuden sind im Geschäftsjahr Zugänge in Höhe von 11,6 Mio. Euro erfolgt. Dabei betraf ein wesentlicher Teil der Investitionen Umbaumaßnahmen in verschiedenen Geschäftsstellen der Muttergesellschaft sowie Investitionen in ein Renditeobjekt in Bad Homburg vor der Höhe. Zudem wurden im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wesentlichen Investitionen für Büro- und EDV-Ausstattung durchgeführt.

Beratung und Service in modernen Geschäftsstellen vor Ort werden auch zukünftig fest zum Konzept der Mutterge-

sellschaft Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG als regional verwurzelte Genossenschaftsbank gehören. Dazu hat die Muttergesellschaft bis Ende 2025 umfangreich in die Modernisierung ihrer Geschäftsstellen investiert. Bis zum Ende des Jahres 2025 wurden 21 Geschäftsstellen bereits modernisiert und diese dem Kundengeschäft übergeben. Weitere Investitionen sind in Planung.

Das seit vielen Jahren sukzessiv erfolgreich umgesetzte zukunftsweisende Beratungs- und Servicekonzept entwickelt die Standorte zu omnikanalfähigen Beratungs- und Content-Hubs. Kundinnen und Kunden der Muttergesellschaft haben die Möglichkeit, digitale Services und persönliche Beratung flexibel und jederzeit zu kombinieren. Durch die innovativen kundenzentrischen Ansprache-Konzepte nutzen wir die Möglichkeit, unsere Privatkunden über die von ihnen präferierten Kanäle zielgenau anzusprechen und die Beratung – im Bedarfsfall – nahtlos auf andere Kanäle überzuleiten.

Liquidität

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Muttergesellschaft ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung.

Die Zahlungsbereitschaft der Muttergesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr stets gegeben. Die Liquiditätsanforderungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) hat der Konzern jederzeit eingehalten.

Aufgrund der Liquiditätsplanung und -steuerung breit gestreuter Kundeneinlagen, der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund und der unterhaltenen Bankguthaben geht der Konzern davon aus, dass auch in den kommenden drei Jahren jederzeit ausreichend Liquidität zur Verfügung steht.

c) Vermögenslage

Eigenkapital

Die Eigenkapitalstruktur des Konzerns ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder der Muttergesellschaft, erwirtschafteten Rücklagen sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Die von der Muttergesellschaft Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen. Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital.

Die Kapitalrendite (Konzern-Jahresüberschuss nach Steuern/Bilanzsumme) des Konzerns betrug im Geschäftsjahr 0,11 Prozent (Vorjahr 0,10 Prozent).

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	2.357.289	2.249.912	107.377	4,8
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	2.341.931	2.259.875	82.056	3,6
Harte Kernkapitalquote (in %)	17,1	18,7		
Kernkapitalquote (in %)	17,1	18,7		
Gesamtkapitalquote (in %)	18,5	20,1		

1) Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Die vorgegebenen Anforderungen der CRR und des KWG wurden im Geschäftsjahr 2025 jederzeit eingehalten.

Hinsichtlich der Gewinnverwendung sollen nach Beschluss von Vorstand und Aufsichtsrat der Muttergesellschaft, vorbehaltlich der Zustimmung der Vertreterversammlung, 7,0 Mio. Euro den Rücklagen zugeführt werden. Nach Abzug der Dividende in Höhe von sechs Prozent soll eine Zuführung zur Hinterbliebenen-Unterstützungskasse erfolgen. Zudem wurde vorab der darüberhinausgehende Betrag des Gewinns zur kontinuierlichen Stärkung des Eigenkapitals dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugewiesen. Nach der Planungsrechnung ist von einer Einhaltung der Kapitalquoten bei dem erwarteten Geschäftsvolumenzuwachs und den voraussichtlichen Geschäftsguthaben sowie durch die geplanten Rücklagenzuführungen auch in den kommenden drei Geschäftsjahren auszugehen.

Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen des Konzerns setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapier- anlagen	Berichts- jahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	4.125.753	3.769.815	355.938	9,4
Liquiditätsreserve	124.974	580.623	-455.649	-78,5

Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 63,5 Prozent auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. ein Anteil von 36,5 Prozent auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6). Die gesamten Wertpapieranlagen teilen sich zu 97,1 Prozent bzw. 2,9 Prozent auf Anlagevermögen bzw.

Liquiditätsreserve auf. Die Struktur der Wertpapieranlagen hat sich nicht wesentlich verändert.

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere im Aktivposten 5 wurden zu 95,4 Prozent dem Anlagevermögen zugeordnet und zu 4,6 Prozent der Liquiditätsreserve. Bewertet wurden die Wertpapiere zu 64,1 Prozent nach dem gemilderten Niederstwertprinzip und zu 35,9 Prozent nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Der Wertpapierbestand im Aktivposten 5 setzt sich zu 90,1 Prozent aus festverzinslichen und zu 9,9 Prozent aus variabel verzinslichen Wertpapieren (jeweils ohne Berücksichtigung der Zinsabgrenzung) zusammen. Der Gesamtbestand inklusive Zinsabgrenzungen entfällt ausschließlich auf Anlagen im Investment-Grade-Segment. Davon entfallen 262,1 Mio. Euro auf öffentliche Emittenten, 2.163,8 Mio. Euro auf Kreditinstitute und 272,6 Mio. Euro auf Nichtbanken. Wesentliche Veränderungen in der Struktur sowie Bonitätseinstufung bei den Wertpapieranlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht ergeben. Im Wertpapierbestand befinden sich zur Beimischung auch strukturierte Finanzinstrumente in Form von Anleihen mit Schuldnerkündigungsrechten sowie Credit Linked Notes überwiegend der DZ BANK.

Der Aktivposten 6 beinhaltet in der Liquiditätsreserve zwei Immobilienfonds in Höhe von insgesamt 0,5 Mio. Euro. Die Wertpapiere des Anfang des Jahres noch der Liquiditätsreserve zugeordneten Spezialfonds DEVIF-509 wurden im Geschäftsjahr auf den Masterfonds übertragen. Vorab wurde ein Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus dem Spezialfonds DEVIF-509 in den Eigenbestand der Aktiva 5 übernommen sowie Anteilscheine des DEVIF-509 zurückgegeben. Weiterhin wurden im Geschäftsjahr zwei Infrastrukturfonds, drei Immobilienfonds und ein Rentenfonds aus dem Direktbestand der Muttergesellschaft in den Masterfonds eingebracht.

Im Dezember wurde die Ausschüttung aus dem Masterfonds in Höhe von 30,8 Mio. Euro direkt wieder in den Fonds investiert. Durch die Wiederanlage der Ausschüttung, die Verschmelzung mit dem Spezialfonds DEVIF-509 sowie die Einbringung weiterer Fonds erhöhte sich das Volumen des Masterfonds auf 1.551,2 Mio. Euro (Volumen im Vorjahr: 1.212,2 Mio. Euro) zum Geschäftsjahresende. Die einzelnen Segmente des Masterfonds verfolgen unterschiedliche Anlagestrategien, wobei der Schwerpunkt der Anlagen aufgrund der vorsichtigen Ausrichtung der Anlagepolitik auf verzinslichen Schuldverschreibungen von Emittenten mit guter Bonität (Investment-Grade) liegt.

5. GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage des Konzerns im Vergleich zur ursprünglichen Planung als gut. Das Wachstum des für den Konzern wichtigsten Geschäftsbereichs, dem Geschäft mit Kunden, setzte sich fort. Beim Kreditgeschäft wurde ein Kreditwachstum (+2,1 Prozent) verzeichnet, welches unter Berücksichtigung der rückläufigen Bestände an Schulscheindarlehen geringer als das geplante Kundenkreditwachstum ausfällt. Beim Einlagengeschäft konnte der Konzern einen Anstieg von 0,5 Prozent bei den Kundeneinlagen verzeichnen, das entgegen der ergebnisorientierten Planungsrechnung für das Geschäftsjahr geringer als geplant ausfällt.

Die Vermögenslage des Mutterunternehmens zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr übererfüllt wurden. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen gebildet. Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bestehen Pauschalwertberichtigungen bzw. Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BFA 7.

Die Finanzlage und die Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Aufgrund des um 10,3 Prozent gestiegenen Zinsüberschusses und des leicht verbesserten Provisionsüberschusses konnte bei moderat gestiegenen Verwaltungsaufwendungen ein Betriebsergebnis vor Bewertung moderat über dem Vorjahr und moderat über dem prognostizierten Wert erzielt werden. Sowohl der Zins- als auch der Provisionsüberschuss liegen leicht über den Planwerten. Das sonstige betriebliche Ergebnis übertrifft leicht den prognostizierten Wert. Die Verwaltungsaufwendungen liegen leicht über dem Planwert. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt erheblich über dem Vorjahr und rund 11,9 Prozent über dem prognostizierten Wert.

Das gegenüber dem Vorjahr um 11,6 Prozent verbesserte Betriebsergebnis vor Bewertung resultiert unter anderem aus dem Anstieg des Zins- und Provisionsüberschusses, der die höheren Verwaltungsaufwendungen überkompensierte.

D. Risiko- und Chancenbericht

RISIKOMANAGEMENTSYSTEM UND -PROZESS

Grundsätzliches

Das Risikomanagement des Konzerns basiert auf der von der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG vorgegebenen Risikostrategie und den implementierten Regularien, Prozessen, Methoden und Verfahren. Mit der Risikostrategie und den übergeordneten Vorgaben, wie dem Risikohandbuch, wurde ein umfassender Rahmen geschaffen, der die Bank und die in die Konzernbetrachtung einzubeziehenden Tochtergesellschaften umfasst. Die Geschäftsführungen der Tochtergesellschaften haben vollständigen Zugriff auf sämtliche relevante Regelungen und zeichnen für deren ordnungsgemäße Anwendung verantwortlich.

Strategische Ziele und Handlungsrahmen

Der Vorstand hat in seiner Geschäftsstrategie strategische Geschäftsfelder, wie zum Beispiel das Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden, das Einlagengeschäft, das Immobiliengeschäft oder den Bereich Eigenanlagen, definiert, die die Basis für die jährliche Festlegung der geschäftspolitischen Ziele und die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems des Konzerns bilden. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wir keine Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen erkennen. Hierzu trugen auch ausbleibende Strukturreformen in Deutschland, beispielsweise zum Abbau von Bürokratie oder hoher Energiepreise, und herausfordernde geopolitische Einflüsse wie die Zollpolitik der USA, bei. Sehr aufmerksam beobachten wir die Lage zur Entwicklung von Cyberrisiken in Zusammenarbeit mit der Atruvia AG. Insgesamt boten diese Einflüsse keinen Anlass, zusätzliche risikopolitische Spielräume zu öffnen und von unserer vorsichtigen Risikopolitik abzuweichen. Deshalb wurden die vergleichsweise hohen Anforderungen aus den Kreditvergabestandards, beispielsweise an die Besicherung von Krediten, beibehalten. Zudem haben wir unverändert hohe Bonitätsstandards bei Investitionen in Eigenanlagen unter Beachtung einer breiten Risikodiversifikation angelegt. Sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch im Bereich der Eigenanlagen begrenzen wir Risiken durch dezidierte Strukturlimitsysteme.

Anknüpfend an die vom Vorstand festgelegte Geschäftsstrategie wurden in der Risikostrategie die geschäftsstrategischen Vorgaben hinsichtlich der Identifikation, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der damit verbundenen wesentlichen Risiken untermauert. Dabei wurden die Ergebnisse des Strategieprozesses und der jährlichen Risikoinventur sowie das Risikoprofil des Konzerns berücksichtigt. Als

wesentliche Risikoklassen wurden Kredit-/Adressenausfallrisiken (Kundenkredit-/und Eigengeschäft (inklusive Migrations-, Ausfall- und Spreadrisiken)), Beteiligungsrisiken, Marktpreisrisiken (Zins-, Aktien-, Fremdwährungs- und Commodityrisiken), Immobilienrisiken, Liquiditäts- und Refinanzierungskostenrisiken, operationelle Risiken und die strategischen sowie Geschäftsrisiken identifiziert.

Die Analyse und Bewertung von ESG- und insbesondere Klima- und Umweltrisiken erfolgt im Rahmen einer separaten ESG-Risikoinventur und, soweit möglich, bei der Bewertung der definierten Risikoklassen. Der Begriff „Nachhaltigkeitsrisiken“ im Sinne von ESG (Environmental, Social and Governance – Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) umfasst sowohl physische und transitorische Risiken, die als ESG-Risikotreiber auf die bestehenden Risikoklassen Wirkung entfalten können. Der Einbezug von ESG-Risiken auf strategischer Ebene, in der normativen und ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit, in den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen, in Stresstests, bei der Kreditvergabe sowie im Risikoberichtswesen wird abhängig vom Datenhaushalt laufend ausgebaut.

Ziel unserer Risikostrategie ist nicht die vollständige Vermeidung von Risiken, sondern das bewusste Eingehen von Risiken unter Wahrung eines angemessenen Chancen-Risiko-Profiles. Dieses kommt über unsere Geschäfts- und Mehrjahres- sowie die Kapitalplanung zum Ausdruck. Leitsätze zum Risikomanagement stellen in der Risikostrategie eine zentrale Grundlage für die Abwägung von Chancen und Risiken in den festgelegten Geschäftsfeldern dar. Sie bilden damit die Basis für ein bankintern einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement und unterstützen die Weiterentwicklung einer einheitlichen Risikokultur.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert, das auch vor dem Hintergrund der weiter zunehmenden Komplexität der Rahmenbedingungen und Märkte im Bankgeschäft unabdingbar ist. Das langjährig etablierte Risikocontrolling- und Managementsystem verfügt über entsprechende Instrumente, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können. Daneben werden unsere Entscheidungsträger durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden über Ergebnisvorschaurechnungen, Soll-Ist-Abgleiche und die Ermittlung von Kennzahlen die geschäftliche Entwicklung, die Realisierung gesetzter Ziele und die Einhaltung strategischer und bankaufsichtlicher Vorgaben mindestens vierteljährlich analysiert und überwacht. Dabei sind die Prozesse in den

Controlling-Bereichen sowie die eingesetzten Methoden und Verfahren einer mindestens jährlichen Überprüfung unterworfen. Alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem des Konzerns unterliegen der risikoorientierten Prüfung durch die Interne Revision. Diese handelt selbständig, prozessunabhängig und weisungsungebunden. Der Vorstand wird über Prüfungsergebnisse zeitnah durch schriftliche Prüfungsberichte informiert. Die Interne Revision überwacht zudem die Erledigung offener Prüfungsfeststellungen und gibt Empfehlungen ab.

Risikotragfähigkeit, Kapitalplanung, Stresstests

Der Konzern Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG stellt durch ihr Risikomanagement sicher, dass Risiken, die sich aus der Verfolgung geschäftsstrategischer Ziele ergeben, jederzeit und ohne negative Auswirkung auf die Fortführung des Geschäftsbetriebes getragen werden können.

Ziel des Risikomanagements unseres Konzerns ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit des Konzerns unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie.

Zur Bestimmung unserer Risikotragfähigkeit betrachten wir auf Basis der aufsichtlichen Vorgaben die normative und ökonomische Perspektive. Unsere zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen somit die Ziele der Fortführung des Konzerns (normative Perspektive) und den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten (ökonomische Perspektive).

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals wie die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Kapitalquoten bewirkt und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von drei Jahren

ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche negative Entwicklungen wie eine von der Zinserwartung abweichende Zinsentwicklung oder Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt. Dabei werden auch die Auswirkungen auf die Gesamt- und Kernkapitalquoten des Konzerns untersucht.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. In der ökonomischen Perspektive, die im Konzern barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu auf ökonomischer Basis ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Ausgangspunkt bei der barwertigen Ermittlung des Risikodeckungspotenzials ist der Barwert (Marktwert) der berücksichtigten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dabei werden auch außerbilanzielle Größen berücksichtigt.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses jährlich unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um mögliche künftige Wertschwankungen aufzufangen.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk-Modelle (VaR-Modelle) mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent und einem Risikobetrachtungshorizont von einem Jahr. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß nach dem 99,9 Prozent Quantil entspricht. Die Risikoaggregation erfolgt ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

In der normativen Perspektive wird das Ziel verfolgt, kurzfristig und in unserer mehrjährigen Geschäftsplanung die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen einzuhalten.

Dazu werden hochliquide Vermögenswerte den aufsichtsrechtlichen Nettomittelabflüssen gegenübergestellt. Für die Steuerung der normativen Liquiditätstragfähigkeit verwenden wir die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR). Die LCR zum 31. Dezember 2025 betrug 141 Prozent. Die aufsichtlichen und die im Rahmen unseres Risikomanagements festgelegten Mindestwerte wurden zu keinem Zeitpunkt unterschritten.

Zusätzlich wird die Net Stable Funding Ratio (NSFR) als normative Mindestgröße in der Konzernsteuerung berücksichtigt. Diese zeigt das Verhältnis von verfügbarer zu erforderlicher stabiler Refinanzierung auf. Die NSFR zum 31. Dezember 2025 betrug 119 Prozent. Die aufsichtlichen und die im Rahmen unseres Risikomanagements festgelegten Mindestwerte wurden zu keinem Zeitpunkt unterschritten.

Die Risikomanagementziele und -strategien werden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem, insbesondere im Risikoausschuss, erörtert. Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind der Geschäfts- und Risikostrategie des Konzerns sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk.

Die vom Konzern implementierte Risikotragfähigkeitssystematik umfasst alle auf Basis der jährlichen Risikoinventur ermittelten wesentlichen Risiken. Wesentliche Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik berücksichtigt und, soweit hinreichend möglich, limitiert. Unwesentliche Risiken, die nicht mit einem eigenen Limit gesteuert werden müssen, werden in ihrer Gesamtheit im Kontext der Risikotragfähigkeit bewertet.

Der Vorstand hat seine Risikopolitik auch im Geschäftsjahr 2025 auf die Eingrenzung möglicher Risiken ausgerichtet.

Zum 31. Dezember 2025 wurde im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik ein zur Risikoabdeckung dienendes Risikodeckungspotenzial (ökonomische Perspektive) in Höhe von 3.070,5 Mio. Euro berechnet.

Der Vorstand hatte für das Geschäftsjahr 2025 zunächst ein Gesamtrisikolimit in Höhe von 1.576,0 Mio. Euro festgesetzt. Nach Abschluss der Risikoinventur 2025 wurde das Gesamtbanklimit mit Wirkung zum 31. Dezember 2025 mit 1.738,0 Mio. Euro festgelegt. Per 31. Dezember 2025 betrug die Auslastung 77,9 Prozent. Das Gesamtrisikolimit wurde in die nachstehend dargestellten risikoklassenbezogenen Globallimite aufgeteilt. Die Globallimite wurden gegebenenfalls in weitere Sublimite unterteilt, um die Risikosteuerung,

orientiert an der Gesamtbankplanung, feiner ausrichten zu können.

Globallimit	Limithöhe Mio. EUR	Auslastung in Prozent
Kreditrisiko	432	81,2
Beteiligungsrisiko	140	83,6
Marktpreisrisiko	873	74,1
Immobilienrisiko	125	78,6
Refinanzierungskostenrisiko	98	79,5
Operationelle Risiken	40	90,1
Strategisches-/Geschäftsrisiko	30	89,8
Gesamtrisikolimit	1.738	77,9

Auf Basis der jährlich zu überprüfenden und fortzuschreibenden Mehrjahresplanung erstellt die Muttergesellschaft im Rahmen der normativen Perspektive eine Kapitalplanungsrechnung für einen Zeitraum von drei Jahren, bei der die maximalen Ausprägungen der Kapitalerhaltungs- und antizyklischen Puffer berücksichtigt werden. Die Ergebnisse aus dem Kapitalplanungsprozess werden auch zur Überprüfung der strategisch verankerten Mindest-Gesamtkapitalquote von 16,7 Prozent herangezogen.

Die aufsichtsrechtlichen Mindesteigenmittelanforderungen betragen inklusive Kapitalpuffer und einem SREP-Kapitalaufschlag von 2,25 Prozent für Zinsänderungsrisiken und weitere wesentliche Risiken 14,45 Prozent.

Die Kapitalplanungsrechnung für das Standard- bzw. Planungsszenario zeigte für den Planungszeitraum 2026-2028 keine Beeinträchtigungen. Die Einhaltung der aufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen (OCR) und der strategisch festgelegten Mindestkapitalquoten ist jederzeit gegeben. Anpassungen der internen Festlegungen waren nicht erforderlich.

Des Weiteren wurde unter Würdigung der Ergebnisse der Sonderprüfungsergebnisse zum ICAAP gemäß § 44 KWG das adverse Geschäftsentwicklungsszenario deutlich verschärft. Die Auswirkungen eines sehr schweren konjunkturellen Abschwungs wurden so intensiviert, dass die potenziellen negativen Geschäftsentwicklungen erhebliche Einschränkungen in der Erfüllung aufsichtlicher Mindestkapitalanforderungen nach sich ziehen würden. Insgesamt sehen wir zwar den unmittelbaren Eintritt eines solchen Szenarios als wenig wahrscheinlich an, dennoch bietet es uns wertvolle Erkenntnisse zur Überprüfung der implementierten Mechanismen und Kontrollen im Risikomanagement. Hieraus ergab sich kein Anpassungsbedarf.

Zusätzlich führt der Konzern mindestens vierteljährlich verschiedene risikoartenübergreifende und risikoartenspezi-

fische Stresstests in der ökonomischen Perspektive durch, die sowohl historische als auch hypothetische Elemente enthalten, um so die Auswirkungen extremer Geschäfts- und Marktentwicklungen auf die Risikotragfähigkeit zu analysieren. Dabei fließen unter anderem der über die in den Risikoszenarien enthaltene hinausgehende Ausfall von Wertpapieremittenten oder Zinsschocks ein. Gegebenenfalls werden auf Basis der Stresstestergebnisse präventive Maßnahmen, wie die Ausweitung risikodiversifizierender Anlagen, festgelegt. Im Geschäftsjahr 2025 war die Risikotragfähigkeit des Konzerns in keiner Weise beeinträchtigt.

Für 2026 ist auf Basis der Geschäfts- und Mehrjahresplanung ebenfalls von einer uneingeschränkten Risikotragfähigkeit auszugehen.

Berichtswesen

Der Vorstand wird vierteljährlich ausführlich mit dem Gesamtbankrisikobericht über die Risikosituation informiert. Zusätzlich erfolgt täglich ein Kurzreport über die Risikosituation im Handelsgeschäft. Über Einzelereignisse, die für die Risikobeurteilung als wichtig eingeschätzt werden, wird Ad-hoc informiert. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich über die Risikoentwicklung unterrichtet. Die finanziellen Leistungsindikatoren sind fester Bestandteil des Berichtswesens.

Methoden und Verfahren

Die technische Grundlage des Gesamtbanksteuerungssystems der Muttergesellschaft bildet das von der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken zur Verfügung gestellte System „VR-Control“. Neben der Risikomessung wird darüber auch die Erreichung von Plan- und Zielvorgaben ermittelt. Die Neu- oder Weiterentwicklung und Validierung von zentralen Risikomessverfahren erfolgt durch die parclT GmbH, Köln, einer Tochtergesellschaft der Atruvia AG, Frankfurt am Main, die diesbezüglich als Kompetenzzentrum im genossenschaftlichen Finanzverbund agiert. Risikomodelle werden durch die parclT GmbH bzw. Atruvia AG entweder in „VR-Control“ integriert oder über zusätzliche Tools zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Bedeutung der genutzten Modelle, Tools und Verfahren im Rahmen des Risikomanagements haben wir die Auslagerungen an die Atruvia AG und die parclT GmbH als wesentlich eingestuft.

Die Muttergesellschaft hat als Risikomaß für modellhaft berechnete Risiken den Value at Risk (VaR) mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent festgelegt. Sofern einzelne Risiken nicht durch die Nutzung von Verbundlösungen bewertet werden können, werden eigenentwickelte Verfahren

eingesetzt. Soweit ein VaR nicht sinnvoll berechnet werden kann, wird dafür Sorge getragen, dass Verfahren eingesetzt werden, mit denen eine vorsichtige Risikobewertung sichergestellt werden kann. Insgesamt wird dadurch gewährleistet, dass alle erkennbaren, im Zusammenhang mit der Realisierung der Geschäftsstrategie entstehenden Risiken bewertet und gesteuert werden können. Zudem wird sichergestellt, dass die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Normen in vollem Umfang erfüllt werden.

Die Jahresplanung wird aus der strategischen Eckwertplanung mit einem Planungshorizont von drei Jahren entwickelt. Unterjährig werden die einzelnen Marktaktivitäten durch Soll-Ist-Abgleiche analysiert und gesteuert. In Budget- und Investitionsplänen werden die betrieblichen Aufwendungen und Investitionen lückenlos erfasst. Deren Auslastung wird im Jahresverlauf mindestens vierteljährlich überprüft.

Die von der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG zur Ermittlung und Bewertung von Risiken eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die festgelegten Risikoparameter werden mindestens jährlich auf ihre Angemessenheit hin geprüft. Der Vorstand wird mindestens jährlich über die Ergebnisse sowie Möglichkeiten zur Fortentwicklung informiert.

Das Risikomanagementsystem des Konzerns beinhaltet auch Frühwarnindikatoren, deren Entwicklung vom Risikocontrolling und weiteren Fachabteilungen vierteljährlich analysiert und im Rahmen des Gesamtbankrisikoberichts dargestellt wird.

Die festgelegten Risikolimits, Parameter, Frühwarnindikatoren und Prozesse zur Messung, Steuerung, Analyse und Überwachung der maßgeblichen Risiken werden mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst. Damit trägt der Konzern Sorge, dass sich bietende Ertragspotenziale bei hinreichender Risikoabschirmung genutzt und zugleich die finanziellen Ressourcen geschont werden können.

Risikoklassen

Adressenausfallrisiken/Kreditrisiko

Das Kreditgeschäft der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG ist vor allem auf Finanzierungen von wohnwirtschaftlich genutzten Immobilien mit grundpfandrechtlicher Absicherung und die Versorgung mittelständischer Betriebe mit Betriebsmittel- und Investitionskrediten ausgerichtet. Als regional agierendes Kreditinstitut kann die Bank auf eine breit nach Branchen und Größenklassen diversifizierte Kundenstruktur sowie eine Kenntnis der lokalen Marktentwicklungen und damit verbundener Risiken zurückgreifen. Daneben investiert

die Muttergesellschaft im Rahmen ihres Eigenanlagegeschäfts in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen.

Hauptbestandteil des Adressenausfallrisikos ist das Kreditrisiko. Darunter wird ein möglicher Wertverlust aus Forderungen verstanden. Zu unterscheiden sind Kreditnehmer-, Emittenten- und Kontrahentenrisiken. Die Bandbreite der dabei betrachteten Risiken reicht von Bonitätsverschlechterungen der Geschäftspartner bis hin zum Ausfall und damit der Nichterfüllung von vertraglichen Verpflichtungen. Damit einher geht das Risiko von Wertschwankungen und Veränderungen der erzielbaren Verwertungserlöse bei den bestehenden Sicherheiten.

Unter Beachtung der strikten Trennung von Markt- und Marktfolgebereichen wird die Bonität der einzelnen Kreditnehmer oder Kreditnehmereinheiten beurteilt. Zudem werden die Sicherheiten und die transaktionsspezifischen Risiken wie Laufzeit, Währung oder Produkt bewertet. Grundlage für die Bonitätsbewertung sind die im Privatkunden- und Firmenkundengeschäft eingesetzten Rating- und Scoring-Verfahren, die von der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken entwickelt wurden, regelmäßig validiert werden und alle aufsichtsrechtlichen Normen erfüllen. Kreditengagements, die intensiver zu betreuen sind, werden ihrem Risiko entsprechend von spezialisierten Abteilungen begleitet.

Die engagementspezifischen Ausfallrisiken werden monatlich ermittelt und durch eine entsprechende Risikovorsorge abgesichert. Im Hinblick auf die im Vergleich zum Vorjahr unverändert schwierigen Markt- und Absatzbedingungen in der Immobilienbranche wurde das im Rahmen der Geschäftsplanung 2025 kalkulierte Risikobudget insbesondere zur Absicherung einzelner Kreditengagements in der Baubranche leicht überschritten. Dennoch sind die Struktur und die Qualität des Kreditportfolios im Hinblick auf den hohen Anteil an Krediten in Ratingklassen mit geringen bis sehr geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten und der weit überwiegend grundpfandrechtlichen Besicherung gut. Die Muttergesellschaft hat zudem zur Absicherung allgemeiner Portfoliorisiken Pauschalwertberichtigungen bzw. Pauschalrückstellungen auf Basis des IDW-Standards RS BFA 7 gebildet.

Um Risiken vorzubeugen, die sich aus der Konzentration auf bestimmte Branchen- und Größenklassen ergeben, werden portfoliobezogene Strukturziele festgelegt und über Strukturlimite gesteuert. Für die permanente Überwachung der qualitativen und quantitativen Entwicklung des Kreditportfolios stehen den verantwortlichen Entscheidungsträgern aus dem zentralen IT-System generierbare Standardauswertungen zur Verfügung. Im Bedarfsfall werden den zuständigen

Entscheidungsträgern Ad-hoc-Informationen zur Verfügung gestellt. Zudem werden Teilportfolios, beispielsweise zur Analyse von Branchenrisiken, oder das Gesamtportfolio zur Ermittlung des Value at Risk mit dem in „VR-Control“ integrierten Kreditportfoliomodell für das Kundenkreditgeschäft betrachtet und im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts dargestellt.

Kreditrisiken in Form von Migrations- und Ausfallrisiken spielen auch bei Eigenanlagegeschäften der Bank eine Rolle. Dem Kreditrisiko wird durch eine vorsichtige Auswahl der Kreditnehmer, Emittenten und Kontrahenten entgegengetreten. Unter Berücksichtigung der Bonität beziehungsweise aktueller Ratings werden emittentenbezogene Limite festgelegt. Neben den genannten Migrations- und Ausfallrisiken unterliegen unsere Eigengeschäfte, insbesondere die festverzinslichen Wertpapiere und Schuldscheindarlehen, einem Credit-Spread-Risiko. Im Credit-Spread-Risiko sind diejenigen Risiken aus dem Eigengeschäft erfasst, die sich allein aus allgemeinen Veränderungen der Marktsituation ergeben. Im Rahmen der Risikoüberwachung werden Bonitäts- und Ratingveränderungen sowie Frühwarnindikatoren wie insbesondere Spread-Entwicklungen bei einzelnen Emittenten beobachtet und für Steuerungsentscheidungen herangezogen. Zur Begrenzung von Credit-Spread-, Migrations- und Ausfallrisiken wurden Sublimite innerhalb des Globallimits für Kreditrisiken festgelegt.

Um Risikokonzentrationen zu vermeiden, wurde für die im Rahmen der Risikostrategie festgelegten Anlagekategorien (zum Beispiel Unternehmensanleihen, Senior-Preferred-/Non-Preferred-Anleihen von Kreditinstituten) ein Strukturlimitsystem implementiert. Zudem werden monatlich Teilportfolios, beispielsweise hinsichtlich Struktur-, Branchen- oder Länderrisiken, über ein Portfoliomanagementsystem analysiert. Zur Ermittlung des Value at Risk für die Direktanlagen wird das in „VR-Control“ integrierte Kreditportfoliomodell für Eigenanlagen genutzt. Für Kreditrisiken aus Fondsanlagen werden im Rahmen einer Auslagerungsvereinbarung fondsspezifische Risikokennzahlen der Union Investment verwendet. Die Kennzahlen werden durch die Union Investment validiert und einer jährlichen Angemessenheitsprüfung durch uns unterzogen. Die Ergebnisse der Risikoanalyse und -überwachung werden im Rahmen des vierteljährlichen Gesamtbankrisikoberichts dargestellt.

Insgesamt stufen wir die Kreditrisiken aus dem Kundenkredit- und Eigengeschäft aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Beteiligungsrisiken

Die Bank bewertet zudem Risiken aus Beteiligungen. Darunter wird das Risiko verstanden, dass die eingegangenen Beteiligungen zu potenziellen Verlusten führen können. Entsprechende Verluste können etwa durch Dividendenausfall, Abschreibungen, Veräußerungsverluste, Verminderung der stillen Reserven oder des bereitgestellten Eigenkapitals sowie aus Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen) oder aus Haftungsrisiken – beispielsweise in Form von Patronats-erklärungen – entstehen. Die im Anlagebuch abgebildeten Beteiligungen werden im Wesentlichen aus strategischen Erwägungen gehalten. Die Bonitätsentwicklung der Beteiligungen wird vierteljährlich überwacht. Beteiligungsrisiken werden zudem im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik über ein eigenes Verfahren auf Basis eines Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent berechnet und limitiert.

Insgesamt stufen wir die Beteiligungsrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 unseres Hauses können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Marktpreisrisiken

Das Marktrisiko beschreibt die Gefahr, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste entstehen können. Marktrisiken umfassen Zins-, Aktien-, Fremdwährungs- und Commodityrisiken.

Dementsprechend bestehen die wesentlichen Risikotreiber in der möglichen nachteiligen Veränderung von Zinsen, Aktien- oder Wechselkursen und Rohstoffpreisen sowie in Änderungen der Einflussgrößen zur Berechnung des Rückstellungsbedarfs für Pensionsverpflichtungen oder des Deckungsbetrages zur Erfüllung ausgelagerter Zusageverpflichtungen.

Im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie ist die Bank, insbesondere aufgrund bestehender Inkongruenzen zwischen ihren aktiven und passiven Festzinspositionen, dem allgemeinen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Dieser Sachverhalt wird bilanziell im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Zinsbuches berücksichtigt.

Die Analyse des Zinsrisikos zeigt, dass für die Bank vor allem das Zinskurvenrisiko relevant ist. Gemeint sind damit Risiken, die sich aus Veränderungen der Zinskurve in Folge von Marktbewegungen ergeben. Das Zinskurvenrisiko zeigt sich im Wesentlichen in Parallelverschiebungs- und Drehungs-

szenarien. Zinsvolatilitätsrisiken werden im Rahmen der Bewertung impliziter Optionen berücksichtigt. Die im Laufe des Jahres durchgeführte Angemessenheitsprüfung zeigt im Ergebnis, dass das Zinsbasisrisiko für die Bank nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Zinsrisiken werden monatlich sowohl auf GuV-Basis als auch barwertig, unter Verwendung von Modellen und Szenarien des genossenschaftlichen Finanzverbundes gemessen und im Rahmen regelmäßiger Sitzungen des Asset- und Liability Committees hinsichtlich ihrer Entwicklung, der Einhaltung von festgelegten Limiten und des potenziellen Steuerungsbedarfs betrachtet. Vierteljährlich erfolgt zudem die Durchführung weiterer Stresstests und eine ausführliche Kommentierung im Gesamtbankrisikobericht. Zusätzlich führt die Bank Sensitivitätsanalysen durch, in denen Zinskurveneffekte definiert und die Auswirkungen auf das Zinsergebnis simuliert werden.

Risiken aus Anlagen im Masterfonds und in Publikumsfonds werden den jeweiligen Risikoklassen zugeordnet und dementsprechend bei den Globallimiten im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Hierfür werden auch die von den Kapitalverwaltungs- und den Fondsgesellschaften für die Einzelrisiken zur Verfügung gestellten Value-at-Risk-Kennziffern berücksichtigt. Dabei ist sichergestellt, dass Methodenkonsistenz besteht und VaR-Kennziffern, die auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99,9 Prozent berechnet wurden, verwendet werden. Für die im Masterfonds bestehenden Anlagesegmente bestehen umfassende Anlagerichtlinien, in denen Anlagemöglichkeiten und risikobegrenzende Vorgaben festgelegt sind. Über eine Overlay-Steuerung werden zudem potenzielle Negativauswirkungen aus Risikoszenarien auf zu Jahresbeginn festgelegte Risikobudgets und Wertuntergrenzen betrachtet und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt. Des Weiteren werden Anlagechancen und -risiken in halbjährlich durchgeführten Anlageausschuss-sitzungen überprüft.

Die bei den Wertpapieren des Anlagevermögens noch bestehenden stillen Lasten konnten gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich auf rund 55 Mio. Euro reduziert werden. Mit Blick auf die primär zinsinduziert entstandenen stillen Lasten, die gute Bonitätsstruktur mit Investitionen überwiegend im Investment-Grade-Segment und die dauerhafte Anlageabsicht der Anlagen gehen wir auch für das Jahr 2026 von einer weiteren Wertaufholung aus.

Im Rahmen der barwertigen Betrachtung der Zins- und Fondsbücher werden Zinsänderungsrisiken mit der Ermittlung des Zinsbuchbarwertes auf Basis des Gesamtbank-Cashflows, in den auch Pensionsverpflichtungen einfließen,

überwacht. Darunter fällt auch die Berechnung der Auswirkungen aus aufsichtlich vorgegebenen Zinsentwicklungsszenarien (Standard Outlier Tests/SOT). In diesem Rahmen sind zum einen mögliche Wertverluste des wirtschaftlichen Eigenkapitals (SOT EVE) durch das am stärksten ausgeprägte Szenario zu berücksichtigen. Zum anderen sind die Auswirkungen auf die Nettozinserträge in Bezug auf das Kernkapital (SOT NII) darzustellen. Hierbei ist ein aufsichtlich determinierter Schwellenwert von -5,0 Prozent zu beachten. Das relevante Zinsszenario ist in beiden Fällen ein Zinsschock von +200 Basispunkten Ad-hoc. Per 31. Dezember 2025 beträgt der SOT EVE -16,82 Prozent und der SOT NII -3,35 Prozent. Des Weiteren wird vierteljährlich geprüft, ob ein eventueller Rückstellungsbedarf aus Drohverlusten im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Zinsbuches besteht.

Zum 31. Dezember 2025 übersteigen die Bewertungsreserven des Zinsbuches die Barwerte der Verwaltungs- und Risikokosten deutlich. Die berechnete Nettoreserve des Zinsbuches beträgt 543,1 Mio. Euro.

Risiken aus direkten Pensionsverpflichtungen, welche in Form von Pensionsrückstellungen bilanzielle Bedeutung haben, wurden weiter abgebaut und bestehen nur noch in geringem Umfang vor allem durch ungeplanten Rückstellungsbedarf aufgrund unerwarteter Veränderungen des Bewertungszinses sowie der versicherungsmathematischen Komponenten (insbesondere Langlebigkeitskomponente, Gehalts- und Rentenanpassungen). Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hat ihre Zusageverpflichtungen weitgehend an einen Pensionsfonds ausgelagert. Der Fonds wurde zur Erfüllung der künftigen Pensionsverpflichtungen mit Deckungskapital ausgestattet, das am Kapitalmarkt angelegt wurde. Hieraus können sich Nachschussrisiken aus Marktpreis-, Kredit-, Immobilienrisiken sowie versicherungsmathematischen Risiken ergeben. Die Entwicklung des zur Deckung der Zusageverpflichtungen erforderlichen Sicherungs- bzw. Mindestvermögens wird monatlich überwacht. Nachschusszahlungen waren nicht erforderlich.

Aktienkurs-, Fremdwährungsrisiken und Commodityrisiken bestehen vor allem bei Fondsanlagen im Rahmen der Eigenanlagen und werden durch Begrenzungen in den Anlage Richtlinien für den Masterfonds, Struktur limite und Sublimite im Rahmen der Risikotragfähigkeit gesteuert.

Die Bank als Muttergesellschaft des Konzerns agiert unverändert als Nichthandelsbuchinstitut gemäß Art. 94 CRR und tätigt nur ein sehr kleines Volumen an Handelsbuchgeschäften innerhalb der in der CRR definierten Grenzen. Mit den Handelsbuchlimiten werden die börsentäglich eingegange-

nen Marktpreisrisiken und die im Laufe des Geschäftsjahres eingetretenen Verluste begrenzt.

Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch bestehen zum Jahresresultimo nicht.

Insgesamt stufen wir die Marktpreisrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 des Konzerns können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Immobilienrisiken

Risiken, bezogen auf den Immobilienbestand des Konzerns, bestehen insbesondere in Form von Wertänderungs- und Ertragsrisiken.

Zur Steuerung des gesamten Immobilienrisikos wurde ein Limit im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik festgelegt. Maßgeblich für die Risikomessung sind Immobilien im Direktbestand sowie Immobilienfonds. Die Immobilienfonds werden weitgehend als Zielfonds im Masterfonds geführt. Zur Berechnung des Immobilienrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden ein von der parclT GmbH zur Verfügung gestelltes Risikomodell sowie Risikokennzahlen der Fondsgesellschaften verwendet. Die Risiken werden über einen VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent berechnet.

Im Laufe des Jahres wurden die Marktwerte der zur Ertragszielung bestehenden Immobilien überprüft. Zudem wurden Objekte mit Mischnutzung sowie eigengenutzte Immobilien neu gutachterlich bewertet und im Risikodeckungspotenzial der Bank berücksichtigt. Die Neuaufnahme führte aufgrund des Anstiegs des Risikodeckungspotenzials als Bemessungsgrundlage auch zu einem Anstieg der Immobilienrisiken. Negativ auf die Objektwerte haben die im Rahmen der Wertgutachten angepassten Liegenschaftszinsen ausgehend von den signifikanten Marktzinssteigerungen der letzten Jahre gewirkt. Das Immobilienportfolio wird vierteljährlich unter verschiedenen Risikoaspekten überprüft. Über die Ergebnisse wird dem Vorstand im Rahmen eines vierteljährlichen Immobilienberichts berichtet.

Insgesamt stufen wir die Immobilienrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 des Konzerns können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Liquiditäts- und Refinanzierungskostenrisiken

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich in der Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Refinanzierungskostenrisikos und des Marktliquiditätsrisikos auftreten. Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungskostenrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Die Refinanzierungsstruktur des Konzerns Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG ist im Hinblick auf die Kundenanzahl im Passivgeschäft, die Produktstruktur und den durchschnittlichen Anlagebetrag der Kunden breit diversifiziert und zeigt sich unverändert stabil. Im Rahmen ihrer Geschäfts- und Mehrjahresplanung erstellt die Bank eine Refinanzierungsplanung, in der die Entwicklung der Refinanzierungsstruktur und -mittel unter Beachtung der Geschäftsziele im Aktiv- und Passivbereich dargestellt wird. Die Bank geht mit einem Planungshorizont von drei Jahren von einer stabilen Refinanzierungsstruktur aus.

Die Liquiditätsrisiken werden auf der Grundlage von Liquiditätsablaufbilanzen und von kurz- und mittelfristigen Prognoserechnungen sowie unter Beachtung von Frühwarnindikatoren, z. B. intern festgelegte Mindest-LCR-Werte und Höchstgrenzen für große Einlagen, gesteuert. Zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs werden zusätzlich Vorscheurechnungen erstellt. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere zur Steuerung der LCR, werden täglich überwacht und wurden im Jahr 2025 jederzeit erfüllt. Mit Hilfe verschiedener Stresstests wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft unter verschärften Marktbedingungen analysiert.

Zusammenfassend war die Liquiditätssituation des Konzerns Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG im abgelaufenen Geschäftsjahr im Hinblick auf die jederzeitige Zahlungsfähigkeit, die Refinanzierungssituation und die jederzeit eingehaltenen LCR-Anforderungen konstant gut. Für das Geschäftsjahr 2026 geht der Konzern auf Basis der Liquiditätsplanung von einer unverändert guten Liquiditätssituation aus.

Das Refinanzierungskostenrisiko wird in der ökonomischen Perspektive vierteljährlich über eine Abzugsposition unter Verwendung stichtagsbezogener Refinanzierungsspreads bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt.

Darüber hinaus werden Risiken aus unerwarteten Spreadausweitungen überwacht. Zur Begrenzung von Abruftrisiken sind Strukturlimite insbesondere für die Höhe maximaler Kundeneinlagen implementiert.

Insgesamt stufen wir die Liquiditätsrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 des Konzerns können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Menschen und Systemen oder durch externe Einflüsse entstehen. Sie schließen auch Rechtsrisiken ein.

Zur Ermittlung potenzieller operationeller Risiken führt die Bank jährlich eine ausführliche Erhebung und Bewertung von möglichen Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten festzulegender Risikoszenerarien auf Basis der Basler Ereigniskategorien, zum Beispiel externer Betrug, durch. Dies umfasst auch bestehende Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen. In diesem Rahmen werden auch mögliche Reputationsrisiken untersucht. Um identifizierte Risiken zu begrenzen und einen reibungslosen und ordnungsgemäßen Geschäftsablauf sicherzustellen, wird laufend eine Vielzahl von Maßnahmen durchgeführt. Dazu gehören zum Beispiel die kontinuierliche Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Durchführung von Kontrollen bei den Ablaufprozessen, die regelmäßige Analyse von IT-Risiken, die Weiterentwicklung der technischen Systeme und das Business Continuity Management. Im Rahmen der Umsetzung der Anforderungen aus dem Digital Operational Resilience Act (DORA) wurden auch die Prozesse zum Management von IKT-Risiken weiterentwickelt, zum Beispiel zum Umgang mit schwerwiegenden IKT-Vorfällen.

Daneben hat die Bank jährliche Risikoanalysen gemäß MaComp, ein zentrales Beschwerdemanagement und ein zentrales Auslagerungsmanagement etabliert.

Die betrieblichen Abläufe sind durch Organisationsanweisungen geregelt, die regelmäßig von der Internen Revision geprüft werden.

Schadenspotenziale, die sich trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen ergeben, werden durch den Abschluss von Versicherungen, die auch eine Abdeckung von Schäden aus Cyberangriffen umfassen, abgedeckt, soweit dies möglich und wirtschaftlich

sinnvoll ist. Der Umfang des Versicherungsschutzes wird jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Eingetretene operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst und bewertet. Auf Basis der Ergebnisse von Schadensfallanalysen kommt es gegebenenfalls zur Anpassung interner Abläufe beziehungsweise zur Implementierung präventiver Schutzmaßnahmen.

Operationelle Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik limitiert. Der Risikowert wird auf Basis der vorgenannten Risikoszenarien über eine Monte-Carlo-Simulation im OpRisk-Modul innerhalb von „VR-Control“ als VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent berechnet.

Insgesamt stufen wir die operationellen Risiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 des Konzerns können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Strategisches-/Geschäftsrisiko

Obwohl die Frankfurter Volksbank Rhein/Main als Muttergesellschaft ihre Geschäftsstrategie für den Konzern durch ein umfassendes Controlling der darauf aufbauenden Geschäfts- und Mehrjahresplanung absichert, können Risiken aus unerwarteten exogenen Ereignissen, wie einer starken Veränderung der Wettbewerbsbedingungen, Markt- bzw. Finanzkrisen, geopolitischen Krisen, stark veränderten Kundenpräferenzen oder veränderten Geschäftsgrundlagen mit wesentlichen Dienstleistungspartnern, mit Auswirkungen auf die Ertragslage und Neugeschäftsentwicklung entstehen. Die Ermittlung des Geschäftsrisikos basiert auf verschiedenen Szenarien, für die insbesondere Ergebnismrückgänge, aber auch Kostensteigerungen simuliert werden. Die einzelnen Szenarien berücksichtigen dabei negative Veränderungen unter anderem im Zins- und Provisionsergebnis.

Vor diesem Hintergrund führt die Muttergesellschaft jährlich eine Erhebung und Bewertung relevanter Risikoszenarien durch. Diese Szenarien werden im Rahmen einer Monte-Carlo-Simulation zur Berechnung des Geschäftsrisikos als Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent herangezogen. Das Geschäftsrisiko wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik limitiert.

Insgesamt stufen wir das Strategische-/Geschäftsrisiko aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur 2025 des Konzerns können die Risiken mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage überschreiten.

Nachhaltigkeitsrisiken

Die Notwendigkeit für Banken, sich mit Nachhaltigkeit zu beschäftigen, ergibt sich aus politischen und regulatorischen Initiativen und auch aus gesellschaftlichen Entwicklungen, welche unter anderem auf die beobachtbaren Auswirkungen des Klimawandels zurückzuführen sind.

Nachhaltigkeitsrisiken sind Aspekte und Faktoren aus den Dimensionen Umwelt (E), Soziales (S) oder Unternehmensführung (G), deren Eintreten negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage sowie auf die Reputation eines Instituts haben können.

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG als Muttergesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Weiterentwicklungen im Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken im Rahmen des Konzernrisikomanagements vorgenommen. Dabei kooperieren wir primär mit den Partnern aus dem genossenschaftlichen Finanzverbund. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir unter anderem die ESG-Risikoinventur weiter ausgebaut und die Auswirkungen von Nachhaltigkeitsrisiken als durchschnittliches Risiko vorgenommen und dabei die Wirkung von ESG-Risikofaktoren anhand von Wirkungsketten auf die einzelnen Risikoklassen eingeschätzt.

Als Grundlage wurde hausintern die Verwendung von NGFS-Szenarien (Network for Greening the Financial System) als Basis für die längerfristige Betrachtung von ESG-Risiken festgelegt. Innerhalb der NGFS-Modelle wird eine Vielzahl an Variablen betrachtet. Es wird zwischen transitorischen, physischen und makroökonomischen Variablen unterschieden. Zudem haben wir das Risikoberichtswesen um die Bewertung von Nachhaltigkeitsrisiken und umweltbezogene Indikatoren erweitert.

Die Aktivitäten zu einer umfassenden Integration von Nachhaltigkeitsrisiken in das Risikomanagement werden im kommenden Jahr fortgesetzt. So erfolgt im Jahr 2026 eine Szenario- und Resilienzanalyse mit Fokus auf transitorische (CO₂-Preissteigerungen) und physische (Überschwemmung/Starkregen) Klimarisiken als Basis für den neu zu erstellenden risikobasierten Transitionsplan. Hierbei finden insbesondere die ESG-Informationen aus den jeweiligen Risikoklassen Eingang. Bei der weiteren Auseinandersetzung mit ESG-Risiken orientieren wir uns auch an den Fortschritten der parclT GmbH bei der Weiterentwicklung von Risikomodellen und -verfahren.

Zusammenfassung und Ausblick

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements im Konzern zur Ermittlung und Bewertung von Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven (ökonomisch und normativ) unter den von uns definierten und simulierten Risiko- bzw. Planszena-

rien gegeben. Die internen Simulationen kommen darüber hinaus zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt und die Eigenmittelanforderungen für die kommenden drei Jahre erfüllt werden. Die zusätzlich durchgeführten Stresstests ergaben keine bestandsgefährdenden Ergebnisse.

Die mit dem Geschäftsmodell des Konzerns verbundenen Risiken werden detailliert ermittelt, bewertet und entsprechend dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte angemessen gesteuert. Im Geschäftsjahr 2025 wurden die festgelegten Risikolimits insgesamt eingehalten. Auf Grundlage der Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit gegeben. Bestandsgefährdende Risiken sind für die kommenden drei Jahre nicht erkennbar. Zudem gehören wir der kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung an. Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken im Risikomanagement des Konzerns wird kontinuierlich und unter Berücksichtigung der Datenverfügbarkeit und Weiterentwicklung von Risikomodellen und -verfahren innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken vorangetrieben.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitssystematik wurden die Risiken auf Grundlage der Geschäfts- und Mehrjahresplanung 2026-2028 sowie unter Beachtung des Going-Concern-Prinzips kalkuliert. Für das Geschäftsjahr 2026 wurden Risikolimits festgelegt, die vom berechneten Risikodeckungspotenzial gedeckt sind. Vor diesem Hintergrund geht die Bank von einer unveränderten Risikotragfähigkeitssituation des Konzerns aus.

Die Risikoentwicklung im Geschäftsjahr 2026 könnte insbesondere durch eine fortgesetzte schwache Wirtschaftsentwicklung verbunden mit Unsicherheiten über die weiteren nationalen Konjunktur- sowie Wachstumsentwicklungen in vielen Sektoren sowie über die Entwicklung geopolitischer Spannungen geprägt sein. Insbesondere die Industrie sowie das verarbeitende Gewerbe und der Exportsektor sind weiterhin stark unter Druck. Konsum- und Investitionszurückhaltung wären die Folge. Ausgehend von den geopolitischen Unsicherheiten sind Konsequenzen beispielsweise durch Auswirkungen auf die Preis- und Zinsentwicklungen und den Kapitalmarkt denkbar. Unverändert sehen wir durch die hohe Dynamik an regulatorischen Neuerungen erhebliche Transformationsrisiken und damit verbundene Transformationskosten in Verbindung mit der Klimapolitik und Nachhaltigkeitsregulierung. Mit Blick auf die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sind vor diesem komplexen Hintergrund eine weiterhin herausfordernde Lage im Immobilienfinanzierungsgeschäft, insbesondere bei Bauträgern und Projektentwicklern, und negative Auswir-

kungen auf die Beschäftigungslage und eine steigende Zahl von Insolvenzen möglich.

Konsequenzen für die Ertrags-, Vermögens- und Liquiditätslage des Konzerns können sich in einer steigenden Risikovorsorge, nachlassender Nachfrage im Neugeschäft mit Krediten und Anlagen und einem verstärkten Abfluss von Einlagen zeigen. Bei unseren Eigenanlagen können sich Auswirkungen durch national und international agierende, kapitalmarktorientierte Unternehmen ergeben, die zu Wertminderungen durch eine Ausweitung von Credit-Spreads oder erhöhten Ausfallrisiken führen können. Vor diesem Hintergrund gilt der Fortführung unserer risikosensitiven Geschäftspolitik, der weiterhin engen Begleitung unserer Kunden und Mitglieder, den Entwicklungen an den Geld- und Kapitalmärkten sowie den Einflüssen der Entscheidungen bedeutender internationaler Notenbanken wie der EZB oder der Fed unsere höchste Aufmerksamkeit.

Die Risikotragfähigkeit sowie die Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis sehen wir angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation des Konzerns innerhalb unseres Planungshorizontes als gegeben und angemessen an.

Seit dem 28. Februar 2026 findet eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und dem Staat Israel einerseits und der Islamischen Republik Iran (Iran) andererseits statt (im Folgenden auch: „USA-Iran-Konflikt“). Davon betroffen sind auch US-amerikanische Militärstützpunkte in anderen Ländern der Region. Aussagen zur zeitlichen Erstreckung des Konflikts sind gegenwärtig nicht möglich. Die kriegerische Auseinandersetzung erhöht auch den Druck auf Lieferketten sowie Energiekosten und führt zu Reaktionen auf den Wirtschafts- und Kapitalmärkten.

Aktuell beobachten und analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch den USA-Iran-Konflikt. Die Kursentwicklungen an den Finanzmärkten und daraus mögliche Auswirkungen auf die Eigenanlagen einschließlich unseres Spezialfonds werden ebenfalls von uns detailliert analysiert. Die weitere Entwicklung ist dabei aktuell noch ungewiss. Negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank erwarten wir zum aktuellen Zeitpunkt jedoch in überschaubarem Umfang.

Chancen

Im Hinblick auf die unverändert hohe Nachfrage nach Wohnraum im Geschäftsgebiet könnte sich im Zusammenhang mit einer Stabilisierung der Zinsentwicklung sowie einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Wachstum im Kreditgeschäft für Projektfinanzierungen und private Baufinanzierungen ergeben. Ebenso sehen wir einen langfris-

tigen Bedarf an werterhaltenden energetischen Sanierungen von älteren Immobilien.

Die strategische Weiterentwicklung des Konzerns erfolgt zukünftig in verschiedenen Handlungsfeldern, die neben dem Vertrieb und der Prozess- und Organisationsentwicklung auch das Personalmanagement und die Arbeitswelt der Zukunft betreffen. Daraus könnten sich weitere Vertriebspotenziale und eine langfristige Optimierung der Betriebsaufwendungen entwickeln. Zudem dienen die strategischen Projekte der fortlaufenden Verbesserung der Attraktivität als Arbeitgeber, um auch zukünftig vielversprechende Talente für den Konzern zu gewinnen.

Insbesondere unsere strategischen Wettbewerbsvorteile wie regionale Nähe, Expertise bezüglich der regionalen Märkte sowie die Kenntnis der Strukturen und Bedürfnisse der mittelständischen Kunden, werden genutzt. Dies könnte sich, nicht zuletzt durch unsere omnikanalfähige Beratung, positiv auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragskraft unseres Konzerns auswirken.

Wir bieten ein vielfach ausgezeichnetes Beratungsangebot in der Vermögensverwaltung und im Wertpapiergeschäft sowie im Vermittlungsgeschäft in Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern. Auf dieser Grundlage bestehen gute Chancen, die Geschäftsverbindungen mit unseren Kunden und Mitgliedern zu intensivieren, neue Kunden zu gewinnen und Zins- und Provisionserträge, die die wesentliche Ertragsbasis des Konzerns darstellen, auf hohem Niveau zu halten oder auszubauen. Die geplante und in Umsetzung befindliche Entwicklung von Immobilien im Bestand des Konzerns wird zudem als Gelegenheit zur weiteren Ertragsdiversifikation genutzt.

E. Prognosebericht

Der Prognosezeitraum bezieht sich auf das Jahr 2026. Wir weisen darauf hin, dass die zugrunde liegenden Prognosen auf Einschätzungen vor Eintritt des USA-Iran-Konflikts beruhen. Wir analysieren laufend mögliche Auswirkungen auf die Bank und werden die Prognosen anpassen, soweit dies erforderlich ist.

Für das Jahr 2026 zeichnet sich nach mehreren Jahren der Stagnation eine Belebung der Konjunktur in Deutschland ab. Wichtige Impulse werden dabei von den fiskalpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung ausgehen. Das Wachstum wird vor dem Hintergrund struktureller Probleme im Inland wie der demografischen Entwicklung und abnehmender Wettbewerbsfähigkeit sowie der Belastungen durch die

Handelspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika laut Prognose der Bundesbank wohl nur gemäßigt ausfallen.

Die Prognose ist darüber hinaus von hoher Unsicherheit geprägt, wobei die Abwärtsrisiken für die konjunkturelle Entwicklung dominieren. So könnte eine weitere Verschärfung der globalen Handelskonflikte oder eine Zuspitzung geopolitischer Krisen zu einer weiteren Schwächung der Exportindustrie, steigenden Energiepreisen oder Störungen in den Lieferketten führen.

Die Weltwirtschaft dürfte 2026 in etwas schwächerem Tempo expandieren, da die seitens der US-Administration mit zahlreichen Handelspartnern vereinbarten Zölle nachhaltig deutlich erhöht sind und den Welthandel entsprechend belasten werden. Für die Vereinigten Staaten erwarten wir aufgrund weiter steigender Investitionen, insbesondere in die Künstliche Intelligenz, und des noch immer robusten Arbeitsmarkts eine Fortsetzung des Wachstumstrends. Für die Länder der Europäischen Gemeinschaft wird ein Wachstum über dem in der Bundesrepublik erwartet.

In Deutschland werden im Verlauf des Jahres 2026 von den beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung in den Bereichen Verteidigung und Infrastruktur zunehmend wachstumsfördernde Impulse ausgehen. Das tatsächliche Ausmaß dürfte vor allem davon abhängen, wann die Ausgaben getätigt werden und in welchem Umfang zusätzliche Investitionen in der Wirtschaft hierdurch angeregt werden. Insbesondere die Bauinvestitionen werden von steigenden staatlichen Ausgaben in die Infrastruktur profitieren. Ein positiver Beitrag zum Wachstum dürfte vom privaten Verbrauch ausgehen, der von etwas höheren Real-einkommen und einer stabilen Arbeitsmarktlage gestützt werden dürfte. Zwar steigt die Beschäftigung trotz höheren Wachstums nicht weiter an, aufgrund eines sinkenden Arbeitsangebots infolge der demografischen Entwicklung geht die Arbeitslosigkeit aber wohl zurück. Höhere Einkommen, niedrigere Arbeitslosigkeit sowie ein hoher Bedarf an Wohnraum und Modernisierungen sprechen für steigende Wohnungsbauinvestitionen.

Die Exporte dürften im Jahresverlauf aufgrund des Wachstums im Welthandel und einer steigenden Auslandsnachfrage wieder etwas an Fahrt aufnehmen, sofern es nicht zu neuen Belastungen durch Handelskonflikte kommt. Per Saldo dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2026 wohl um rund ein Prozent wachsen, wobei die Bandbreite der Prognosen aufgrund der bestehenden Risiken vielfältig ausfällt. Die Inflationsrate dürfte auch 2026 dezent über 2 Prozent und damit nahe der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) verharren. Die EZB wird

ihren neutralen geldpolitischen Kurs wohl fortsetzen und die Leitzinsen auf im wesentlichen unveränderten Niveau belassen.

Auch für die Wirtschaftsregion Frankfurt Rhein/Main wird im Jahr 2026 eine wirtschaftliche Belebung erwartet. Die Impulse der beschlossenen Investitionspakete können die anhaltend schwachen Exportaussichten der Unternehmen wohl kompensieren. Risiken sehen die befragten Unternehmen insbesondere mit Blick auf die unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die Beschäftigung in der Region wird gemäß den Planungen ansteigen, was vor allem auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen ist. Steigende Arbeitskosten stellen neben dem Fachkräftemangel aus Sicht der Unternehmen inzwischen das größte Hindernis für steigende Beschäftigung dar. In der Industrie wird trotz verbesserter Auftragslage und Exporterwartungen ein weiterer Stellenabbau geplant. Die Erwartungen im Baugewerbe haben sich gegenüber dem Vorjahr zumindest leicht verbessert, bleiben aber noch relativ pessimistisch. Vergleichsweise günstig fallen die Erwartungen für den Dienstleistungssektor in der Rhein-Main Region aus, wobei insbesondere das Kredit- und Versicherungsgewerbe positiv abschneidet. Insgesamt rechnen die regionalen Wirtschaftskammern für das Jahr 2026 auch unter Berücksichtigung der beschlossenen Investitionspakete mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,9 Prozent.

In der Region Bayerischer Untermain bleibt die Stimmung in den Unternehmen verhalten. Nur 16,0 Prozent der von der IHK befragten Unternehmen erwartet, dass sich die Geschäftslage in den kommenden Monaten verbessern wird, während 23,0 Prozent eine Verschlechterung erwarten. Dabei sehen 75,0 Prozent der Unternehmen den Arbeits- und Fachkräftemangel als besondere Herausforderung für die Zukunft an.

Im folgenden Abschnitt verwenden wir qualifiziert komparative Prognosen, welche wir mit den Begrifflichkeiten „leicht“, „moderat“ und „erheblich“ bewerten. Unter einer leichten Veränderung verstehen wir eine relative Veränderung bis zu 5,0 Prozent gegenüber dem Vergleichswert. Eine moderate Veränderung definieren wir als eine relative Veränderung ab 5,0 Prozent und bis zu 15,0 Prozent. Unter einer erheblichen Veränderung verstehen wir eine relative Veränderung von mehr als 15,0 Prozent.

Bei der Planung des Geschäftsjahres 2026 geht der Konzern von einem Zinsniveau von rund 2,0 Prozent im kurzfristigen Bereich sowie von einem steigenden Zinsniveau bei den mittel- bis langfristigen Laufzeiten aus. Während im Kreditgeschäft mit einem Kundenkreditwachstum in Höhe von rund 3,3 Prozent geplant wird, strebt die Muttergesellschaft im Einlagen-

geschäft ein Wachstum von rund 2,8 Prozent der privaten Kundeneinlagen an. Unter Berücksichtigung der Erträge aus Beteiligungen und Eigenanlagen erwarten wir im Vergleich zu 2025 einen moderaten Zuwachs des Zinsüberschusses.

Beim Provisionsüberschuss besteht das Ziel, das Ergebnis aus dem Jahr 2025 leicht zu steigern, wobei Ertragssteigerungen durch verschiedene Vertriebsinitiativen erwartet werden. Insbesondere rechnet der Konzern mit höheren Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft. Durch die Ausweitung der Vermögensverwaltung und Wertpapierberatung sowie der Beratung in Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern erwartet der Konzern eine Steigerung der Provisionserträge. Angesichts der optimistischen Konjunkturprognose der Industrie- und Handelskammer für die Region Frankfurt/Rhein-Main und des umfassenden und digital stark ausgebauten Beratungsangebots für die Kunden sieht der Konzern gute Chancen, auch den Ertrag aus dem Vermittlungsgeschäft mit Verbundpartnern steigern zu können.

Der Konzern plant den Personalaufwand unter Einbezug der Tarifierhöhungen, Mitarbeiterfluktuation sowie der altersbedingten Renteneintritte leicht über dem Niveau des abgelaufenen Berichtsjahres. Hinsichtlich der anderen Verwaltungsaufwendungen wird ein Aufwand erheblich über dem Wert des Berichtsjahres geplant, der maßgeblich durch höhere Beiträge zur Sicherungseinrichtung des BVR und die Umsetzung der geplanten Projekte zur strategischen Weiterentwicklung des Konzerns beeinflusst wird. Die Abschreibungen auf Sachanlagen werden leicht unter dem Berichtsjahresniveau erwartet. Das Risiko, die geplanten Budgets für die Personal- und Sachaufwendungen erheblich zu überschreiten, sieht der Konzern aufgrund seiner monatlichen Kostenanalyse und seiner Kostendisziplin als unwahrscheinlich an.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung erwartet der Konzern unter Einbezug des sonstigen betrieblichen Ergebnisses leicht über dem Niveau des Jahres 2025. Der erwartete Anstieg beruht bei einem leicht steigenden Provisionsüberschuss vor allem auf einem moderat steigenden Zinsüberschuss, welchem moderat steigende Verwaltungsaufwendungen gegenüberstehen.

Aufgrund der vergleichsweise guten Bonität der Kreditkunden, des vergleichsweise hohen Anteils grundpfandrechtlich gesicherter Immobilienfinanzierungen und der großräumigen Streuung der Kredite über Branchen und Regionen im Geschäftsgebiet hinweg geht die Muttergesellschaft von keiner erhöhten Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft im Vergleich zum vorherigen Geschäftsjahr aus. Bei den Wertpapieranlagen erwartet die Muttergesellschaft aufgrund der Anlagen im Investment-Grade-Segment ebenfalls keinen bonitätsbedingten Abschreibungsbedarf.

Die Bewertungsergebnisse im Kredit- und Wertpapiergeschäft wurden für das Jahr 2026 jedoch aus Vorsichtsgründen rechnerisch unter Zugrundelegung erwarteter Kreditausfälle sowie im Wertpapiergeschäft auf der Basis von Erwartungswerten sowie der Zinsprognose ermittelt.

Insgesamt rechnet der Konzern dadurch mit einem gegenüber dem Jahr 2025 leicht niedrigeren Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Für das Jahr 2026 rechnet der Konzern zudem mit einer nahezu konstanten Gesamtkapitalquote, welche somit weiterhin die intern definierte Mindest-Gesamtkapitalquote von 16,7 Prozent und auch die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen übertreffen wird.

F. Nichtfinanzielle Berichterstattung

Den gesonderten nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2025 wird der Konzern zusammen mit dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 nach § 325 HGB im Unternehmensregister offenlegen. Eine nichtfinanzielle Erklärung ist daher nicht abzugeben.

Frankfurt am Main, 11. März 2026

Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Der Vorstand

Wunsch-Weber

Heilig	Heßler	Hilbert	Müller
Pakosch	Stallhofer	Winkel	

Konzernabschluss 2025

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVSEITE	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			81.122.203,24		76.315
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			150.408.482,76		157.162
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	150.408.482,76				(157.162)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	231.530.686,00	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1.666.302.339,01		1.659.896
b) andere Forderungen			640.431.525,51	2.306.733.864,52	703.149
4. Forderungen an Kunden				11.564.756.672,57	11.326.852
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	4.757.643.863,47				(4.508.676)
Kommunkalkredite	179.258.930,40				(176.440)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		262.074.957,40			270.031
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	261.132.656,03				(269.089)
bb) von anderen Emittenten		2.436.381.909,74	2.698.456.867,14		2.426.851
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.651.031.778,14				(1.593.286)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	2.698.456.867,14	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.552.269.617,60	1.653.555
6a. Handelsbestand				1.027.813,67	1.933
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			345.956.986,97		346.045
darunter: an Kreditinstituten	55.330.594,95				(55.313)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			11.522.247,24	357.479.234,21	11.545
darunter: bei Kreditgenossenschaften	11.224.580,00				(11.225)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
bei Wertpapierinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				12.560.814,82	12.569
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				12.798.533,63	17.716
darunter: Treuhandkredite	12.656.807,69				(0)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			3.292.947,22		1.826
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	3.292.947,22	5
12. Sachanlagen				488.091.925,79	497.268
13. Sonstige Vermögensgegenstände				51.866.554,37	50.291
14. Rechnungsabgrenzungsposten				1.665.700,73	1.715
Summe der Aktiva				19.282.531.232,27	19.214.724

PASSIVSEITE	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			7.281.822,08		8.351
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			962.919.357,90	970.201.179,98	1.037.129
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.645.527.436,27			1.821.410
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		60.590.640,39	1.706.118.076,66		114.092
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		10.223.124.774,97			9.713.266
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.649.083.067,97	13.872.207.842,94	15.578.325.919,60	3.859.312
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			190.967.083,04		218.216
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	190.967.083,04	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				12.798.533,63	17.716
darunter: Treuhandkredite	12.656.807,69				(17.560)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				36.483.615,21	36.767
6. Rechnungsabgrenzungsposten				7.666.059,94	7.056
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			88.160.353,00		87.499
b) Steuerrückstellungen			3.071.520,02		5.966
c) andere Rückstellungen			37.568.305,13	128.800.178,15	38.031
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				39.704.770,13	39.723
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				1.341.900.000,00	1.240.500
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	61.000,00				(61)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			173.819.963,64		179.065
b) Kapitalrücklage			479.591,78		480
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		341.625.789,91			338.126
cb) andere Ergebnisrücklagen		444.419.589,60	786.045.379,51		440.439
d) Konzernbilanzgewinn			15.338.957,66	975.683.892,59	11.580
Summe der Passiva				19.282.531.232,27	19.214.724
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		96.050.930,99			115.747
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	96.050.930,99		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		531.040.528,05	531.040.528,05		734.078
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		329.431.098,16			328.006
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		48.417.083,65	377.848.181,81		44.585
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	741,32				(9)
2. Zinsaufwendungen			123.958.752,73	253.889.429,08	149.793
darunter: erhaltene negative Zinsen	27.742,03				(31)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			35.104.544,82		37.001
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			10.513.221,84		11.258
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	45.617.766,66	407
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	150
5. Provisionserträge			140.852.812,51		134.583
6. Provisionsaufwendungen			10.507.090,50	130.345.722,01	9.782
7. Nettoertrag des Handelsbestands				13.220,16	151
8. Sonstige betriebliche Erträge				38.080.526,44	41.571
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		123.982.677,77			113.237
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		28.599.196,63	152.581.874,40		28.149
darunter: für Altersversorgung	5.816.544,88				(7.147)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			112.755.054,67	265.336.929,07	109.662
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				21.352.818,96	23.083
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				5.393.875,45	6.368
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			31.791.258,45		18.199
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	-31.791.258,45	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00		2.534
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			18.789.397,40	18.789.397,40	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. [gestrichen]				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				162.861.179,82	136.905
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		743
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(-743)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			38.309.271,41		39.033
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			1.342.146,08	39.651.417,49	3.277
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				101.400.000,00	74.500
25. Konzern-Jahresüberschuss				21.809.762,33	19.352
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				148.659,81	-18
				21.958.422,14	19.333
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
				21.958.422,14	19.333
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in andere Ergebnisrücklagen			6.619.464,48	6.619.464,48	7.754
29. Konzern-Bilanzgewinn				15.338.957,66	11.580

Konzernanhang

A. Allgemeine Angaben und Konsolidierungskreis

A.1 ALLGEMEINE ANGABEN

- Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG mit Sitz in Frankfurt am Main ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Genossenschaftsregisternummer 630 eingetragen.
- Der Konzernabschluss der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Konzernabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.
- Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses wurden zudem die Grundsätze ordnungsgemäßer Konzernrechnungslegung des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) beachtet, soweit sich daraus keine Einschränkungen gesetzlicher Wahlrechte ergaben.
- Der Konzernabschluss besteht aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzernanhang, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapital-spiegel des Konzerns. Darüber hinaus wurde nach § 315 HGB ein Konzernlagebericht aufgestellt.

A.2 KONSOLIDIERUNGSKREIS

■ Tochterunternehmen

Neben der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG als Mutterunternehmen umfasst der Konsolidierungskreis folgende Unternehmen:

Gesellschaft und Sitz		Anteil am Kapital
1.	GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main, Obertshausen	100 %
2.	Immobilien Gesellschaft mbH der Frankfurter Volksbank Rhein/Main, Obertshausen	100 %
3.	Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100 %
4.	Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG, Frankfurt am Main	100 %
5.	WG Immo GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100 %

Auf die vorgenannten fünf Unternehmen übt die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG einen unmittelbaren beherrschenden Einfluss gem. § 290 Abs. 2 Nr. 1 HGB aus. Sie sind wie im Vorjahr im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen.

Der Konsolidierungskreis wurde im Geschäftsjahr 2025 aufgrund der rückwirkenden Verschmelzung der LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH und der Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg auf die GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main zum 1. Januar 2025 verändert. Die LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH wurde im vorhergehenden Geschäftsjahr vollkonsolidiert in den Konzernabschluss einbezogen, die Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg wurde im Wege der Anschaffungskostenmethode in den Konzernabschluss einbezogen. Die Vergleichbarkeit des Konzernabschlusses zum Vorjahr wird dadurch aufgrund der maßgeblichen Bedeutung der Bank für den Konzern nur unwesentlich beeinflusst.

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG ist Alleingesellschafter der GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main und der Immobilien Gesellschaft mbH der Frankfurter Volksbank Rhein/Main.

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hält sämtliche Gesellschaftsanteile der FVB Verwaltungsgesellschaft mbH.

Die FVB Verwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG. Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hält 100 % der Kommanditanteile der Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG.

Die FVB Verwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG. Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hält 100 % der Kommanditanteile der Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG.

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hält sämtliche Gesellschaftsanteile der WG Immo Verwaltungs-GmbH.

Die WG Immo Verwaltungs-GmbH ist Komplementärin der WG Immo GmbH & Co. KG. Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hält 100 % der Kommanditanteile der WG Immo GmbH & Co. KG.

Weiterhin übt die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG auf die nachfolgenden Unternehmen einen unmittelbaren bzw. mittelbaren beherrschenden Einfluss gem. § 290 Abs. 1 HGB sowie § 290 Abs. 2 Nr. 1 HGB i.V.m. § 290 Abs. 3 HGB aus. Sie sind im Wege der Anschaffungskostenmethode in den Konzernabschluss einbezogen.

Gesellschaft und Sitz		Anteil am Kapital
1.	FVB Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100 %
2.	WG Immo Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	100 %
3.	FVBI S.A., Luxemburg	100 %
4.	Marktstraße Rüsselsheim GmbH & Co. Vermögensverwaltungs-KG, Rüsselsheim	100 %
5.	VOBA-IMMOBILIEN GmbH, Rüsselsheim	100 %
6.	IC Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Rüsselsheim (mittelbare Beteiligung über Tochterunternehmen zu 5.)	100 %
7.	Raiffeisen-Immobilien Aschaffenburg II GmbH & Co. KG, Aschaffenburg	100 %
8.	Raiffeisen-Wohnbau Aschaffenburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg	100 %
9.	REVO Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Schlangenbad-Georgenborn (mittelbare Beteiligung über Tochterunternehmen zu 5.)	50 %

Auf die Einbeziehung der genannten neun Tochterunternehmen im Rahmen der Vollkonsolidierung wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet. Sie sind einzeln und zusammen für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Zur Bestimmung der Einbeziehung eines Tochterunternehmens im Rahmen der Vollkonsolidierung haben wir zum einen quantitative Entscheidungskriterien festgelegt. Anhand von Bezugsgrößen der nicht einbezogenen Tochtergesellschaften (Bilanzsumme, Provisionserträge und Betriebsergebnis nach Bewertung (Summe GuV-Posten 1 bis 16)) wurde geprüft, ob diese in Summe den von uns definierten Grenzwert der Konzernbezugsgröße überschreiten. Daneben wurden – auch wenn die vorgenannten quantitativen Grenzen nicht erreicht wurden – auch qualitative Kriterien zur Bestimmung einer Einbeziehung berücksichtigt.

Auf die Einbeziehung im Rahmen der Equity-Methode der zuvor genannten neun Tochterunternehmen wurde gemäß § 311 Abs. 2 HGB verzichtet, weil ihre Einbeziehung die Bilanzsumme des Konzerns sowie den Konzernjahresüberschuss um weniger als den von uns definierten Grenzwert verändern würde.

Zum 31. Dezember 2025 übt die Bank mittelbaren beherrschenden Einfluss auf die IC Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Rüsselsheim, und die REVO Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Schlangenbad-Georgenborn aus. Alleingesellschafterin ist die VOBA-IMMOBILIEN GmbH, Rüsselsheim, an der die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG mit 100 % der Gesellschaftsanteile unmittelbar beteiligt ist.

■ Gemeinschaftsunternehmen

Die Bank hält 50 % der Stimmrechte an der Voba Immobilien Service GmbH, Griesheim. Die Gesellschafter der Voba Immobilien Service GmbH treffen die wesentlichen Entscheidungen einstimmig (gemeinsame Führung). Die gesetzlichen Tatbestände des § 310 HGB sind erfüllt, so dass die Voba Immobilien Service GmbH als Gemeinschaftsunternehmen zu klassifizieren ist. Auf die Anwendung der Quotenkonsolidierung haben wir gemäß § 310 Abs. 1 HGB verzichtet. Auf die Einbeziehung im Rahmen der Equity-Methode wurde gemäß § 311 Abs. 2 HGB verzichtet. Für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, weil ihre Einbeziehung die Bilanzsumme des Konzerns sowie den Konzernjahresüberschuss um weniger als den von uns definierten Grenzwert verändern würde.

■ Assoziierte Unternehmen

Assoziierte Unternehmen i.S.v. § 311 Abs. 1 HGB bestehen zum 31. Dezember 2025 nicht.

B. Erläuterungen zu den Konsolidierungs-, Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

B.1 KONSOLIDIERUNGSMETHODEN

- Die Kapitalkonsolidierung der im Abschnitt „Konsolidierungskreis“ genannten vollkonsolidierten Tochterunternehmen erfolgte nach der Neubewertungsmethode gemäß § 301 Abs. 1 HGB.

- Stichtag der Kapitalkonsolidierung (Erstkonsolidierung) ist nach § 301 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Satz 5 HGB für die folgenden Tochterunternehmen der Zeitpunkt der Gründung der Tochterunternehmen (Zeitpunkt, an dem der beherrschende Einfluss gem. § 290 Abs. 2 Nr. 1 HGB entstanden ist):

1. GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main, Obertshausen
2. Immobilien Gesellschaft mbH der Frankfurter Volksbank Rhein/Main, Obertshausen
3. Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main
4. WG Immo GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
5. Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG, Frankfurt am Main

Das jeweilige Mutter-/Tochterverhältnis ist durch Bargründung vor dem Jahr 2021 entstanden, so dass die Voraussetzungen des Wahlrechts nach § 301 Abs. 2 Satz 5 HGB vorliegen. Auf eine Neubewertung nach § 301 Abs. 1 HGB der Tochterunternehmen zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung haben wir verzichtet, da die Tochterunternehmen von dem Mutterunternehmen selbst bar gegründet wurden.

Aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem zu Zeitwerten bewerteten Vermögen der GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main, Obertshausen, ist infolge der Fusion mit der LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH und der Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg im Geschäftsjahr ein technischer aktiver Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 139 entstanden, der mit den Konzernergebnisrücklagen verrechnet wurde (analog DRS 23.113). In der Neubewertungsbilanz sind alle Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten vollständig und einzeln erfasst sowie mit dem Zeitwert zum maßgeblichen Erstkonsolidierungszeitpunkt bewertet worden. Rückstellungen wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.

Aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem zu Zeitwerten bewerteten Vermögen der Immobilien Gesellschaft mbH der Frankfurter Volksbank Rhein/Main, Obertshausen, ist ein technischer passiver Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 184 entstanden, der in die Konzernergebnisrücklagen eingestellt wurde (analog DRS 23.147a i.V.m. DRS 23.148). In der Neubewertungsbilanz sind alle Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten vollständig und einzeln erfasst sowie mit dem Zeitwert zum maßgeblichen Erstkonsolidierungszeitpunkt bewertet worden. Rückstellungen wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.

posten vollständig und einzeln erfasst sowie mit dem Zeitwert zum maßgeblichen Erstkonsolidierungszeitpunkt bewertet worden. Rückstellungen wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.

Aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem zu Zeitwerten bewerteten Vermögen der Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main, ist ein technischer aktiver Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 1.036 entstanden, der mit den Konzernergebnisrücklagen verrechnet wurde (analog DRS 23.113). In der Neubewertungsbilanz sind alle Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten vollständig und einzeln erfasst sowie mit dem Zeitwert zum maßgeblichen Erstkonsolidierungszeitpunkt bewertet worden. Rückstellungen wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.

Aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem zu Zeitwerten bewerteten Vermögen der WG Immo GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, ist ein technischer passiver Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 246 entstanden, der in die Konzernergebnisrücklagen eingestellt wurde (analog DRS 23.147a i.V.m. DRS 23.148). In der Neubewertungsbilanz sind alle Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten vollständig und einzeln erfasst sowie mit dem Zeitwert zum maßgeblichen Erstkonsolidierungszeitpunkt bewertet worden. Rückstellungen wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.

Aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem zu Zeitwerten bewerteten Vermögen der Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG, Frankfurt am Main, ist ein technischer aktiver Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 180 entstanden, der mit den Konzernergebnisrücklagen verrechnet wurde (analog DRS 23.113). In der Neubewertungsbilanz sind alle Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten vollständig und einzeln erfasst sowie mit dem Zeitwert zum maßgeblichen Erstkonsolidierungszeitpunkt bewertet worden. Rückstellungen wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen sowie Aufwendungen und Erträge wurden gemäß §§ 303, 305 HGB gegeneinander aufgerechnet.

B.2 ERLÄUTERUNGEN ZU DEN BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND UMRECHNUNGSMETHODEN

- Auf die Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wurden die für die Kreditinstitute geltenden Bilanzierungs-, Bewertungs- und Formvorschriften angewandt. Die aus den Jahresabschlüssen der in den Konzern einbezogenen Tochterunternehmen vollständig übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden sind einheitlich gemäß § 308 HGB bewertet. Die von der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG ausgeübten besonderen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte für Kreditinstitute wurden beibehalten. Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

■ Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt. Die Bewertung der Sorten erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag.

■ Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag und dem höheren Nennwert wurden – sofern Zinscharakter vorliegt – in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten bzw. Unterschiedsbeträge zwischen dem höheren Auszahlungsbetrag und dem Nennwert in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zinsanteilig aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen abgedeckt.

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen und Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BfA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen und der Pauschalrückstellungen erfolgte zum 31. Dezember 2025 für das Kundengeschäft in Höhe des erwarteten Verlustes über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien. Die Berechnung des erwarteten Verlustes erfolgte für alle unter der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ ausgewiesenen Geschäfte unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit sowie einer Verlustschätzung/Verlustquote bei Ausfall (LGD-Modell), die unter anderem Wiedergesundungen, Einbringung und Verwertungskosten beinhaltet. Der für zwölf Monate erwartete Verlust für Schulscheindarlehen und Forderungen an Kreditinstitute basiert auf einem barwertigen Risikomodell unter Berücksichtigung von Spread- und Migrationsrisiken. Die ermittelten Teilbeträge für die Pauschalwertberichtigung werden von den Aktivposten „Forderungen an Kreditinstitute“ und „Forderungen an Kunden“ abgesetzt. Für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher und widerruflicher Kreditzusagen) erfolgte die bilanzielle Erfassung in Form von Rückstellungen.

Zusätzlich bestehen zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

■ Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Die Wertpapiere im Anlagevermögen wurden grundsätzlich nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Anschaffungskosten über pari werden linear über die Restlaufzeit bis zum niedrigeren Einlösungskurs abgeschrieben. Einzelne Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Da die Wertpapiere im Girosammeldepot verwahrt werden, werden die Anschaffungskosten bei gleicher Wertpapiergattung nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs bestehen ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

■ Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag bestanden Wertpapierleihegeschäfte. Die geliehenen Wertpapiere werden bei der Ermittlung der Liquiditätskennzahl (LCR) der Bank berücksichtigt und aufgrund fehlenden Übergangs des wirtschaftlichen Eigentums nicht bilanziert. Die im Rahmen einer Wertpapierleihe übertragenen Wertpapiere sind weiterhin in dem Bilanzposten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen und entsprechend gekennzeichnet, da die aus den Wertpapieren resultierenden wesentlichen Chancen und Risiken bei der Bank verbleiben.

■ Finanzinstrumente des Handelsbestands

Finanzinstrumente des Handelsbestands wurden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines pauschalen Risikoabschlags bewertet. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Marktpreis.

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden nicht geändert.

■ Derivative Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente, die keine wesentlich erhöhten oder zusätzlichen (andersartigen) Risiken oder Chancen aufweisen, wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet. Eine einheitliche Bilanzierung und Bewertung erfolgte auch bei strukturierten Finanzinstrumenten, die nach dem strengen Niederstwertprinzip auf Basis einer Notierung auf einem aktiven Markt bewertet wurden, auch wenn sie durch das eingebettete Derivat neben dem Zinsrisiko und dem Bonitätsrisiko des Emittenten weiteren Risiken (Bonitätsrisiko eines Dritten) unterlagen.

Bei dem komplex strukturierten Produkt VR-Circle erfolgte die Aufspaltung und getrennte Bilanzierung der einzelnen Bestandteile.

■ Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs wurden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Zinsderivate, die zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) dienen, befanden sich keine im Bestand. Im Rahmen der verlustfreien Bewertung werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Dohrverlustrückstellung zu bilden.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2025 war keine Rückstellung zu bilden.

■ Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung wurden Abschreibungen vorgenommen.

■ Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte bei den Forderungen zu den Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert sowie bei den Wertpapieren zu den Jahresschlusskursen.

■ Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die geschätzte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich bei Bandbreiten an der kürzesten Nutzungsdauer bzw. an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, vorgenommen.

Bei Grundstücken und Gebäuden wurden außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderungen vorgenommen.

Die im Berichtsjahr angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter mit einem Netto-Einzelwert bis zu EUR 250 wurden in voller Höhe als andere Verwaltungskosten erfasst. Andere Anlagegüter hat der Konzern im Berichtsjahr handelsrechtlich aktiviert und zum Jahresende in voller Höhe abgeschrieben, sofern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut über EUR 250 bis zu EUR 800 betrugen.

■ Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip.

■ Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag und dem niedrigeren Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten bzw. dem höheren Ausgabebetrag von Forderungen wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Die Unterschiedsbeträge wurden planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeit verteilt.

■ Aktive latente Steuern

Latente Steuern wurden nicht bilanziert. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung auf Ebene des Mutterunternehmens errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Die aktiven latenten Steuern beruhen auf Differenzen zwischen handelsrechtlichem und steuerrechtlichem Wertansatz und ergaben sich im Wesentlichen aus den Bilanzposten Aktiva 4 „Forderungen an Kunden“ sowie Passiva 7 „Rückstellungen“.

Im Hinblick auf die stufenweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes aufgrund des Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland wurde aus Gründen der Vorsicht bei der Berechnung unterstellt, dass sich passive temporäre Differenzen, die zu einer künftigen Steuerbelastung führen, im Folgejahr (Steuersatz 30,15 % für Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer) und aktive temporäre Differenzen, die zu einer künftigen Steuerentlastung führen, im Zeitraum ab dem Jahr 2032 abbauen (Steuersatz 24,87 % für Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer).

Die Abweichungen zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei den vollkonsolidierten Tochterunternehmen sind von untergeordneter Bedeutung.

Latente Steuern gem. § 306 HGB aus Konsolidierungsmaßnahmen ergaben sich nicht.

■ Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag.

■ Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt, bzw. zu den Wertpapier-Jahresschlusskursen.

■ Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagiobeträge und Entgelte enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge wurden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

■ Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Die erstmalige Einbuchung erfolgt mit dem abgezinsten Betrag (Nettomethode).

Den verbliebenen Pensionsrückstellungen sowie den Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen und Altersteilzeit lagen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Heubeck Richttafeln 2018 G“ zugrunde. Verpflichtungen aus Pensionsanwartschaften sowie Vorruhestandsvereinbarungen und Altersteilzeitrückstellungen wurden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern wurden mit dem Barwert bilanziert.

In Verbindung mit der Auslagerung von Pensionsrückstellungen der ehemaligen Raiffeisen Volksbank Aschaffenburg eG auf einen Pensionsfonds ergab sich zum 31. Dezember 2025 noch eine Unterdeckung in Höhe von EUR 3.362.147, die in Ausübung des Passivierungswahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht angesetzt wurde. Die Unterdeckung hat sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 1.388.575 verringert. Die Verfahren und Parameter für die Berechnung des Fehlbetrags entsprechen denen der bilanziellen Pensionsrückstellungen.

Es wurden langfristige Lohn- und Gehaltstrends sowie bei den verbliebenen Pensionsrückstellungen zusätzlich eine Rentendynamik berücksichtigt. Die zugrunde gelegten Lohn- und Gehaltssteigerungen orientierten sich dabei an den tatsächlichen Tarifabschlüssen bzw. wenn diese nicht vorlagen, an langfristigen Schätzungen. Für Pensionsrückstellungen wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,50 % und bei den verbliebenen Pensionsrückstellungen eine Rentendynamik in Höhe von 2,20 % zugrunde gelegt.

Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewendete durchschnittliche Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren von 2,06 % (Vorjahr 1,90 %) sowie der für die Abzinsung der Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen sowie Altersteilzeit angewendete durchschnittliche Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren von 2,21 % (Vorjahr 1,97 %) wurden unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren festgelegt. Diese beruhen jeweils auf einem Rechnungszinsfuß gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV).

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren betrug EUR -2.288.840 (Vorjahr EUR -1.123.441).

Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen wurden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre in Höhe von 2,21 % abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Dies beinhaltet auch ausreichende Rückstellungen im Hinblick auf die Allgemeinverfügung der BaFin bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

■ Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden mit dem EZB-Referenzkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Für die Umrechnung noch nicht abgewickelter Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages zugrunde gelegt.

Die sich aus der Währungsumrechnung ergebenden Aufwendungen wurden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Soweit die Restlaufzeit der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände oder Verbindlichkeiten bis zu einem Jahr betrug oder die Anforderungen an eine besondere Deckung vorlagen, wurden Erträge aus der Währungsumrechnung in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt.

Als besonders gedeckt wurden gegenläufige Fremdwährungspositionen angesehen, soweit sie sich betragsmäßig und hinsichtlich ihrer Fristigkeit entsprechen.

Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung wurden in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Für die besonders gedeckten Geschäfte erfolgte ein Nettoausweis in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

■ Angaben zur Behandlung von negativen Zinsen

Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten wurden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung bei den betreffenden Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen in Abzug gebracht. Der Umfang negativer Zinsen bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen wird in Form von Darunter-Vermerken in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung angegeben.

■ Verwendung des Konzern-Jahresergebnisses

Der Konzernabschluss wurde nach teilweiser Verwendung des Konzern-Jahresergebnisses aufgestellt.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2025

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten zu Beginn des Geschäftsjahres	Veränderung Konsolidierungskreis	Zugänge (a) Zuschreibungen (b) Verschmelzung (c)	Umbuchungen (a) Abgänge (b)	Anschaffungs- / Herstellungskosten am Ende des Geschäftsjahres
			im Geschäftsjahr		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbstgeschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0	0	0 (a) 0 (b) 0 (c)	0 (a) 0 (b)	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnli- che Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.750.695	0	2.519.449 (a) 0 (b) 0 (c)	0 (a) 815.021 (b)	9.455.123
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0 (a) 0 (b) 0 (c)	0 (a) 0 (b)	0
d) geleistete Anzahlungen	4.950	0	0 (a) 0 (b) 0 (c)	0 (a) 4.950 (b)	0
Sachanlagen					
a) Grundstücke und Gebäude	652.197.718	0	11.574.534 (a) 0 (b) 0 (c)	136.741 (a) 6.923.044 (b)	656.985.949
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	76.970.274	0	3.812.385 (a) 0 (b) 3.143 (c)	0 (a) 3.891.256 (b)	76.894.546
Summe a	736.923.637	0	17.906.368 (a) 0 (b) 3.143 (c)	136.741 (a) 11.634.271 (b)	743.335.618

	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit						Buchwerte Bilanzstichtag
	Abschreibungen zu Beginn des Geschäftsjahres (gesamt)	Veränderung Konsolidierungskreis	Abschreibungen Geschäftsjahr (a) Zuschreibungen Geschäftsjahr (b)	Zugängen (a) Zuschreibungen (b) Verschmelzung (c)	Umbuchungen (a) Abgängen (b)	Abschreibungen am Ende des Geschäftsjahres (gesamt)	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte							
a) Selbstgeschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b) 0 (c)	0 (a) 0 (b)	0	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.924.545	0	1.047.113 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b) 0 (c)	0 (a) 809.482 (b)	6.162.176	3.292.947
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b) 0 (c)	0 (a) 0 (b)	0	0
d) geleistete Anzahlungen	0	0	4.950 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b) 0 (c)	0 (a) 4.950 (b)	0	0
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	174.932.666	0	14.044.366 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b) 0 (c)	118.013 (a) 2.734.893 (b)	186.360.152	470.625.798
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.967.349	0	6.256.389 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b) 3.140 (c)	0 (a) 3.798.461 (b)	59.428.417	17.466.128
Summe a	237.824.560	0	21.352.818 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b) 3.140 (c)	118.013 (a) 7.347.787 (b)	251.950.745	491.384.873

	Anschaffungskosten zu Beginn des Geschäftsjahres	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.776.369.123	326.913.434	4.103.282.557
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	363.423.454	-5.944.220	357.479.234
Anteile an verbundenen Unternehmen	17.718.815	-5.158.000	12.560.815
Sonstige Vermögensgegenstände	1.383.772	276.755	1.660.527
Summe b	4.158.895.164	316.087.969	4.474.983.133
Summe a und b	4.895.818.801		4.966.368.006

Aus der Verschmelzung der GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main mit der Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg wurde Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 3 zu Buchwerten übernommen. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften in Höhe von EUR 50 wurde ebenfalls zu Buchwerten übertragen. Aus der Verschmelzung der GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main mit der LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH erfolgt kein separater Ausweis, da sich die LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH im Vorjahr bereits im Konsolidierungskreis des Konzerns befand.

Die Veränderungen bei den Wertpapieren des Anlagevermögens resultierten hauptsächlich aus Wertpapierkäufen und Einlösungen fälliger Wertpapiere sowie Umwidmungen von Fonds aus der Liquiditätsreserve ins Anlagevermögen.

Die Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ besteht aus Forderungen, die wie Finanz-Anlagevermögen bewertet werden.

D. Erläuterungen zur Konzernbilanz

■ Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute (A 3) sind EUR 1.975.826.910 Forderungen an die genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Von den Forderungen an die genossenschaftliche Zentralbank dient ein Volumen von EUR 8.750.000 der Besicherung von Derivatepositionen.

■ Forderungen an Kunden

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind EUR 114.267.168 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bundesbank wurden Kundenforderungen (Schuldscheindarlehen) mit einem Gesamtbetrag von EUR 136.500.000 abgetreten.

■ Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Konzernbilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr EUR 631.147.613 fällig.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5) in Höhe von nominal EUR 303.000.000 wurden der Deutschen Bundesbank als Sicherheit verpfändet.

■ Aufgliederung der in den Bilanzposten A 5 bis A 6 enthaltenen Wertpapiere

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	davon:		nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
		börsennotiert	nicht börsennotiert	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.698.456.867	2.525.564.918	172.891.949	1.685.621.965
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	484.423	3.766	480.657	0

Im Wertpapierjournal sind die nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapiere des Anlagevermögens besonders gekennzeichnet.

Die nicht mit dem Niederstwert bewerteten Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB für marktpreisbezogene Wertveränderungen sind für die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5) unterblieben, da Störungen der Zins- und Tilgungsleistungen nach unserer derzeitigen Einschätzung nicht zu erwarten sind. Der Buchwert der betreffenden Wertpapiere beträgt EUR 1.675.815.553, der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf EUR 1.620.844.685.

■ Forderungen an verbundene Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	0	0	1.975.826.910	1.759.414.289
Forderungen an Kunden (A 4)	395	118	144.088	153.833
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	0	0	451.212.005	410.035.875

■ Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10 Prozent

Im Bilanzposten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (A 6) sind folgende Anteile mit Anteilsquoten von mehr als 10 % enthalten:

Anlageziel	Wert der Anteile (Zeitwert)	Differenz zum Buchwert (Reserve)	Erfolgte Ausschüttung für das Geschäftsjahr
	EUR	EUR	EUR
Langfristige Rendite- und Diversifikationsvorteile gegenüber einer direkten Wertpapieranlage unter Berücksichtigung der Portfolio-Strukturierung der Bank			
1. UIN-Fonds Nr. 723 (Renten/Aktien)	1.553.862.000	2.624.916	30.816.885

Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit bestehen nicht.

■ Handelsbestand

Der Bilanzposten „Handelsbestand“ (A 6a) gliedert sich wie folgt:

	Beizulegender Zeitwert	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	952.472	1.878.450
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	75.807	56.621
Zwischensumme	1.028.279	1.935.071
abzüglich Risikoabschlag	465	2.100
Gesamt	1.027.814	1.932.971

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen von nicht untergeordneter Bedeutung bestehen zum 31. Dezember 2025 wie folgt:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
a) DZ 1. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	11,60	2024	992.482	2024	30.716
b) GBK 1. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Kassel	10,28	2024	392.668	2024	11.680
c) GBK Holding GmbH & Co. KG, Kassel	7,72	2024	448.807	2024	15.996
d) DZ Holding GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	2,69	2024	998.773	2024	40.193
e) Beteiligungs-Aktiengesellschaft der bayerischen Volksbanken, Pöcking	1,23	2024	235.325	2024	10.246
f) DZ BANK AG, Frankfurt am Main	0,36	2024	10.735.000	2024	425.000
g) Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs-AG, Beilngries	2,23	2024	957.592	2024	-59.843
h) AAG Holding GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	7,27	2024	59.460	2024	1.287

Darüber hinaus bestehen weitere Beteiligungen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB, auf deren Angabe jedoch aufgrund der insgesamt untergeordneten Bedeutung verzichtet wurde (§ 313 Abs. 3 Satz 4 HGB).

Treuhandvermögen

Im Bilanzposten „Treuhandvermögen“ (A 9) sind im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehaltene Vermögensgegenstände ausgewiesen, die wie folgt aufzugliedern sind:

- Forderungen an Kunden EUR 12.656.808
- Wertpapiere EUR 141.726

Sachanlagen

Im Bilanzposten „Sachanlagen“ (A 12) sind Grundstücke und Bauten, die wir im Rahmen eigener Tätigkeit nutzen, in Höhe von EUR 102.556.271 und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 17.466.128 enthalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

In dem Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ (A 13) sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	31.12.2025
	EUR
Forderungen aus ausstehenden Provisionen	20.399.891
Ansprüche gegenüber der Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG	15.848.433

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (A 14) sind Unterschiedsbeträge zwischen dem Ausgabebetrag und dem höheren Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 358.523 (Vorjahr EUR 529.408) enthalten.

Soweit bei Kreditgewährungen der Nennbetrag der gewährten Kredite unter dem Auszahlungsbetrag lag, wurde der Unterschiedsbetrag in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (A 14) eingestellt. Der Unterschiedsbetrag belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 3.297 (Vorjahr EUR 41.535).

Nachrangige Vermögensgegenstände

In den folgenden Posten sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A 4	79.750		0
A 5	78.089.847		78.092.186
A 13	1.660.527		1.383.772

Fremdwährungsposten

In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 69.919.408 enthalten.

Restlaufzeitspiegel für Forderungen

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	128.779.434	344.071.764	112.000.000	51.500.000
Forderungen an Kunden (A 4)	522.850.759	698.533.968	2.620.783.554	7.603.289.282

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

■ Restlaufzeitspiegel für Verbindlichkeiten

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	264.234.976	45.511.484	148.240.840	503.115.391
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten (P 2a ab)	39.004	50.631.541	9.421.167	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2b bb)	1.893.591.065	1.493.743.887	237.899.682	3.994.989

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

■ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1) sind EUR 707.816.987 Verbindlichkeiten gegenüber der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

■ Begebene Schuldverschreibungen

Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr EUR 79.420.198 fällig.

■ Treuhandverbindlichkeiten

Im Bilanzposten „Treuhandverbindlichkeiten“ (P 4) sind im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehaltene Schulden ausgewiesen, die wie folgt aufzgliedern sind:

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten EUR 12.656.808
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden EUR 141.726

■ Sonstige Verbindlichkeiten

Im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ (P 5) ist folgender wesentlicher Einzelbetrag enthalten:

	31.12.2025
	EUR
Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt aus abzuführender Kapitalertragsteuer	8.912.221

■ Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 4.213.483 (Vorjahr EUR 3.820.854) enthalten.

■ Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten (P 9) in Höhe von EUR 897.709 an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen: Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR. Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten liegt zwischen zwei und acht Jahren. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit Zinssätzen von 1,25 % bis 3,30 % ausgestattet.

Es bestehen keine Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen.

■ Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	0	0	707.816.987	777.051.070
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	2.655.798	2.216.047	876.388	1.029.895
Verbriefte Verbindlichkeiten (P 3)	0	0	26.638.247	29.545.333

■ **Eigenkapital**

Die unter dem Passivposten „Gezeichnetes Kapital“ (P 12a) ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben			EUR
a) der verbleibenden Mitglieder			168.626.164
b) der ausscheidenden Mitglieder			5.144.275
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen			49.525
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	288.986	

Die Kapital- und Ergebnismrücklagen (P 12b) und c) im Konzern haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Kapitalrücklage	gesetzliche Rücklage	andere Ergebnismrücklagen
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2025	479.592	338.125.790	440.438.758
- aus Konzern-Bilanzgewinn des Vorjahres		3.500.000	4.119.465
- aus Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung			-138.633
Stand 31.12.2025	479.592	341.625.790	444.419.590

Die Kapitalrücklage im Konzern zum 31. Dezember 2025 in Höhe von EUR 479.592 setzt sich unter Berücksichtigung des Konsolidierungskreises ausschließlich aus der Kapitalrücklage der Bank zusammen. Die anderen Ergebnismrücklagen berücksichtigen die Unterschiedsbeträge aus der erstmaligen Kapitalkonsolidierung der vollkonsolidierten Tochterunternehmen. Der Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung berücksichtigt den technischen aktiven Unterschiedsbetrag aus der Fusion der GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main mit der LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH und der Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg.

■ **Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen**

Die in den Posten 1b) und 2c) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen unterliegen den für alle Kreditverhältnisse geltenden Risikoidentifizierungs- und -steuerungsverfahren, die eine rechtzeitige Erkennung der Risiken gewährleisten.

Akute und latente Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Zusätzlich wurden Pauschalrückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und offene Zusagen gebildet. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen überwiegend breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge für bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden.

Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden bzw. Referenzschuldner beurteilt. Die unter Posten 1b) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird. Bei den Kreditzusagen gehen wir dagegen von einer überwiegenden Inanspruchnahme aus.

■ **Durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesicherte Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten**

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögenswerte
	in EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	683.672.037
Posten außerhalb der Bilanz	
Verbindlichkeiten aus Derivaten	8.750.000

■ **Fremdwährungsposten**

In den Schulden einschließlich Eventualverbindlichkeiten sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 53.138.703 enthalten.

■ **Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente**

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte währungsbezogene Geschäfte in folgender Geschäftsart:

Geschäfte mit Währungsrisiko

- Devisentermingeschäfte (als Ausführungsgeschäfte für Kunden und zur Deckung von Währungsrisiken)
- Zins-/Währungs-Swaps (zur Deckung von Währungsrisiken)

In der nachfolgenden Tabelle sind die Derivatgeschäfte des Nichthandelsbestands, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt. Die beizulegenden Zeitwerte werden inklusive rechnerisch angefallener Zinsen angegeben („dirty prices“).

	Nominalbetrag Restlaufzeit				beizulegender Zeitwert	
in TEUR	<= 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe	negativ	positiv
Währungsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
- Devisentermingeschäfte	14.020	93	0	14.113	-70	183
- Zins-/Währungs-Swaps	6.889	1.509	0	8.398	-1.450	0

Darüber hinaus bestehen strukturierte Finanzinstrumente. Sie beinhalten neben dem Basisinstrument noch ein Kündigungsrecht des Schuldners, Bonitätsrisiken Dritter oder Zinsunter-/obergrenzen.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgte bei Zins-/Währungs-Swap-Vereinbarungen durch Diskontierung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme auf den Abschlussstichtag. Bei Devisentermingeschäften wurden die Marktpreise bzw. Wiedereindeckungsbeträge herangezogen.

E. Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

■ Zinserträge und Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften sind in den Zinserträgen (GuV 1) als Reduktion des Zinsertrags bzw. in den Zinsaufwendungen (GuV 2) aus Passivgeschäften als Reduktion des Zinsaufwands enthalten.

Die für das Geschäftsjahr ermittelten Auf- und Abzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch hat sich der Zinsüberschuss per Saldo um EUR -27.396 (Vorjahr EUR 2.322) verändert.

■ Provisionserträge

Die Provisionserträge (GuV 5) aus für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere für die Vermögensverwaltung und die Vermittlung von Wertpapieren, Bausparverträgen, Versicherungen und Krediten, nehmen in der Ertragsrechnung einen festen Bestandteil ein.

■ Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge (GuV 8) betreffen mit EUR 25.482.789 Miet- und Pachterträge, EUR 2.885.092 Erträge aus dem Verkauf von Sachanlagen, EUR 1.157.023 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und mit EUR 2.138.194 Erträge aus der Währungsumrechnung.

■ Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV 12) betreffen mit EUR 1.490.926 Aufwendungen für verschiedene Betriebsveranstaltungen, mit EUR 479.443 Aufwendungen aus Verpflegungszuschüssen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und EUR 2.254.053 Aufwendungen aus Renditeobjekten.

■ Außerordentliches Ergebnis

Aufwendungen aus der ratierlichen Ansammlung des Unterdeckungsbetrags zu den gemäß BilMoG neu bewerteten Pensionsrückstellungen fielen nicht mehr an (Vorjahr EUR 743.461).

■ Periodenfremde Erträge bzw. Aufwendungen

In den Posten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 9.064.556 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 3.638.736 enthalten.

Hiervon entfallen auf: lfd. Posten der GuV – Art	Betrag Aufwand EUR	Betrag Ertrag EUR
Sonstige betriebliche Erträge (GuV 8), Verkäufe Sachanlagevermögen	0	2.885.092
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV 23), Steuererstattungen Vorjahre	0	3.057.711
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV 23), Steuernachzahlungen Vorjahre	1.440.585	0

F. Sonstige Angaben

■ Vorstand und Aufsichtsrat

An die Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge gewährt in Höhe von EUR 4.241.977.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen EUR 1.005.356.

Die früheren Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene erhielten EUR 468.584.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen zum 31. Dezember 2025 Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 3.621.638.

Die Forderungen an und Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen betrugen für Mitglieder des Vorstands EUR 991.940 und für Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 29.933.014.

■ Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, betreffen in Höhe von insgesamt EUR 43.155.516 Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund).

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungs-pflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG hat eine Patronatserklärung gegenüber der Tochtergesellschaft GiF GmbH - Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main, Obertshausen, abgegeben. Darüber hinaus haftet die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG gesamtschuldnerisch für alle von der GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main, Obertshausen, eingegangenen Verbindlichkeiten.

Bei der Freizeitcenter Darmstadt GbR, Darmstadt, ist die Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG unbeschränkt haftende Gesellschafterin.

■ Personalstatistik

Die Zahl der 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	47	1
Sonstige kaufmännische Mitarbeiter	1.090	657
Gewerbliche Mitarbeiter	0	14
	1.137	672

Außerdem wurden durchschnittlich 58 Auszubildende beschäftigt.

■ Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

		Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang	2025	296.729	3.469.419
Zugang	2025	3.815	29.038
Abgang	2025	11.056	120.338
Ende	2025	289.488	3.378.119

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	EUR	4.273.535
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	50

■ Aufwendungen für den Abschlussprüfer

Das von dem Abschlussprüfer des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar schlüsselt sich in folgende Honorare auf:

	EUR
Abschlussprüfungsleistungen	1.163.777
davon AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	50.369
Andere Bestätigungsleistungen	155.705
davon AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	0
Steuerberatungsleistungen	96.584
davon AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	11.367
Sonstige Leistungen	60.631
davon AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	0

■ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes

Der Name und die Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes lauten:

Genoverband e.V.
Wilhelm-Haas-Platz
63263 Neu-Isenburg

■ Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Mitglieder des Vorstands, ausgeübter Beruf

Eva Wunsch-Weber (Vorsitzende)	Unternehmenssteuerung (Finanzen Bank und Konzern, Controlling), Grundsatzfragen/Nachhaltigkeit, Marketing/Kommunikation, Revision, Geldwäscheprävention/Compliance, Recht, Tochtergesellschaften
Claus Jäger (Co-Vorsitzender), bis 31. Dezember 2025	Unternehmenssteuerung (Risiko-Controlling), regionales Marketing und Kommunikation, Integration/Mitglieder
Ute Heilig	Personal (Personalkontoführung, Aus- und Weiterbildung), Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft), Wertpapierfachzentren
Wolfgang Heßler	Betrieb (Organisationsmanagement), Unternehmenssteuerung (Depot B, Auslandszahlungsverkehr), Qualitätssicherung Passiv, Kunden- und Filialbetreuung (ohne Kreditgeschäft), Datenschutz

Ulrich Hilbert	Betrieb (IT und Prozessentwicklung), Facility-Management, Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft), FinanzPunkte
Steven Müller	Vertrieb (vertriebliche Beratung/EBL und KundenDialogCenter), Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft), Tochtergesellschaften
Ralf Pakosch	Kredit, Vertrieb (Vertriebsmanagement), Kunden- und Filialbetreuung (ohne Kreditgeschäft), Tochtergesellschaften
Angelika Stallhofer	Digitales Kundenmanagement, Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft)
Sascha Winkel	Personal (Prozesse und Projekte, Personalmanagement, Personalservice, Training/Coaching), Handel/Treasury, Wertpapierfachzentren/Vermögensverwaltung, Kunden- und Filialbetreuung (inkl. Kreditgeschäft)

Mitglieder des Aufsichtsrates, ausgeübter Beruf

Dr. Hans-Georg Florig

Vorsitzender seit 29. April 2025,
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht,
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer,
Geschäftsführer der Florig Rechtsanwalts-
gesellschaft mbH und
Florig & Söhne GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Aschaffenburg

Peter Andreas Müller

Vorsitzender bis 29. April 2025,
danach stellvertretender Vorsitzender,
Rechtsanwalt und Notar, Partner der Knarr & Knopp
Milde Netuschil Zimmer Partnerschaftsgesellschaft mbB,
Frankfurt am Main

Dipl.-Kfm. Dr. h. c. Hans-Peter Biffar

Stellvertretender Vorsitzender,
Unternehmensberater (selbständig),
Schollbrunn

Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Reinhard,

Altbürgermeister
Stellvertretender Vorsitzender,
Kommunal- und Unternehmensberater (selbständig),
Niedernberg

Dr. jur. Winfried Rohloff

Stellvertretender Vorsitzender,
Rechtsanwalt und Notar,
Partner der Dr. Dienst-Rohloff
Dr. Rohloff Grün-Weil GbR,
Weilmünster

Hella Reußwig *

Schriftführerin,
Bankangestellte der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG,
Filialdirektorin

Dipl.-Kffr. Iris Abraham

Wirtschaftsprüferin, Vorstandsmitglied der Dohm Schmidt
Janka Revision und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Berlin

Sebastian Robert Allen *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Thorsten Bartsch *

Leiter der Ausbildungsgemeinschaft Frankfurter Volksbanken GbR

Dipl.-Kfm. Dr. Volker Breid

Geschäftsführer der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
und der Frankfurter Societät GmbH,
Frankfurt am Main

Serdar Daldaban *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Eva Maria Eder-Widmann

Geschäftsführerin der Eder & Heylands
Brauerei GmbH & Co. KG,
Großostheim

Benjamin Eibelshäuser *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Kai-Uwe Engel *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG,
Handlungsbevollmächtigter

Konrad R. Fleckenstein

Steuerberater, Geschäftsführer der Fleckenstein &
Kollegen Steuerberatungsgesellschaft mbH,
Niedernberg

Achim Franke *

Bankangestellter i.R. der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Dipl.-Betriebswirt (FH) Uwe Gotta

Steuerberater (selbständig),
Rüsselsheim

Michael Günther

Geschäftsführender Gesellschafter des Autohauses Günther & Schmitt GmbH,
Flörsheim am Main

Norbert Hartnagel *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Verena Sylvia Hesbacher

Steuerberaterin, Kern & Heß GbR Wirtschaftsprüfer/Steuerberater,
Aschaffenburg

Elke Kimpel

Unternehmerin,
Hainburg

Peter Knapp

Director General der Tillion DC SL,
Madrid, Spanien

Pia Koschara *

Bankangestellte der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Dipl.-Volkswirt und Dipl.-Kfm. Götz Müller

Inhaber der Anlagenbau Müller Kelkheim e.Kfm.,
Kelkheim (Taunus),
Geschäftsführender Gesellschafter der Peters Plastic GmbH,
Kelkheim (Taunus)

Thomas Nüchter *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Harald Osterhagen

Geschäftsführender Gesellschafter der OVS Vermögensverwaltung GmbH, Hofheim am Taunus

Christian Heinrich Ott *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Sabine Patzelt *

Bankangestellte der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Michael Pfeffer

Rechtsanwalt, Partner der Rechtsanwälte Bachmann, Hansen, Schuhmann u. Partner mbB, Aschaffenburg

Thomas Reichert

Geschäftsführer der Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten- und Partyservice Betriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Dipl.-Volkswirt Norbert Rink

Geschäftsführender Gesellschafter der IC NEO GmbH, Rödermark

Ralph Ritter

Technischer Betriebsleiter des Autohauses Robert Kunzmann GmbH & Co. KG (Angestellter), Alzenau

Tim Schlauersbach

Steuerberater, Geschäftsführer der Rhein Main SüdRevision GmbH und SR SüdRevision GmbH, Aschaffenburg

Oliver Sixel

Geschäftsführer und Gesellschafter der Sixel Garten- und Landschaftsbau GmbH & Co. KG, Rüsselsheim

Eduard Tomaszewski

Vereidigter Buchprüfer und Steuerberater, Schaafheim

Andreas Trendel *

Bankangestellter der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Andreas Wirz

Rechtsanwalt und Mediator (selbständig), Frankfurt am Main

Mario Wolfgang Wüst

Rechtsanwalt, Mitinhaber der Kanzlei Wüst & Becker GbR, Aschaffenburg

Patricia Prinzessin zu Erbach-Schönberg

Geschäftsführende Gesellschafterin der Auto Jacob GmbH, Rüsselsheim

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank gewählt

Angaben gemäß § 340a Abs. 4 HGB

Im Aufsichtsgremium der folgenden großen Kapitalgesellschaft nimmt ein Vorstandsmitglied unserer Bank ein Mandat wahr:

Name und Sitz	Anzahl der Mandate
TeamBank AG Nürnberg, Nürnberg	1

■ **Vorschlag für die Ergebnisverwendung des Mutterunternehmens**

Der Vorstand des Mutterunternehmens schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 17.390.297,85 – unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 148.659,81 (Bilanzgewinn von EUR 17.538.957,66) – wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende von 6,00 %	10.372.114,99
Zuführung in die Hinterbliebenen-Unterstützungskasse	2.500,00
Zuweisung zu den Ergebnisrücklagen	
a) Gesetzliche Rücklage	3.500.000,00
b) Andere Ergebnisrücklagen	3.500.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	164.342,67
	<u>17.538.957,66</u>

Kapitalflussrechnung zum 31.12.2025

			in TEUR
1.		Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	21.810
2.	+/-	Abschreibungen, Wertberichtigungen/Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	40.638
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-16.184
4.	+/-	Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	10.593
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-8.257
6.	-/+	Sonstige Anpassungen (Saldo)	-9.927
7.	-/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	54.090
8.	-/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-260.531
9.	-/+	Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	459.452
10.	-/+	Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	3.879
11.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-75.065
12.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	79.080
13.	+/-	Zunahme/Abnahme verbriefter Verbindlichkeiten	-26.787
14.	+/-	Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-5.327
15.	+/-	Zinsaufwendungen/Zinserträge	-299.507
16.	+/-	Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	0
17.	+/-	Ertragsteueraufwand/-ertrag	38.309
18.	+	Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	422.326
19.	-	Gezahlte Zinsen	-133.497
20.	+	Außerordentliche Einzahlungen	0
21.	-	Außerordentliche Auszahlungen	0
22.	-/+	Ertragsteuerzahlungen	-39.122
23.	=	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 22)	255.973
24.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	538.262
25.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-871.385
26.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	6.860
27.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-15.390
28.	+	Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0
29.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-2.519
30.	+	Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	0
31.	-	Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	0
32.	+/-	Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0
33.	+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0
34.	-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0
35.	=	Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 24 bis 34)	-344.173
36.	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	1.730
37.	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	0
38.	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-6.976
39.	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	0
40.	+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0
41.	-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0
42.	-	Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-10.570
43.	-	Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	0
44.	+/-	Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	101.469
45.	=	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 36 bis 44)	85.654
46.		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 23, 35, 45)	-2.547
47.	+/-	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
48.	+/-	Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	601
49.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	233.477
50.	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 46 bis 49)	231.531

Der Finanzmittelfonds setzt sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammen. Er entspricht somit dem Aktivposten 1.

Wesentliche zahlungsunwirksame Investitions- und Finanzierungsvorgänge und Geschäftsvorfälle betreffen die Zuweisung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von 7,5 Mio. EUR.

Verfügungsbeschränkungen bestehen zum Abschlussstichtag wie folgt: Verpfändete Wertpapiere im Nominalvolumen von 303,0 Mio. EUR, abgetretene Schuldscheindarlehen in Höhe von 136,5 Mio. EUR, abgetretene tägliche fällige Einlagen bei Banken zur Sicherstellung von Derivate-Transaktionen in Höhe von 8,75 Mio. EUR sowie abgetretene Kundenforderungen (Förderkredite) zur Absicherung eigener Verbindlichkeiten im Volumen von 570,1 Mio. EUR.

Die konsolidierungskreisbedingte Änderung des Finanzmittelfonds resultiert aus der Verschmelzung der Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs GmbH Aschaffenburg mit der GIF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main.

Eigenkapitalspiegel des Konzerns

	Eigenkapital des Konzerns								Nicht beherrschende Anteile			Konzern-eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Rücklagen					Konzernbilanzgewinn / -verlust	Summe	Nicht beherrschende Anteile vor Jahres-ergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallender Gewinn	Summe	Summe
		Kapital-rücklage	Gewinnrücklagen			Summe						
			gesetz-liche Rücklage	andere Ergebnis-rücklagen	Summe							
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Stand am 01.01.2025	179.065	480	338.126	440.439	778.565	779.044	11.580	969.689	0	0	0	969.689
Kapitalerhöhung/-herabsetzung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zeichnung von Geschäftsguthaben	1.730	0	0	0	0	0	0	1.730	0	0	0	1.730
Rückzahlung von Geschäftsguthaben	-6.976	0	0	0	0	0	0	-6.976	0	0	0	-6.976
Einstellung in-/Entnahme aus Rücklagen	0	0	3.500	4.119	7.619	7.619	-7.619	0	0	0	0	0
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	-10.570	-10.570	0	0	0	-10.570
Sonstige Veränderungen	0	0	0	-139	-139	-139	139	0	0	0	0	0
Änderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	0	0	21.810	21.810	0	0	0	21.810
Stand am 31.12.2025	173.820	480	341.626	444.420	786.045	786.525	15.339	975.684	0	0	0	975.684

Vom Konzerneigenkapital unterliegen die gesetzlichen Rücklagen gemäß der Satzung der Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG einer Ausschüttungssperre.

Frankfurt am Main, 11. März 2026
Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Der Vorstand

Wunsch-Weber

Heilig Heßler Hilbert Müller

Pakosch Stallhofer Winkel

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2025 werden vom Genoverband e.V. geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Offenlegung wird im Unternehmensregister erfolgen.

Group Management Report

Management report of Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG Group for the financial year 2025 (excerpt)

A. Group companies and main activities (fundamental information about the Group)

In addition to the Bank itself, the Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG Group comprised 14 directly and indirectly held subsidiaries as at the end of the financial year 2025. The Group's objective and strategy is to diversify earnings by exploring additional business areas, for example direct investments in real estate, as well as brokering real estate and loans with a view to enhancing the future viability of Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG.

The ownership structures and main activities of the companies included in the consolidated financial statements as fully consolidated companies are set out below:

Company	Equity interest	Main activities
GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle Finanzberatung Rhein/Main	100%	Intermediation of financial products
Immobilien Gesellschaft mbH der Frankfurter Volksbank Rhein/Main	100%	Intermediation of real estate
Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH & Co. KG	100%	Residential and commercial property lettings
WG Immo GmbH & Co. KG	100%	Technical facilities lettings
Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG	100%	Residential property lettings

In addition, the following directly held or indirectly held subsidiaries were not consolidated in accordance with section 296 (2) of the German Commercial Code (Handelsgesetzbuch – "HGB") and were included in the consolidated financial statements using the cost method:

Company	Equity interest
FVB Verwaltungsgesellschaft mbH	100%
WG Immo Verwaltungs-GmbH	100%
FVBI S.A.	100%
Marktstraße Rüsselsheim GmbH & Co. Vermögensverwaltungs-KG	100%
VOBA-IMMOBILIEN GmbH	100%
IC Verwaltungsgesellschaft mbH (in liquidation)	100%
Raiffeisen-Immobilien Aschaffenburg II GmbH & Co. KG	100%
Raiffeisen-Wohnbau Aschaffenburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	100%
REVO Projektentwicklungsgesellschaft mbH	50%

In the course of the financial year 2025, the two subsidiaries LifeCredit – Die Kreditvermittler GmbH and Raiffeisen Immobilien- und Versicherungsvermittlungs-GmbH Aschaffenburg were transferred to GiF GmbH – Gesellschaft für individuelle

Finanzberatung Rhein/Main (GiF) with retroactive effect from 1 January 2025.

FVB Verwaltungsgesellschaft mbH is the general partner of the subsidiaries Frankfurter Volksbank Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH & Co. KG and Frankfurter Volksbank Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Objekt City KG. WG Immo Verwaltungs-GmbH is the general partner of WG Immo GmbH & Co. KG. VOBA-IMMOBILIEN GmbH is the general partner of Marktstraße Rüsselsheim GmbH & Co. Vermögensverwaltungs-KG, a shareholder in REVO Projektentwicklungsgesellschaft mbH and the sole shareholder of IC Verwaltungsgesellschaft mbH (in liquidation). Raiffeisen-Wohnbau Aschaffenburg Gesellschaft mit beschränkter Haftung is the general partner of Raiffeisen-Immobilien Aschaffenburg II GmbH & Co. KG.

The Group's financially important subsidiaries are integrated into the parent entity Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG in financial, economic and organisational terms. The managing directors of the subsidiaries are predominantly executives of Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG. Measured in relation to the Group's total assets after consolidation, the Group's business development is dominated by the parent entity Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG.

B. Fundamental information on business activities

Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG, Frankfurt/Main (the "parent entity") is a credit institution with the legal form of a German registered cooperative (eingetragene Genossenschaft – "eG"). The purpose of its business is to provide financial as well as other support and services to its members and customers. The promotional funding mandate (Förderauftrag) set out in section 1 (1) of the German Cooperative Societies Act (Genossenschaftsgesetz – "GenG") is listed in Article 2 (1) of Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG's Articles of Association. The range of services offered by the parent entity is that of a universal bank. The parent entity also makes use of the range of services offered within the Volksbanken Raiffeisenbanken Cooperative Financial Network (Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken). Our customers principally comprise private individuals, freelance professionals, tradespeople, small and medium-sized enterprises and institutional clients.

The business region that Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG covers is generally the Frankfurt/Rhine-Main metropolitan region, the City of Aschaffenburg and the Bavarian Lower Main region; FVB has structured it into 13 regional markets. The branch network consists of 98 branch offices and 81 self-service branches. In addition, we operate 26 "FinanzPunkt" branches jointly with the Taunus Sparkasse savings bank (partly without offering advisory services). Advisors from the Bank's Customer Dialogue Centre can also be reached via the FVB Banking app, the online inbox, by e-mail or by telephone.

In order to comply with section 1 of the German Deposit Guarantee Act (Einlagensicherungsgesetz – "EinSiG") in conjunction with section 1 (3d) sentence 1 of the German Banking Act (Kreditwesengesetz – "KWG"), the parent entity is a member of the BVR Institutional Protection Scheme, a facility of BVR Institutssicherung GmbH, Berlin ("BVR-ISG"), which is an officially recognised deposit protection system.

In addition, the parent entity is a member of the institutional protection scheme of the National Association of German Cooperative Banks (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. – "BVR"), which comprises a guarantee fund and a guarantee association. BVR's Deposit Protection Scheme ("BVR-SE") acts as an additional cooperative protection alongside its Institutional Protection Scheme.

C. Business development and position (economic report)

1. BUSINESS ENVIRONMENT

Development of the overall economy

Germany's economy did not pick up as much momentum in 2025 as had been expected at the start of the year. Positive sentiment from the new government's planned investments in infrastructure, climate action and defence was soon overshadowed by the United States' trade policy. Persistent structural problems and excessive red tape also weighed on the economic climate. However, there was an improvement on the recession years of 2023 and 2024: according to preliminary estimates, price-adjusted gross domestic product (GDP) increased by 0.2 per cent.

Consumer spending was the main growth driver, contributing 1.0 percentage points. Public consumption expanded, driven mainly by higher healthcare and social care expenses.

At a price-adjusted 1.5 per cent, its growth rate was only slightly higher than that of private consumption, which saw price-adjusted growth of 1.4 per cent, itself a noticeable improvement on the previous year (+0.5 per cent). Growth in private consumption could have been higher had it not been slowed by factors such as wage increases and higher social security contributions.

The investment climate faced multiple challenges during the year, with investment activity dampened by low capacity utilisation in the manufacturing industry, geopolitical tensions and Germany's own structural issues. As a result, price-adjusted corporate investment in machinery and equipment decreased by 2.3 per cent. Investment in the construction sector was down 0.9 per cent. Positive developments in this sector were recorded for public investment and commercial construction, which benefited from the expansion of power lines and fibreoptic networks and from other factors. On the other hand, private residential construction activity declined despite lower financing costs. Overall, gross capital investments fell by 0.5 per cent, which pushed down price-adjusted economic growth by 0.1 percentage points. By contrast, a major inventory build-up contributed 0.7 percentage points to growth as companies produced more goods than they could sell.

While exports decreased by 0.3 per cent, imports saw marked growth of 3.6 per cent. German exports suffered as a result of US trade policy, the appreciation of the euro against the US dollar and high competitive pressure from China. The rise in imports was driven by robust consumer demand and defence spending.

The German government's high capital expenditure is not yet reflected in the deficit figures for 2025, as some of the related projects were still at the planning stage. The budget deficit ended the year at 2.4 per cent compared with 2.7 per cent in the previous year – this was because public revenues were driven significantly by higher tax revenues and social security contributions. According to preliminary estimates, the Maastricht debt ratio was close to 63 per cent at the end of the year.

The long-standing upward trend in the number of people in gainful employment came to a halt in 2025, when job losses in manufacturing industry and construction could not be fully offset by growth in the public and social sectors. Demographic change also had a negative impact. On an annual average, the number of people in employment dropped to around 46.0 million. 2.9 million people were unemployed, corresponding to an unemployment rate of 6.3 per cent.

At 2.2 per cent, the annual average inflation rate was on a par with the previous year. Price levels in the services sector rose by 3.5 per cent over the year. In particular, health and social services, motor vehicle maintenance and repairs, and eating out were significantly more expensive for consumers than in the previous year. On the other hand, the falling energy price levels helped to slow down the overall price development.

Financial markets

2025 started out on a cautiously optimistic note, as markets anticipated an easing of monetary policy by central banks. In particular, there were significant expectations that the ECB would cut interest rates to counter the ongoing weakness in euro area growth. This expectation stabilised the bond markets and provided support for European equity indices. At the same time, the market environment was significantly influenced by Donald Trump's inauguration as President of the United States of America, and markets were driven by the prospect of comprehensive deregulation and tax incentives.

Financial markets welcomed the early federal election in Germany, with investors focusing on German fiscal policy. The new government was expected to press ahead swiftly with urgently needed investments in infrastructure and defence spending. This potential shift away from strict austerity measures led to a reassessment of German government bonds on the bond markets, fuelling hopes of an economic recovery at the same time. German government bond yields rose sharply in response, only to fall again in the weeks that followed.

The second quarter began with far-reaching shifts in global trade policy. In early April, the US government introduced substantial new tariffs not only on China but also explicitly targeting European exporters. These protectionist measures triggered sharp price movements on the financial markets. The uncertain market outlook dampened global investment activity and caused share prices to fall accordingly. At the same time, concerns about second-round inflationary effects triggered by more expensive imports pushed bond yields upwards. Despite these trade barriers, the US dollar appreciated over the short term.

Tensions on the capital markets relaxed as the year progressed, thanks to the suspension of certain US tariffs, provisional trade agreements between the US and other countries, and optimism surrounding the AI boom. Share prices rose and volatility on the bond markets declined.

The US Federal Reserve (Fed) and the European Central Bank (ECB) proceeded with their gradual move away from their

restrictive stance of previous years. In Europe, the ECB continued the easing cycle it had embarked upon in the previous year and further cut its key interest rates in the first half of 2025. The second half of the year was marked by a pause in interest hikes, with the ECB consolidating its policy as inflation trends in the euro area converged towards the central bank's medium-term target levels. Declining crude oil prices over the course of the year had a positive impact in this respect. On the other side of the Atlantic, the Fed did not begin to take further steps to ease its monetary policy until the autumn. The Fed's last interest rate cut was in December, against the backdrop of a cooling labour market and in spite of US inflation remaining high.

The German blue-chip index DAX closed the year at 24,490 points, recording an annual performance of 23.0 per cent. The yield on 10-year German government bonds stood at 2.85 per cent at the end of 2025, an increase of 0.49 percentage points compared with the start of the year. The US dollar weakened significantly against the euro over the course of the year, closing at 1.17 dollars to the euro.

2. FINANCIAL PERFORMANCE INDICATORS

We use our strategic benchmark and capital planning to plan and manage our Group's development with the aid of key performance indicators and limits. This is based on the following key financial performance indicators, which are also derived from our business and risk strategy and which we monitor at regular intervals as part of our internal reporting system:

A sustainable operating result before valuation effects has been defined at Group level as the main financial performance indicator for the Group's profitability. The financial performance indicator is calculated as the total of items 1 to 12 in the consolidated income statement.

In order to secure the Group's future viability through sustainable growth, adequate own funds are required in the context of mounting capital requirements. The main financial performance indicator for capital adequacy is the regulatory total capital ratio, which is calculated as the ratio of available own funds to risk-weighted assets pursuant to the CRR/CRD. The indicator is managed and calculated based on the parent entity's figures. The minimum total capital ratio has been defined as 16.7 per cent.

The individual financial performance indicators are presented, analysed and evaluated in the following sections.

3. BUSINESS DEVELOPMENT INFORMATION, ANALYSIS AND ASSESSMENT

The Group's business development is dominated by the parent entity, Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG. As a result, certain key performance indicators are only calculated at the level of the parent entity and not at Group level.

The main financial performance indicators we have defined developed as follows in the financial year 2025:

The operating result before valuation effects at Group level amounted to €175.9 million (previous year: €157.6 million), slightly higher than projected, and the total capital ratio of 18.5 per cent (previous year: 20.1 per cent) significantly exceeded the minimum target of 16.7 per cent set for 2025.

Overall, the key performance indicators are in line with the forecast provided in the previous year.

The parent entity Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG continued its positive development through-out the financial year 2025, while the Group saw an increase in both customer deposits (+0.5 per cent) and lending volume (+2.1 per cent).

In a business environment characterised by the rapid interest rate turnaround, strict regulatory requirements and competition from digital banks, the Group achieved results from ordinary activities in the year under review that exceeded projections.

In spite of intense competition and the still stringent lending standards requiring relatively high credit quality ratings and collateral, the Bank was able to achieve growth in the lending business.

Business development

The Group's total assets rose by 0.4 per cent (€67.8 million) to €19.3 billion.

On the liabilities side of the balance sheet, this increase was driven by the development of other deposits (+2.2 per cent), especially deposits payable on demand. On the assets side, lending growth (+2.1 per cent) is particularly worthy of mention.

Lending business

With a share of 60.0 per cent of total assets, loans and advances to customers are a key asset item.

In the lending business, the focus lies on business with retail customers – and, in particular, on private real estate financing, which grew by around 2.9 per cent during the year under review.

Lending to corporate clients primarily related to corporate financings for regional SMEs, with commercial construction financings accounting for 30.2 per cent of lending growth during the year under review.

Loans and advances to customers – which, due to the structure and geographical scope of the Bank's business area, are broadly diversified in terms of exposure size – were measured using the principle of prudent valuation.

Proprietary securities investments declined by €99.7 million, reflecting maturities and disposals. The Bank adhered to its proven low-risk investment strategy, mainly focusing on issues with an investment-grade rating.

Bank deposits are held almost exclusively with DZ BANK and Deutsche Bundesbank.

Funding

The decline in liabilities to banks was largely due to lower liabilities with agreed maturity or period of notice vis-à-vis DZ BANK.

The €229.4 million decrease in savings deposits resulted from a €175.9 million decline in savings deposits with an agreed notice period of three months and a €53.5 million decline in savings products with an agreed notice period of more than three months.

4. PRESENTATION, ANALYSIS AND ASSESSMENT OF THE BANK'S FINANCIAL POSITION

a) Financial performance

The Group's net interest income rose by €28.0 million to €299.5 million. Despite falling market interest rates in the period under review, lending growth and the loan agreements concluded in 2025 helped interest income from lending and money market transactions remain virtually stable. Interest income from fixed-income securities and debt register claims saw a moderate increase. In line with the overall interest rate trends during the financial year, interest expense for overnight and term deposits and savings bonds also declined, which was the main reason for the significant drop in the overall interest expenses.

Current income from equities and other non-fixed-income securities and investments was slightly lower than in the previous year, which was due to both lower current income from equities and lower distributions from investments.

Net commission income was €130.3 million, which was €5.5 million or 4.4 per cent above the previous year's level.

Income from the securities services business was up moderately year on year thanks to active securities markets. Fees for securities accounts rose slightly, while intermediation income saw a marked increase, with positive effects in asset management and insurance commissions offset by a decline in commissions earned on home loan savings and lending. The Bank's in-house asset management, which was once again the recipient of an independent award, continued to see strong demand that spurred growth in mandates and assets under management. Slightly lower income from payment transactions reflected a marginal decline in both account management fees and income from other payment services, such as card fees and ATM fees.

The €3.5 million decrease in other operating income was largely due to lower income from the sale of land and buildings undertaken as part of a portfolio streamlining exercise. Other operating expenses declined by €1.0 million, driven by lower expenses incurred from legal risks on the back of changes in case law.

The €14.3 million increase in administrative expenses can largely be traced back to higher personnel expenses, which rose by €11.2 million. This is primarily due to higher remuneration for tariff employees, coupled with a slight expansion of the parent entity's workforce. Other administrative expenses rose slightly, with significant cost increases resulting from higher expenditure on insurance, maintenance and the implementation of regulatory requirements.

The operating result before valuation effects, which increased by 11.6 per cent year on year, is attributable to factors such as the rise in net interest and commission income, which more than offset the higher administrative expenses and the decline in other income.

The improvement in the valuation result was primarily due to the write-up of investment securities. Additions to reserves were only made in the form of contributions to the fund for general banking risks pursuant to section 340g of the HGB.

Given the significantly higher result from ordinary activities, moderately lower tax expenses and the planned appropriation of profits, the allocation to the fund for general banking

risks pursuant to section 340g of the HGB was markedly higher than in 2024.

b) Financial position – capital structure, investments and liquidity

Capital structure

Liabilities to banks and customers accounted for 85.8 per cent of total assets. Liabilities to banks mainly consist of those to the central bank within the German Cooperative Financial Network, and to Deutsche Bundesbank. The structure of liabilities to customers is dominated by liabilities payable on demand, which account for a share of 65.5 per cent.

Investments

Additions to land and buildings in the financial year 2025 totalled €11.6 million, with a significant part of the investments going towards renovating various branch offices of the parent entity and towards a yield-generating property in Bad Homburg vor der Höhe. As far as operating and office equipment is concerned, investments focused on office and IT equipment.

Advice and services provided in state-of-the-art bricks-and-mortar branch offices will remain an integral component of the business concept adopted by the parent entity Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG – a cooperative bank with strong regional roots. The Bank has already undertaken sizeable investments in upgrading its branch network, with a total of 21 branch offices having been modernised and opened for customers by year-end 2025. Further investments are being planned.

Our forward-looking advisory and service concept, which has been successively implemented over the course of many years, is transforming the locations into omni-channel advisory and content hubs. The parent entity's customers enjoy the flexibility to combine digital services and personal, face-to-face advice at any time. The innovative approach concepts that cater to the specific needs of our customers allow us to reach retail customers precisely via their preferred channels and seamlessly switch to other channels for advisory services as required.

Liquidity

The parent entity's business and funding structure is largely characterised by the customer business as the basis of its liquidity resources.

The parent entity was always able to meet its payment obligations in full throughout the financial year under review.

It complied with the liquidity requirements of the Liquidity Coverage Ratio (LCR) at all times.

Based on our overall liquidity planning and management, broadly diversified customer deposits, participation in the cooperative liquidity network and the deposits maintained with other banks, the Group is confident that it will be in a position to maintain sufficient liquidity at all times over the next three years.

c) Financial position – equity and securities investments

Equity

The Group's equity structure is characterised by aggregate capital contributions held by the parent entity's members, generated reserves and the fund for general banking risks. The precautions taken by the parent entity Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG to adequately determine tier 1 and tier 2 capital for regulatory reporting purposes are deemed to be sufficient. Pursuant to contractual provisions and those stipulated in the Bank's Articles of Association, capital instruments included comply with the requirements set out by the CRR for inclusion as regulatory tier 1 and tier 2 capital.

The Group's return on assets (reported net consolidated profit after taxes/total assets) amounted to 0.11 per cent in the year under review (previous year: 0.10 per cent).

The requirements of the CRR and the KWG were met at all times during the financial year 2025.

A decision has been taken by the parent entity's Management Board and the Supervisory Board – subject to the approval of the General Meeting – to allocate €7.0 million of the profit for the year to the reserves. The remaining profit – after deducting the 6 per cent dividend and making a contribution to the provident fund for surviving dependants – was allocated in advance to the fund for general banking risks pursuant to section 340g of the HGB, in order to continue strengthening the Bank's equity. Based on planning projections, it is fair to assume that minimum requirements for capital ratios will continue to be complied with over the next three years, given the expected increase in business volumes, the anticipated development of cooperative capital contributions, and planned additions to reserves.

Securities investments

Bonds and other fixed-income securities (asset item no. 5) accounted for 63.5 per cent of securities investments, with equities and other non-fixed-income securities (asset item no. 6) accounting for the remaining 36.5 per cent. Of all securities investments, 97.1 per cent was attributable to

fixed assets and 2.9 per cent to liquidity reserves. No material change was evident in the structure of securities investments.

95.4 per cent of securities reported under asset item no. 5 were allocated to fixed assets, with the remaining 4.6 per cent allocated to the liquidity reserve. 64.1 per cent of securities were measured at the lower of cost or market (gemildertes Niederstwertprinzip) and 35.9 per cent applying the strict lower-of-cost-or-market principle.

The liquidity reserve reported under asset item no. 6 includes two property funds totalling €0.5 million. Securities within the DEVIF-509 special fund, which were allocated to the liquidity reserve at the start of the year, were transferred to the master fund during the financial year under review. Prior to this transfer, a portion of fixed-income securities from the DEVIF-509 special fund was transferred to proprietary bond holdings reported under asset item no. 5, and DEVIF-509 investment units were redeemed. In addition, the parent entity contributed two infrastructure funds, three property funds and one bond fund to the master fund during the financial year under review.

5. OVERALL ASSESSMENT OF THE GROUP'S FINANCIAL POSITION

All in all, we consider the Group's business development and financial position to be good compared with the original projections. Business with customers, the most important business area for the Group, continued to grow. Lending volumes increased by 2.1 per cent. Taking the lower inventory of promissory note loans into account, growth in customer lending fell short of projections. The Group recorded 0.5 per cent growth in customer deposits, falling short of the results-oriented projections for the financial year.

The parent entity's financial position remains characterised by adequate equity resources, as the regulatory requirements were exceeded both in the previous year and in the financial year under review. Valuation allowances have been recognised to reflect both actual and potential risks associated with loans and advances to customers. Portfolio-based loss allowance/provisions in accordance with Statement IDW RS BFA 7 of the Institute of Public Auditors in Germany (IDW) have been recognised for foreseeable counterparty credit risks in the lending business that have not yet individually materialised.

The Bank's financial position and liquidity resources are consistent with regulatory and operational requirements.

Thanks to a 10.3 per cent increase in net interest income, a slightly improved net commission income and a modest increase in administrative expenses, the Bank's operating result before valuation effects moderately exceeded the previous year's figure and the forecast value. Both net interest income and net commission income were slightly up on projections. Net other operating income and expenses was a little higher than forecast while administrative expenses were a little above budget. The result from ordinary activities significantly exceeded the previous year's level, also beating the forecast by around 11.9 per cent.

The operating result before valuation effects, which increased by 11.6 per cent year on year, is attributable to factors such as the rise in net interest and commission income, which more than offset the higher administrative expenses.

D. Report on risks and opportunities

RISK MANAGEMENT SYSTEM AND PROCESS

General information

The Group's risk management is based on the risk strategy defined by Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG and the regulations, processes, methods and procedures that have been put in place. The risk strategy and the overarching guidelines, including the risk manual, create a comprehensive framework encompassing both the Bank and the subsidiaries to be included in the Group view. The management teams of the subsidiaries have full access to all relevant regulations and are responsible for their due and proper application.

Strategic objectives and framework for action

In its business strategy, the Management Board has defined specific strategic business areas – such as lending business with retail customers and corporate clients, deposit-taking business, real estate business and proprietary investments – which provide the basis for the Group's annual definition of its business policy objectives and the design of its risk management system. As in previous years, we were unable to observe any improvement in the economic environment during the financial year under review. Contributing factors included a lack of structural reforms in Germany – such as measures to cut red tape or reduce high energy prices – and challenging geopolitical factors, such as the US tariff policy. Together with Atruvia AG, we are closely monitoring the situation regarding the development of cyber risks. Overall, these factors did not provide any scope to expand our risk appetite or to deviate from our prudent risk policy. This is

why we maintained the relatively strict requirements set out in our lending standards – for example, regarding loan collateral. Furthermore, we have maintained high credit quality standards for proprietary investments, ensuring broad risk diversification. We manage risks through dedicated structural limit systems in both customer lending and proprietary investments.

Following up on the business strategy established by the Management Board, the Bank's risk strategy reinforces the business-strategic provisions with regard to identifying, managing, monitoring and communicating risks. In this context, the results of a strategy process and annual risk inventory – as well as the Group's risk profile – were taken into consideration. The following types of risk were assessed as material: credit and counterparty credit risks (in customer lending and proprietary investments, including migration, default and spread risks), investment risks, market price risks (interest rate, equity, foreign exchange and commodity risks), real estate risks, liquidity and funding cost risks, operational risks and strategic/business risks.

ESG risks – and in particular climate-related and environmental risks – are being analysed and assessed within a separate ESG risk inventory and, where possible, during the assessment of the defined risk types. Integration of ESG risks at a strategic level, within the normative and economic perspectives of risk-bearing capacity, in risk management and control processes, during stress tests, in lending decisions and in risk reporting is being expanded on an ongoing basis, subject to the availability of data.

The purpose of our risk strategy is not to avoid risks completely, but to consciously take risks while maintaining an appropriate risk/reward profile. This is reflected in our business, multi-year and capital planning. FVB's risk policy is centred around clearly defined guidelines. Risks and rewards must be balanced. The Bank's risk management guidelines are essential to a consistent understanding of its corporate objectives throughout the Bank and help to develop a uniform risk culture.

We have implemented a system for the early detection of risks that is indispensable in view of the increasing complexity of the general conditions and markets in the banking business. Our well-established risk control and management system has the appropriate tools to initiate countermeasures if necessary. In addition, our decision-makers receive early insights into business and risk developments through our internal reporting system.

Overall Bank management makes use of earnings projections, target/actual comparisons, and key performance indicators to analyse and monitor the business development, target realisation, and compliance with strategic and regulatory requirements on at least a quarterly basis. In this context, the processes that are carried out in the controlling divisions and the measures and procedures that are implemented are reviewed at least once a year. All operating and business processes, risk management and controlling, and the Group's internal control system, are subject to the risk-oriented audit performed by Internal Audit, which acts autonomously, is process-independent and is not bound by any instructions. The Management Board is informed about the audit findings in good time and by way of written audit reports. Internal Audit also monitors how and to what extent pending audit findings are handled, and issues recommendations.

E. Forecast report

The forecast period relates to the year 2026. We would like to point out that the underlying forecasts are based on our assessments before the US-Iran conflict began. We analyse potential effects on the Bank on an ongoing basis and will adjust our forecasts as and when required.

In addition, the forecast is subject to a high degree of uncertainty, with downside risks to economic growth predominating. Specifically, a further escalation of global trade disputes or a worsening of geopolitical crises might further weaken exports, push up energy prices or disrupt supply chains.

The global economy is likely to grow at a slightly slower pace in 2026, as the tariffs agreed by the US government with numerous trading partners have been significantly raised over the long term, and will consequently take their toll on global trade. For the United States, we expect the growth trend to continue, driven by further increases in investment – particularly in artificial intelligence – and by the still robust labour market. Growth in the European Union is expected to outperform that of the Federal Republic of Germany.

In Germany, the fiscal policy measures adopted by the federal government in the areas of defence and infrastructure will increasingly stimulate growth in the course of 2026. The actual scope is likely to depend primarily on when expenditure will be incurred, and to what extent this will stimulate additional investment in the economy.

An economic upturn is also expected for the Frankfurt/Rhine-Main economic region in 2026, with the stimulus provided by the approved investment packages likely to compensate

for persistently weak export prospects. Surveyed businesses see risks mainly in connection with the uncertain economic policy framework. Employment in the region is forecast to rise, primarily driven by the services sector. Businesses now see rising labour costs as the biggest obstacle to increasing employment, alongside the shortage of skilled workers. Overall, the regional chambers of commerce expect gross domestic product to grow by 0.9 per cent in 2026, even including the resolved investment packages.

In its planning for the financial year 2026, the Group expects to see short-term interest rates of around 2.0 per cent, and assumes that interest rates for medium- to long-term maturities will rise. Customer lending is projected to grow by around 3.3 per cent. In the deposit-taking business, the parent entity plans to increase retail customer deposits by around 2.8 per cent. Taking into account income from equity investments and proprietary investments, we expect to see a moderate increase in net interest income compared with 2025.

With regard to net commission income, the aim is to slightly increase the result as against 2025, with various sales initiatives expected to translate into higher revenue. The Group anticipates higher income from the securities business in particular and expects commission income to increase as a result of the expansion of asset management and securities advisory services, as well as advisory services provided in cooperation with our partner institutions.

Taking into consideration collective pay-scale increases, staff turnover and retirement on grounds of age, the Group anticipates personnel expenses to be slightly higher than in the year under review. With regard to other administrative expenses, the Group projects a significant increase in expenditure compared with the financial year under review, driven primarily by higher contributions to the BVR deposit guarantee scheme and the implementation of planned projects relating to the Group's strategic development. Depreciation of tangible fixed assets is expected to be down somewhat year on year.

The Group expects to see an operating result before valuation effects, taking into account net other operating income and expenses, that is modestly higher than in 2025. With a slight increase in net commission income, the expected increase is mainly due to moderate growth in net interest income, which itself will be offset by a small rise in administrative expenses.

In light of the relatively strong credit quality of borrowing customers, the comparatively high share of real estate financings collateralised by real property liens, and the

size-related diversification of loans across sectors and regions within the area in which it operates, the parent entity does not expect risk provisioning in the customer lending business to increase compared with the previous financial year. Furthermore, because of its focus on investment-grade ratings, the parent entity does not foresee higher credit quality-related impairments for securities investments.

All in all, this means that the Group anticipates a slightly lower result from ordinary activities compared with 2025.

It also projects a virtually unchanged total capital ratio in 2026, which will therefore continue to exceed the internally defined minimum target total capital ratio of 16.7 per cent as well as the regulatory capital requirements.

F. Non-financial reporting

Pursuant to section 325 of the HGB, the Group will publish a separate non-financial report for the financial year 2025 together with the management report for the financial year from 1 January 2025 to 31 December 2025 in the German Company Register. A non-financial statement is therefore not required.

Frankfurt/Main, 11 March 2026

Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

The Management Board

Eva Wunsch-Weber

Ute Heilig Wolfgang Heßler Ulrich Hilbert

Steven Müller Ralf Pakosch Angelika Stallhofer

Sascha Winkel

Impressum

Verantwortlich

Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG

Gestaltung

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

Fotografie

Patrick Liste

Englische Übersetzung und Korrektur

Ralf Lemster Financial Translations GmbH, Frankfurt am Main

Druck

Druckerei Spiegler, Bad Vilbel



Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG
Börsenstraße 7-11
60313 Frankfurt am Main
Telefon 069 2172-0
www.frankfurter-volksbank.de